4/2014

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

Goldgräberstimmung

Bioökonomie zwischen Welthunger und Rohstoffalternativen

Seite 5
Bioökonomie und Konsumverhalten

Seite 11
Neue Gefahren für die Ernährungssicherheit

Seite 13
Bioökonomie und Landkonflikte

Seite 15
Reichen die Wasserressourcen?

ISSN 1864-0982

SCHWERPUNKT

Was ist Bioökonomie? 2
Bundesregierung und EU setzen auf biobasierte Industrie
Steffi Ober

Konsum, Natur, Nachhaltigkeit 5
Warum Bioökonomie ohne Verhaltensänderungen nicht denkbar ist
Prof. Dr. Hannelore Daniel und Prof. Dr. Lucia Reisch

Wenn, dann nachhaltig und zertifiziert! 7
Über die Bemühungen, die stoffliche Nutzung von Biomasse nachhaltig zu gestalten
Michaele Hustedt

Menschenrecht auf Nahrung in Gefahr? 9
Bioökonomie auf Ernährungssicherung trimmen
Dr. Rafaël Schneider

Voller Widersprüche!? 11
Die Chancen von Bioökonomie im Spannungsfeld von „Food First", Wachstum und Transformation
Stig Tanzmann

Bioökonomie und Landkonflikte 13
Genug Land für alle(s)?
Timo Kaphengst und Stephanie Wunder

Unproblematisch und alternativlos? 15
Bioökonomie und die Begrenztheit der Wasserressourcen
Nikolaus Geiler

AKTUELL

Wirtschaftswachstum über alles 17
G20, alles andere als ein Gipfel der Nachhaltigkeit
Jürgen Maier

TTIP: Alles im Fluss 19
Öffentliche Ablehnung nimmt weiter zu
Jürgen Maier

„Business as usual" ist keine Option 21
Der Post-2015-Prozess vor den zwischenstaatlichen Verhandlungen
Cathrin Klenck

Zu wenig ist nicht genug, auch wenn die Richtung stimmt 23
Die deutsche Jugenddelegation für Biologische Vielfalt zieht Bilanz
Eva Ressel

Mit Trippelschritten in die richtige Richtung 25
UN-Biodiversitätskonferenz 2014
Nicola Uhde und Konstantin Kreiser

Klimagipfel in Lima mit Sicht auf Paris 26
Klimapolitik am Scheideweg: Allianz notwendig für 2°C-Strategie in Paris
Sönke Kreft und Lutz Weischer

Die große Abrechnung 28
Wie steht es um den Wald?
László Maráz

THEMEN UND AGS

Green Grabbing 29
Land Grabbing im Namen von Klima- und Umweltschutz
Magdalena Heuwieser

Verbessern durch Verwässern? 31
Die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank werden überarbeitet
Knud Vöcking

So richtig schuld ist niemand 33
Internationales Treffen zu Business und Menschenrechte
Monika Hoegen

Bali-Einigung die Zweite 34
Verzögert sich das endgültige Scheitern der Doha-Runde ein weiteres Mal?
Tobias Reichert

Wer hat, dem wird gegeben 35
Entwicklungspolitik setzt zunehmend auf Konzerne bei der Hungerbekämpfung
Jan Urhahn

Bäuerliche Landwirtschaft ist lebenswert 36
Landwirtschaftliche Debatte und gesellschaftliche Bewegung
Berit Thomsen

Mit Recht Kleinbauern und -bäuerinnen schützen! 37
Industrieländer blockieren Weg zur UN-Erklärung
Gertrud Falk

„Wir haben es satt!" 38
Gemeinsam für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft
Iris Kiefer und Phillip Brändle

EU-Saatgutverordnung 40
Neuer Entwurf für alte Sorten?
Iga Niznik

Publikationen 41
Veranstaltungen 43

Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2015.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER: Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 93, Fax: 030/678 17 75 80, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier
REDAKTION: Marie-Luise Abshagen **MITARBEIT:** Carolin Ebschner und Nadine Arendt **LAYOUT:** studio114.de | Michael Chudoba
TITELBILD: Jutta Wieland/ pixelio.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Bioökonomie klingt gut, so ähnlich wie Biolandwirtschaft. Allerdings hat die Vorsilbe „Bio“ mit der Debatte um Biokraftstoffe ihre Unschuld verloren, und bei der anstehenden Diskussion um Bioökonomie könnte dies sich noch potenzieren. Während im Hintergrund bereits milliardenschwere Forschungsprogramme und Investitionen anlaufen, hat die öffentliche Diskussion um diese Vorstellungen einer biomasse-basierten Wirtschaft noch gar nicht begonnen. Können nachwachsende Rohstoffe, auch Biomasse genannt, alle stofflichen Anwendungen von Erdöl und anderen fossilen Stoffen ersetzen? Sind sie unverzichtbare Voraussetzungen für eine „climate-smart economy“ oder „low-carbon economy“, oder sind sie vielmehr der letzte Sargnagel für die Hungernden der Welt und die noch verbleibenden Ökosysteme? Der vorliegende Rundbrief beleuchtet diese Frage von verschiedenen Seiten. Steffi Ober gibt einen einleitenden Überblick über den Stand der Diskussion und der bereits laufenden Projekte und Initiativen. Auch eine wie auch immer geartete Bioökonomie wird sehr rasch an die Grenzen des Wachstums in einem endlichen Planeten geraten. Nahrung, Land und Wasser sind knapp, wie Rafael Schneider, Stig Tanzmann, Timo Kaphengst, Stephanie Wunder und Nik Geiler ausführen. Wenn ja, dann nachhaltig und zertifiziert, meint Michaele Hustedt. Hannelore Daniel und Lucia Reisch legen dar, dass ohne umfassende Verhaltensänderungen eine Bioökonomie nicht denkbar ist.

Wie wenig solche Politik- und Verhaltensänderungen in Sicht sind, zeigen die Beiträge zum G20-Gipfel und zu den laufenden TTIP-Verhandlungen und der Beitrag von László Maráz zum wachsenden Nutzungsdruck auf die Wälder – durchaus auch ein Vorgeschmack auf die Bioökonomie. Auch der Beitrag über „land grabbing“ im Namen des Klimaschutzes von Magdalena Heuwieser lässt manche Alarmglocken klingeln. Eine ganze Reihe von Beiträgen dreht sich um Kontroversen in der Landwirtschaft: Unter anderem über die Rolle von Konzernen in der Hungerbekämpfung von Jan Urhahn, die bäuerliche Landwirtschaft von Berit Thomsen, die gescheiterte UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbauern von Gertrud Falk, und über die geplante neue EU-Saatgutverordnung von Iga Niznik.

Kann sich der Verhandlungsprozess über die Post-2015-Agenda von diesem „business as usual“ lösen? Darauf geht Cathrin Klenck in ihrem Beitrag ein. Verbessern durch Verwässern, das ist die Frage, die sich Knut Vöcking in seinem Beitrag über die Reform der Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank stellt. Weitere Themen sind die aktuellen Verhandlungen der UN-Biodiversitätskonvention, der Klimakonvention und einer Organisation, die in letzter Zeit wieder von sich reden macht: die Welthandelsorganisation WTO.

Jürgen Maier

© Philipp Pohlmann / pixelio.de

Energieproduktion aus nachwachsenden Rohstoffen

WAS IST BIOÖKONOMIE?

Bundesregierung und EU setzen auf biobasierte Industrie

Die Transformation der Gesellschaft in ein Zeitalter ohne Öl und fossile Energien ist mehr als ein einfacher Wechsel des Kohlestofflieferanten für die Industrie. Natur und Umwelt, Ernährung und Landschaftsgestaltung sind gleichermaßen betroffen. Dies führt zwangsläufig zu Zielkonflikten. Doch wie diese gesteuert werden können und wer in die Aushandlungsprozesse wann und wie mit einbezogen wird, ist noch ungeklärt.

Bioökonomie wird definiert als Summe aller industriellen und wirtschaftlichen Sektoren, die biologische Ressourcen wie Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen nutzen. Das klingt nicht besonders aufregend, bedeutet jedoch nicht weniger als die Umstellung einer erdölbasierten auf eine biomassebasierte Wirtschaft. Dazu gehören Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Nahrungsmittelwirtschaft, Papierproduktion, Chemie, Biotechnologie und Energieproduktion. Um diese Transformation zu bewältigen, wird in technologiezentrierte Innovationen investiert. Doch Ressourcenknappheit, Welthunger und Klimawandel drängen zuvor nach gesellschaftlichen Veränderungen, nach sozialen Innovationen in Lebensstilen und Konsummustern. Wohlstand und Lebensqualität in einer endlichen Welt müssen neu definiert werden. Einfach nur die Rohstoffbasis zu wechseln ist keine Option. Deshalb steht die Auseinandersetzung mit der biobasierten Wirtschaft im Zentrum einer größeren Diskussion rund um die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft in einer begrenzten Welt. Doch an diesem Punkt ist der politisch-gesellschaftliche Diskurs noch lange nicht, wie uns ein kursorischer Blick auf die aktuellen Forschungsstrategien lehrt.

Forschungsstrategien zur Bioökonomie

Europa soll zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissenschaftsbasierten Wirtschaftsraum werden. Horizon 2020 lautet der Name für das nächste europäische Forschungsrahmenprogramm FRP (2014 bis 2020) mit einem Volumen von knapp 80 Milliarden Euro. Dieses Programm ist recht industrielastig, wie sich der folgenden Aufstellung unschwer entnehmen lässt. Unter dem Pfeiler „gesellschaftliche Herausforderungen“ werden die Themen „Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, marine, maritime und limnologische Forschung und Biowirtschaft“ mit 3,8 Milliarden Euro gefördert.

Die Forschungs- und Innovationsstrategien sind sehr eng mit den einflussreichsten europäischen Industrien in öffentlich-privaten Partnerschafts-Programmen (Public Private Partnership, PPP) abgestimmt. Bestes Beispiel dafür ist die neueste Initiative zur Gründung eines europäischen Industriekonsortiums für den Aufbau von Bioraffinerien.[1] Mit dieser EU-Verordnung wird in einem einmaligen Vorgang der Industrie über einen wesentlichen Bereich der gesellschaftlichen Infrastruktur, der Biomasse, das vorrangige Verfügungsrecht zugesprochen. Wenn die Industrie wie geplant große Bioraffinerien aufbaut, um statt Öl und Kohle in Zukunft Biomasse als Grundlage für ihr Produkte (beispielsweise für Chemie oder Pharmazie) zu verwenden, dann geraten Landwirtschaft, Ernährung und Biodiversität noch mehr unter Druck als bisher. Die Industrie behauptet, sie wolle die Biodiversität schonen und selbstver-

ständlich gelte das Motto „Food First“ (Primat der Ernährungssicherung). Zudem wolle sie sich vorrangig mit organischen Abfällen und Rückständen begnügen. Aus der Sicht des Umwelt- und Naturschutzes sind organische Rest- und Abfallstoffe jedoch wichtige Pfeiler des Erhalts der Bodenfruchtbarkeit und der Biodiversität (wie zum Beispiel Totholz im Wald). Wie mit den Nutzungskonkurrenzen zwischen Ernährung und Industrie umgegangen werden soll, wer die Interessen der Verbraucher, des Naturschutzes und der Landwirtschaft absichert, ist völlig unzureichend gewährleistet. Im EU-Konsortium sind Natur- und Umweltschutz weder von der zivilgesellschaftlichen noch von der wissenschaftlichen Seite vertreten. Die Strategie wird vorrangig von der Industrie und der technologisch orientierten Wissenschaft im Interesse der Wirtschaft gelenkt. Transparenz und Partizipation als Grundforderungen einer Demokratie müssten hier stärker berücksichtig werden, das Gemeinwohl mehr im Vordergrund stehen. Der deutsche Steuerzahler übernimmt immerhin ein Fünftel des EU-Haushaltes.[2]

Nationale Strategie Bioökonomie 2030

Das nationale Förderprogramm Bioökonomie 2030 (2,4 Mrd. Euro) der Bundesregierung lehnt sich recht eng an die europäischen Forschungsprogramme an. Die Förderaktivitäten gehen in mehrere Richtungen: Zum einen wird nach Wegen gesucht, wie die nötige Biomasse erzeugt werden kann, zum anderen soll die Industrie stärker in die postfossile Wirtschaft einsteigen.

Die Förderung der Pflanzenbiotechnologie läuft seit 1998, erst als Rahmenprogramm „Biotechnologie – Chancen nutzen und gestalten“ (2001–2010) und seitdem im Förderprogramm Bioökonomie.[3] Das Förderprogramm Pflanzenbiotechnologie (2010) soll einerseits neue und wettbewerbsfähige biotechnologische Verfahren und Produkte voranbringen. Des Weiteren soll es für Ertragssteigerung und Ertragsstabilität in Nutzpflanzen und schließlich einen nachhaltigen Anbau von Nutzpflanzen unter reduzierter Verfügbarkeit von Ressourcen wie Wasser oder Nährstoffen ermöglichen sowie zum Erhalt der biologischen Vielfalt beitragen. Letzteres Argument klingt interessant als neue Legitimationsstrategie der Grünen Gentechnik.

Derzeit werden 27 Verbundprojekte durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Diese durchweg als PPP zwischen akademischen Einrichtungen und Unternehmen konzipierten Verbünde erhalten hierzu eine öffentliche Förderung von mehr als 45,5 Millionen Euro.[4] Die einzelnen geförderten Projekte finden sich in einer Projektdatenbank im Portal Pflanzenforschung.[5] Schon heute liefern Pflanzen die Rohstoffe für biotechnologische Prozesse (beispielsweise Zucker oder Stärke). In Zukunft sollen nach dem Willen der ForscherInnen (und FördererInnen) auch gentechnisch veränderte Bäume dafür sorgen, dass der Chemikalien- und Energieeinsatz sinkt, um die Inhaltsstoffe für die Bioraffinerie zu verwerten.

Die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts (die lange in der Pflanzenbiotechnologie gesehen wurde) liegt laut BMBF neuerdings in der „industriellen Biotechnologie“. Neue innovative Produkte und Systemlösungen mit hohem Wertschöpfungspotential sind das Ziel. Die Bundesregierung schreibt: „In der industriellen Produktion werden Unternehmen zunehmend gezwungen sein, nachhaltige Prozesse und Produkte zu implementieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die industrielle Biotechnologie bietet als eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts die Chance, durch ressourcenschonende, energiesparende und abfallvermeidende Produktionsprozesse und neuartige Produkte diese Herausforderung zu bewältigen.“[6]

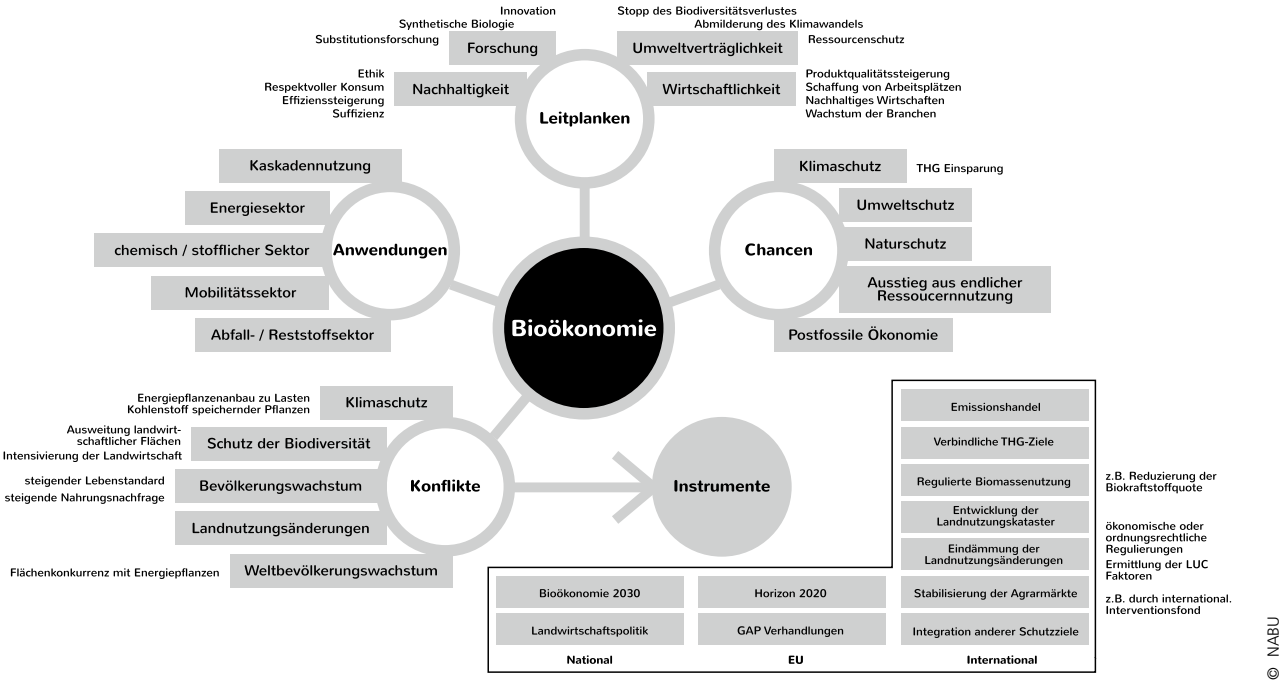
Neue Hightechstrategie verspricht nachhaltige Produktion

Doch die Strategie Bioökonomie 2030 geht über diese Einzelmaßnahmen hinaus. Im Rahmen der dominanten nationalen Forschungsstrategie, der Hightechstrategie[7], werden die Ziele für „Bioökonomie 2030“ neuerdings folgendermaßen konkretisiert:

Im Mittelpunkt stehen in den kommenden Jahren die Stärkung des Systemansatzes in der Bioökonomie, die Intensivierung eines partizipativen Diskurses mit der Gesellschaft, die Weiterentwicklung von Innovationsbündnissen von Forschung und Industrie sowie die Effizienzverbesserung bei der Nutzung biologischer Ressourcen. Moderne Produktionstechniken, ressourcenschonende neue technische Lösungen und Verfahrensketten und die Arbeitsproduktivität steigernde Automatisierungstechniken (Precision Farming) bieten laut der Strategie wichtige Ansatzpunkte für eine umweltfreundliche und nachhaltige Agrarproduktion. Mit innovativer Technik und Verfahren in der Tier- und Pflanzenproduktion soll die kontinuierlich steigende Nachfrage nach hochwertigen pflanzlichen und tierischen Eiweißen gedeckt werden. Dabei gilt es, Gefährdungen von Mensch, Tier und Umwelt zu minimieren. Eine moderne, Standortangepasste, ressourcenschonende und effiziente Agrartechnik kann hierzu sehr wichtige Beiträge leisten.

© Philipp Pohlmann / pixelio.de

Energiemais



© NABU

Anhand einer Studie zur Bioökonomie des NABU-Bundesverbandes wurde mit dieser Graphik ein Überblick zu Themen und Konflikten rund um die Bioökonomie erstellt. Die Anmerkungen am Rande sind Ergänzungen aus einem Verbändeworkshop auf Vilm im Sommer diesen Jahres.

Risiken werden unterschätzt

Doch schaut man genau hin, gibt es Anlass zur Sorge. Die Umgestaltung von Landschaft und Landwirtschaft unter dem Paradigma einer „effizienten Verwertung“ beunruhigt zutiefst. Die vorliegenden Strategien suggerieren, dass durch technologische Innovationen Effizienzsteigerungen so optimiert werden, dass Knappheiten überwunden werden können. Doch die Risiken dieser Strategie werden systematisch unterschätzt. Schon heute gefährdet der fortschreitende, ungebremste Verlust der Biodiversität global die Ernährungssicherung. Die Intensivierung der Landwirtschaft und Landnutzung sowie der Klimawandel verschärfen das Problem. Trotz dieser Gefährdungen kommen die Worte Bedrohung, Sorge oder Vorsicht in den offiziellen Dokumenten zur Bioökonomie nicht vor. Ebenso fehlt die Frage, wie die Bioökonomie in eine begrenzten Welt der planetaren Grenzen integriert werden kann, in der schon heute wesentliche Parameter wie Biodiversitätsverlust, Stickstoffeintrag oder Degradation von Böden völlig überzogen sind. Sowohl der ökologische Fußabdruck als auch der Wasserabdruck der Industrieländer sind viel zu hoch. Die Energieproduktion durch Kulturpflanzen ist durch einen sehr hohen Wasserverbrauch gekennzeichnet. Im Vergleich zu Kohle, Erdgas oder Rohöl ist – um die gleiche Menge an Energie aus Biomasse zu erzeugen – das 24- bis 140-fache an Wasser notwendig. Der vermehrte Einsatz von Nitrat und Pestiziden in der Biomasseproduktion verschlimmert die Ökobilanz.

So bleiben auch für die Strategie Bioökonomie 2030 viele Fragen offen. Wo sind die Advokaten für Umwelt, Naturschutz oder Menschenrechtsthemen? Wo ist eine vernünftige Governance angedacht, die relevante Netzwerke und vielfältige Akteure integriert? Wie kann man die organisierte Zivilgesellschaft mit ins Boot holen, damit sie mit ihrer vielfältigen Expertise eine Korrektur der blinden Flecken in den Strategien und Förderprogrammen wahrnehmen kann? Wissen bündeln und gemeinsame Strategien aus der Gesellschaft heraus zu entwickeln wäre ein erster, wichtiger Schritt, um die Transformation in eine postfossile Zukunft demokratisch zu gestalten.

Steffi Ober

Die Autorin ist Referentin für Nachhaltige Forschungspolitik beim NABU.

1 http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/h2020/calls/h2020-bbi-ppp-2014-1.html#tab1.

2 http://www.netzwerk-ebd.de/europapolitik/eu-finanzplanung-und-eu-haushalt/ Abruf 28.10.2013.

3 http://www.bmbf.de/pub/Nationale_Forschungsstrategie_Biooekonomie_2030.pdf).

4 http://www.bmbf.de/de/11985.php

5 Projektdatenbank unter http://www.pflanzenforschung.de/de/plant-2030/fachinformationen/projektdatenbank?suchtext=&pflanze=&programm=leer&anzahlpflanzen=leer&summevon=0&summebis=0&pfilter=1#filter.

6 http://www.bmbf.de/foerderungen/16331.php.

7 HTS 2014, 24 unter: http://www.bmbf.de/press/3650.php.

Weitere Informationen unter:
www.nabu.de/themen/konsumressourcenmuell/biooekonomie/

KONSUM, NATUR, NACHHALTIGKEIT

Warum Bioökonomie ohne Verhaltensänderungen nicht denkbar ist

Mit der Bioökonomie kann der Mensch sein Wirken in naturverträgliche Stoffkreisläufe und in eine biobasierte Wirtschaftsweise eingliedern. Grundlagen der Bioökonomie sind nachhaltige Technologien, biologisches Wissen und nachwachsende Rohstoffe. Ohne einen begleitenden gesellschaftlichen Wandel wird es die Bioökonomie jedoch nicht geben. Schon heute gilt es, die richtigen Weichen zu stellen.

Als die Bioökonomie vor knapp zehn Jahren vom damaligen Forschungskommissar Janez Potočnik auf Europas politische Bühne gehoben wurde, ging es vor allem darum, schwindende Erdöl-, Erdgas- oder Kohleressourcen zu ersetzen. Aus dieser relativ begrenzten Rolle ist die Bioökonomie in den vergangenen Jahren aufgrund des enormen Fortschritts in den Lebenswissenschaften herausgewachsen. Heute werden von der Bioökonomie Antworten darauf erwartet, wie menschliches Wirtschaften im Einklang mit der Natur auf der Erde organisiert werden kann, die immer mehr Menschen ernähren muss und gleichzeitig die steigenden materiellen Bedürfnisse einer wachsenden und anspruchsvolleren Mittelschicht zu befriedigen hat. Dies ist eine immense Herausforderung. Für die Bioökonomie ergeben sich daraus drei Kernziele: 1) Ernährungssicherung und Gesundheit; 2) Ressourcensicherung; 3)Erhalt der Produktivität der Ökosysteme.

Die verfügbare Menge und die Regenerationsfähigkeit der Biomasse, also der Pflanzen, Tiere, Pilze und Mikroorganismen (und auch ihre jüngeren Abbauprodukte also nicht nur Kohle, Erdgas und -öl) werden nach Ansicht von ExpertInnen im Zuge des Klimawandels und der fortschreitenden menschlichen Nutzung global abnehmen. Dies ist nicht hinzunehmen. Die vorhandenen biologischen Ressourcen müssen zudem zukünftig sozialverträglich, ökologisch verantwortlich und ökonomisch effizient genutzt werden. Damit rückt das menschliche Wirtschaften, vor allem aber der Konsum in den Mittelpunkt der Bioökonomie. Menschen zeigen jedoch zahlreiche komplexe Verhaltensmuster, die mehr oder weniger nachhaltigen Konsum bedingen. So trägt etwa ein weltweit steigender Fleischkonsum erheblich zur Biomasse-Knappheit bei. In einigen Bereichen ist ein positiver Trend zu mehr Nachhaltigkeit zu verzeichnen. Veränderte Konsumgewohnheiten erfordern gleichzeitig neue Konzepte für die Reststoff- und Abfallnutzung. Hier bietet die Bioökonomie große Chancen.

© Eisenhans/ fotolia.com

Nie war die Auswahl an sicheren Lebensmitteln so groß wie heute

Bioökonomie und Ressourcensicherung

Im Bereich der Sicherung wichtiger Ressourcen zielt die biobasierte Wirtschaft keineswegs nur auf den Ersatz fossiler Rohstoffe. Dies bleibt zwar ein Ziel der Bioökonomie, jedoch sind tiefergreifende Prozess- und Produktinnovationen von größerer Bedeutung für eine nachhaltigere Wirtschaftsweise. Die Entwicklung von Produkten mit besseren Eigenschaften und ökologischen Vorteilen zeigt sich beispielsweise bei schmutzabweisenden Anstrichen (Lotuseffekt), „selbstheilenden" Materialien (Beton, Lacke) oder besonders starken, aber elastischen Fasern (Spinnenseide, biobasierte Karbonfasern). Biologische Verfahren – am besten in geschlossenen Stoffkreisläufen – können unerwartete Beiträge zur Energieeffizienz und Ressourcensicherung leisten. Biologische Katalysatoren (Enzyme) können in der Chemieindustrie den Energieverbrauch drastisch senken. Biotechnologische Verfahren sind auch geeignet, wichtige Rohstoffe zu recyceln. Im Bergbau gelingt es mit Hilfe von Bakterien, Metallvorkommen effizienter zu erschließen. Teilweise gehen diese Konzepte über die Verwendung materieller biologischer Ressourcen hinaus. So können mit Hilfe von Fahrleitsystemen, die Insektenhirnen nachempfunden sind, effiziente Mobilitätsstrukturen entwickelt werden. Dies bekommt eine umso größere Bedeutung, wenn man bedenkt, dass im Jahr 2050 rund 6,4 Milliarden Menschen in Städten leben werden.[1] Die wachsende Zahl an Megacities erfordert nicht nur neue Lösungen für die Versorgung und Mobilität der Einwohner, ihr Aufbau wird auch mehr Ressourcen verschlingen, als in der Geschichte des Menschen jemals für den Städtebau aufgewendet wurden.[2]

Produktivität der Ökosysteme im Fokus

Der Erhalt der Produktivität der Ökosysteme ist sowohl Grundlage als auch Ziel der Bioökonomie. Die nachhaltige Produktion von Biomasse – als materielle Basis der biobasierten Wirtschaft – kann nur auf fruchtbaren Böden sowie mit Wasser und Luft in akzeptabler Qualität gelingen. Diese Ökosystemdienstleistungen sind daher ein kritischer Faktor, um eine wachsende Weltbevölkerung zu versorgen. Für die Bioökonomie ist es von existentieller Bedeutung, diese Grundlagen nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen. Im vergangenen „fossilen" Jahrhundert sind der Welt im Zuge eines beispiellosen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums allerdings mehr als 40 % der Wälder und 50 % der Feuchtgebiete verlorengegangen. Der Preis dieser Entwicklung ist hoch. Der Kapazitätsverlust der Ökosysteme wird für die Jahre zwischen 2000 und 2050 auf einen Betrag von 2 bis 4,5 Billionen US-Dollar geschätzt. Eine weitere Bedrohung ist die Verengung der Agrobiodiversität. Nach FAO-Angaben sind bereits 75 % der essbaren Pflanzenarten verschwunden. Heute basieren rund 60 % der Welternährung auf wenigen Sorten der drei Nutzpflanzen Weizen, Reis und Mais. Die Fokussierung der Pflanzenzüchtung auf Ertragssteigerung hat dazu geführt, dass weniger attraktive Sorten züchterisch „vergessen" wurden. Monokulturen bedingen jedoch das Aufkommen von Schädlingen Resistenzbildungen. Damit leisten naturbelassene Sorten einen Beitrag zur Resilienz der Systeme und haben somit eine wichtige Funktion im Genpool. Der globalen Einengung der Sortenvielfalt wird mit der Implementierung des Nagoya-Protokolls versucht entgegenzuwirken. Die Bioökonomie muss hier neue Ansätze entwickeln, um diesen negativen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Genetische Ressourcen sind ein begehrter Rohstoff. So wurden industriell bedeutsame Enzyme, Mikroorganismen aus heißen schwefligen Quellen, besonders salzigen Seen oder anderen extremen Lebensräumen entnommen. Nur dank ihrer ungewöhnlichen Fähigkeiten Schadstoffe abzubauen oder chemische Prozesse energiesparend zu katalysieren, konnten sie in ihren externen Biotopen überleben. Auch die Hälfte aller Krebsmedikamente beruht auf der Biodiversität dank Molekülleitstrukturen, die der Natur entstammen. Im Konzept der Bioökonomie stellt die Biodiversität daher einen Schlüssel für Innovationen dar und ist ebenso ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, den es unter allen Umständen zu erhalten gilt. Bisher wurde diesen essentiellen Ökosystemleistungen jedoch kein monetärer Wert beigemessen. Schattenpreise könnten zum Schutz der Biodiversität beitragen, da sie den Beitrag aber auch die Schädigung wirtschaftlich fassbar machen.

Konsum und Konsumverhalten in Deutschland

Konsum und Ressourcenverbrauch sind entscheidende Größen in der Bioökonomie. Konsumverhalten besser zu verstehen und im Sinne einer biobasierten und nachhaltigeren Lebensweise zu beeinflussen, ist daher ein wichtiges Themenfeld. Dem sollte auch die Bundesregierung Rechnung tragen und dem Verbraucherverhalten mehr Beachtung schenken. Obwohl die produktionsseitige Forschung und Entwicklung in der Bioökonomie intensiv gefördert werden, erfährt die Forschung zu den notwendigen begleitenden gesellschaftlichen Veränderungsprozessen weniger Beachtung.

Im Lebensmittelsektor zielt die Politik zurzeit vor allem auf eine Reduktion der Abfallmengen sowie eine Ausrichtung auf neue Nachhaltigkeitskriterien. Diese Ziele bedingen den Einsatz modernster Technologien, beispielsweise für die Verlängerung der Haltbarkeit und Sicherheit der Lebensmittel. Gesundheitspolitische Überlegungen lassen auch das Ernährungsverhalten als wesentlichen Einflussfaktor für Übergewicht, Fettsucht und Folgeerkrankungen wie Diabetes ins politische Einflussfeld rücken. Auch hier ist es notwendig, das Verhalten besser zu verstehen, um erfolgreichere Maßnahmen zur Lebensstiländerung zu implementieren. Verbraucher sehen dabei selten ihre eigene Verantwortung im Vordergrund, sondern lasten dies vor allem den Produkten an. Biotechnologische Verfahren wären wohl geeignet, auch hier günstige Veränderungen herbeizuführen, jedoch stehen die Verbraucher neuen Technologien mit besonderer Skepsis gegenüber. Sehr begrenzte Kenntnisse von Verfahren und Techniken der heutigen Lebensmittelerzeugung treffen oft auf romantische und häufig auch unrealistische Vorstellungen des Konsumenten wie Lebensmittel erzeugt werden sollten.

Die Lebensmittelauswahl wird stark durch kulturelle, emotionale und soziale Faktoren beeinflusst; Verbraucherinformation ist gut und wichtig, nützt aber – vor allem in ihrer gegenwärtigen Form – nicht immer. Um ein besseres Verständnis jener Mechanismen zu erhalten, die Verbraucherentscheidungen maßgeblich prägen, sollte die Konsum- und Verhaltensforschung mit ihren sozioökonomischen und kulturwissenschaftlichen Ansätzen intensiviert und als ein übergeordneter Forschungsschwerpunkt in der Bioökonomie etabliert werden. Dazu gehört ein kontinuierlicher und wissenschaftlich begleiteter Dialog mit Konsument und gesellschaftlichen Anspruchsgruppen. Nachwachsende Rohstoffe, biologisches Wissen und neue Technologien sind die Eckpfeiler einer nachhaltigeren Lebensweise. Verbote und verordneter Verzicht sind dabei genauso wenig zielführend wie einseitige Informationskampagnen oder geschönte Werbewelten. Es geht darum, die Bedürfnisse der Verbraucher zu verstehen und darauf aufbauend die richtigen Impulse zu setzen, um Verhaltensänderungen und Diskussionen anzustoßen. Nur wenn die Bioökonomie mit konkreten Bedürfnissen und Wünschen verknüpft werden kann, wird sie von der Gesellschaft getragen werden.

Prof. Dr. Hannelore Daniel und Prof. Dr. Lucia Reisch

Die Autorinnen sind Mitglieder im Bioökonomierat der Bundesregierung. Prof. Dr. Hannelore Daniel ist Direktorin am Zentralinstitut für Ernährungs- und Lebensmittelforschung der Technischen Universität München. Prof. Dr. Lucia Reisch ist Professorin an der Copenhagen Business School für interkulturelle Konsumforschung und Verbraucherpolitik.

1 United Nations Population Division. World Urbanization Prospects, the 2014 revision, einzusehen unter: http://esa.un.org/Unpd/Wup/.

2 UN-Habitat Model Projects – 2013/2014, Seite 8.

Mehr Informationen unter: *www.bioökonomierat.de*

© László Maráz

Zucker- und Ethanolfabrik der Südzucker AG in Zeitz

WENN, DANN NACHHALTIG UND ZERTIFIZIERT!

Über die Bemühungen, die stoffliche Nutzung von Biomasse nachhaltig zu gestalten

Die stoffliche Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen (NawaRo) ist einerseits ein altes Feld (Kautschuk für Reifen, Palmkernöl für Waschmittel, Baumwolle für Kleidung), andererseits aber auch ein neues (Kunststoffe aus Zucker oder Pflanzenöle, ein Schmierstoff aus Bio-Ölen, Dämmstoffe aus Hanffasern). NawaRos machen heute 13 % der Rohstoffquellen für die chemische Industrie aus. Anteil wachsend. Auch der Einsatz von NawaRos in Bioraffinerien nimmt zu, ist allerdings noch Neuland. Deutschland gehört bei der Nutzung von NawaRos zum internationalen Spitzenfeld.

Ein einsatzfeld mit großer Wachstumsdynamik sind biobasierte Kunststoffe, wenn auch noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Menge an Rohstoffen, die gebraucht wird, ist in keiner Weise vergleichbar mit der Menge an NawaRos, die für Bio- oder Agrotreibstoffe benötigt wird. Denn weltweit werden lediglich 400.000 Hektar für die biobasierte Wirtschaft verwendet, was einem Anteil von gerade einmal 0,0022 % der globalen Landnutzung entspricht. Der Flächenbedarf für vollständigen (!) Ersatz der petro-basierten Kunststoffe im Verpackungsbereich läge bei 2 %, der Flächenbedarf für Ersatz sämtlicher (!) Kunststoffe durch Bioplastik bei 5 % des weltweit zur Verfügung stehenden Ackerlandes. Davon sind wir aber noch sehr, sehr weit entfernt! Zudem können die Produkte bei ihrer Entsorgung in Kaskadennutzung (Mehrfachnutzung) noch recycelt oder zur Energiegewinnung genutzt werden.

Keine staatliche Förderung

Die stoffliche Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen wird nicht direkt gefördert. Es gibt zwar auf europäischer und deutscher Ebene sogenannte Bioökonomiestrategien, diese vergeben aber eher Forschungsgelder. Weder auf europäischer noch auf deutscher Ebene ist eine Förderung analog der Erneuerbaren Energien im Stromsektor oder wie bei der Erzeugung von Treibstoffen durch eine Quote von Seiten der Politik und der Industrie gewollt. Das heißt, der Ausbau der Nutzung von NawaRos erfolgt marktgetrieben. Die Motive der Unternehmen sind dabei: Neue Anwendungsfelder, neue Eigenschaften der Rohstoffe, Erfahrungen sammeln mit Ersatzrohstoffen für Erdöl, Diversifizierung der Rohstoffbasis. Das Haupthemmnis: Nachwachsende Rohstoffe sind meist teurer und der Rohölpreis zurzeit sehr niedrig.

Aufgrund fehlender staatlicher Förderung gibt es weder auf europäischer noch auf deutscher Ebene eine Bereitschaft für eine gesetzliche Regelung bezüglich einer nachhaltigen Produktion der eingesetzten Rohstoffe. Die Begründung: Dies gäbe es ja auch für die Nutzung von Erdöl nicht. Und leider stimmt das. So bleibt nur die Stimulierung einer freiwilligen Bereitschaft der Unternehmen, sich zunehmend zu verpflichten, nur nachhaltig produzierte Rohstoffe zu kaufen.

Nachhaltig produzierte Biomasse?

Vor diesem Hintergrund wurde 2011 die Initiative Nachhaltige Rohstoffe für die stoffliche Nutzung (INRO)

gegründet. Diese wird gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR). Die Teilnehmer sind große und kleine Unternehmen aus allen Branchen und Bereichen der Wertschöpfungskette (beispielsweise BASF, Henkel, Novamont, Kleenoil, Tetrapack, Fuchs, Süd- und Nordzucker), Wirtschaftsverbände (unter anderem der Verband der Chemischen Industrie e.V., Verband der Automobilindustrie e.V., European Bioplastic Verband), Ministerien und nachgeordnete Behörden, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen (zum Beispiel WWF, Brot für die Welt, Welthungerhilfe), Zertifizierungsunternehmen (ISCC und RedCert) und die Wissenschaft. Ziel von INRO ist es, Kriterien für eine nachhaltige Bereitstellung von Biomasse für industrielle Prozesse gemeinsam zu definieren. Auf dieser Basis sollen sich Unternehmen freiwillig verpflichten, zunehmend zertifizierte Biomasse zu kaufen. Dabei hat sich die Initiative eng an die Vorgaben für Biotreibstoffe in Anlehnung an die Vorgaben der Europäischen Union (EU) für Biotreibstoffe (Renewable Energy Directive, RED) gehalten.

Bei den Biotreibstoffen haben sich aufgrund der Vorgaben der EU und der entsprechenden deutschen Gesetzgebung Zertifizierungssysteme entwickelt, die vor Ort bei den Farmen überprüfen, ob die vom Gesetz vorgegebenen Nachhaltigkeitsanforderungen beim Biomasseanbau eingehalten werden. Ist dies der Fall, bekommt der Rohstoff ein Zertifikat. Diese Zertifizierungssysteme sollen jetzt auch bei der stofflichen Nutzung von Biomasse genutzt werden. INRO soll kein neues Zertifizierungssystem oder neues Logo werden, es stellt vielmehr eine von allen Stakeholdern debattierte Liste von sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien dar, anhand derer Zertifizierungssysteme gemessen und die von Logos wie dem Blauen Engel genutzt werden können, um ihrerseits nachhaltig produzierte Biomasse zu definieren.

Ergebnisse von INRO

Seit Gründung der Initiative wurden Nachhaltigkeitskriterien beschlossen, die weit über die ökologischen Kriterien der Biotreibstoffe in der RED hinausgehen. Als Erweiterung wurden auch soziale und ökonomische Kriterien definiert und aufgenommen. Dazu gehört unter anderem der Schutz natürlicher Lebensräume wie Regenwald, Torfmoor und Naturschutzflächen, Boden- und Wasserschutz, umweltgerechter Umgang mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, keine Kinderarbeit, keine Zwangsarbeit, angemessen Entlohnung, Zugang zu Trinkwasser, Nachweis der Landnutzungsrechte, Einhaltung der Rechte indigener Völker und Schutzkleidung. Des Weiteren gibt es einen Beschluss über Qualitätskriterien für Zertifizierungssysteme, um die Qualität der Zertifizierung zu heben. Darunter fallen Transparenz, Mitarbeit von NGOs; Zertifizierung vor Ort, Schulung der Mitarbeiter und Maßnahmen gegen Korruption. Beide Beschlüsse sind wegweisend und können auch für andere Diskussionen genutzt werden. Folgende Zertifizierungssysteme werden von INRO empfohlen: ISCC (International Sustainability & Carbon Certification) und ISCC+, RSB (Roundtable on Sustainable Biofuels), RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil), Rainforest Alliance, Bonsucro, REDcert (nur für Europa).

Es hapert noch an der Umsetzung

Eine freiwillige Verpflichtung statt staatlicher Regulierung stellt naturgemäß keinen starken Druck dar, denn die Unternehmen halten sich nur daran, wenn sie sich davon einen Vorteil versprechen. Optimal wäre es natürlich, wenn die Nutzung von NawaRos vom Verbraucher belohnt würde. Aber dass die Verbraucher verstehen, worum es geht, und auch bereit sind, entsprechend mehr dafür zu zahlen, ist wohl kaum realistisch. Das funktioniert ja selbst bei den Öko-Eiern und Biofleisch kaum. Welcher Verbraucher aber kauft seinen Jogurt, weil der Jogurtbecher aus x % nachwachsenden Rohstoffen besteht, deren nachhaltige Produktion zertifiziert ist? Oder kauft ein Auto, weil im Armaturenbrett 5 % nachwachsende Rohstoffe enthalten sind? Viel zu komplex! Lediglich bei bestimmten Nischenprodukten ist das denkbar: Beispielsweise bei Naturfarben oder -kosmetik, Bioschmierölen sowie bei kompostierbaren Anwendungen wie Mulchfolien. Aber im breiten Markt, in dem nur statt erdölbasierter Rohstoffe auf nachwachsende Rohstoffe gesetzt wird, kann man getrost vergessen, dass der Verbraucher die Vorteile versteht und honoriert.

Verbreitung und Anerkennung könnte die Zertifizierung der stofflichen Nutzung von NawaRos dann finden, wenn die Handelsketten diese in ihre eigenen Nachhaltigkeitsstrategien für ihre Markenprodukte integrieren würden. Oder Logos, wie der Blaue Engel, die INRO-Kriterien übernehmen würden. Oder das Beschaffungswesen der Bundesregierung solche Produkte bevorzugte. INRO arbeitet derzeit daran, in diesem Bereich Fortschritte zu erzielen.

Hauptmotiv der Unternehmen verstärkt auf nachhaltig produzierte Rohstoffe zu setzten, ist die Sorge, dass ähnlich wie bei den Treibstoffen eine gesellschaftlich negative Diskussion entsteht, die dem Image des Unternehmens schaden könnte. Naturgemäß haben davor Endproduktthersteller mehr Befürchtungen als Unternehmen wie beispielsweise BASF oder Evonik, die selten direkt mit den KonsumentInnen in Berührung kommen. Hier haben die Umweltverbände und Entwicklungsorganisationen eine wichtige Aufgabe als Beobachter und Kritiker!

Nachhaltige Zertifizierung ist schwierig aber notwendig

Die Vorarbeiten haben wir geleistet, der Rahmen steht, jetzt müssen die Unternehmen handeln. Aus diesem Grund wird für INRO in der nächsten Phase vor allem die Anwendung im Fokus stehen. Die Unternehmen sollen verstärkt nachhaltig produzierte Biomasse einkaufen, wenn sie dann auf nachwachsende Rohstoffe setzen. Außerdem wollen wir auf europäischer Ebene ein vergleichbares Netzwerk aufbauen, der Agrarmarkt ist ein europäisches, ja globales Geschäft.

Michaele Hustedt

Die Autorin war von 1994 bis 2005 Mitglied im deutschen Bundestag. Als selbstständige Beraterin (CPC Berlin) moderiert sie unter anderem das Netzwerk Bioenergie der Deutschen Umwelthilfe und die Initiative nachhaltige Rohstoffbereitstellung für die stoffliche Biomassenutzung (INRO).

Mehr Informationen unter:
www.inro-biomasse.de

© Joujou/ pixelio.de

Mais als Grundlage für Bioökonomie?

MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG IN GEFAHR?

Bioökonomie auf Ernährungssicherung trimmen

Immer mehr Non-Food-Produkte werden aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt. Der Balanceakt zwischen ernährungsferner Biomassenutzung und der Schaffung von globaler Ernährungssicherheit ist der Biokraftstoffpolitik nicht gelungen. Doch genau diese Balance ist notwendig, soll der Wandel hin zur Bioökonomie global nachhaltig sein. Der Grad der Berücksichtigung des Menschenrechts auf Nahrung in der Politikgestaltung wie auch im unternehmerischen Handeln wird darüber entscheiden, ob Bioökonomiestrategien den Zugang zu Nahrung für arme Menschen erschweren oder im günstigsten Fall einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten.

Vor wenigen Jahren haben die EU und die USA einen entscheidenden Schritt hin zur Bioökonomie unternommen und die Förderung von Biokraftstoffen beschlossen. Diese politische Vorgabe hat zu einer öffentlichkeitswirksamen Debatte um „Teller vor Tank" geführt. Während Politiker, Bioenergieverbände und Umwelt- sowie Entwicklungsorganisationen noch heute um einen Kompromiss um Biokraftstoffquoten ringen, nimmt die Nutzung von Biomasse in anderen Sektoren nahezu unbemerkt zu. Hierbei werden mögliche Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherheit kaum hinterfragt. Zum Beispiel von Flaschen, bei denen der Biokunststoff aus Zuckerrohr gefertigt wurde. Oder von Winterreifen, deren Gummi aus Löwenzahn-Milch gewonnen wird. Welche Agrarflächen stehen dafür zur Verfügung? Ist die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung in Gefahr?

Globale Dimension wird oft unterschätzt

Heute leidet immer noch jeder neunte Mensch an Hunger, 805 Millionen weltweit. Mindestens 70 % davon leben in ländlichen Regionen der Entwicklungsländer und von der Landwirtschaft. Durch den Wandel von der erdölbasierten Wirtschaft hin zur Bioökonomie gewinnen diese Regionen, die von Armut und Hunger besonders betroffen sind, immens an Bedeutung: Ihre fruchtbaren Böden bieten - gemeinsam mit Wasser, Sonneneinstrahlung, Wärme und billigen Arbeitskräften - ideale Bedingungen zur Gewinnung von Biomasse. Die Umsetzung der Bioökonomie-Strategien ist ohne Nutzung dieser Ressourcen kaum vorstellbar. Schon heute reichen die europäischen Agrarflächen nicht mehr aus: Die EU nimmt bereits 25 Millionen Hektar zusätzliche landwirtschaftliche Flächen im Ausland in Anspruch, um ihren Bedarf an Agrarprodukten zu decken.[1]

Die Umsetzung der überzogenen Biokraftstoffziele hat gezeigt, dass trotz gesetzlicher Umweltvorgaben die Kraftstoffpflanzenproduktion vielerorts nicht nur den Raubbau an der Natur verstärkt, sondern direkt und indirekt auch gravierende soziale Fehlentwicklungen wie Landraub in Entwicklungsländern und stark steigende Nahrungsmittelpreise hervorgerufen hat. In der Biokraftstoffpolitik wurden insbesondere die sozialen Auswirkungen zu lange ausgeblendet. Nun gilt es, aus diesen Fehlentwicklungen zu lernen und die Gewinnung von Biomasse insbesondere in Entwicklungsländern so zu gestalten, dass ein Beitrag zur Ernährungssicherung und Armutsreduzierung geleistet wird.

Bioökonomie armutsmindernd gestalten

Umsichtig gestaltete Bioökonomie-Strategien können sowohl global als auch lokal zur Armutsreduzierung beitragen. Global, weil beispielsweise in der EU oder den USA weniger

Agrarüberschüsse anfallen, die zu Dumpingpreisen in ärmeren Ländern verkauft werden und dort die kleinbäuerliche Landwirtschaft unrentabel machen. Außerdem kann die Bioökonomie einen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten, der gerade für von den Klimafolgen besonders hart getroffene Kleinbauern und -bäuerinnen wichtig ist. Schließlich zeigt die moderne Nutzung von Biomasse Wege für Entwicklungsländer auf, wie die fossile Wirtschaftsphase weitgehend übersprungen werden kann.

Besonders wichtig ist es aber, die Biomassenachfrage zur Armutsreduzierung in armen ländlichen Regionen zu nutzen. Weltweit über 400 Millionen kleinbäuerliche Betriebe können in die Biomasseproduktion einbezogen werden. Genau dies ist bei der Kraftstoffpflanzenproduktion nicht gelungen: Die hohe Nachfrage hat zu einer Ausweitung von Plantagen geführt und bäuerliche Betriebe weitgehend ausgegrenzt. Benötigt wird eine Bioökonomiepolitik, die eine behutsam ansteigende Nachfrage nach Biomasse fördert. Kleinbauern und -bäuerinnen müssen Zeit haben, sich neu zu organisieren, zum Beispiel in Erzeugergruppen und Genossenschaften. Anbaumethoden und Marktzugang müssen verbessert werden. Diese Prozesse brauchen Zeit, um die Entwicklung des verarmten Klein- und Subsistenzbauerntums hin zu einer wirtschaftlich tragfähigen sowie sozial und ökologisch nachhaltig produzierenden bäuerlichen Landwirtschaft zu ermöglichen.

Menschenrecht auf Nahrung mitdenken

Bereits 2004 haben die Vereinten Nationen (UN) Leitlinien zum Recht auf angemessene Nahrung vereinbart, die einen Abschnitt über „Internationale Zusammenarbeit und einseitige Maßnahmen“ enthalten. Darin heißt es unter anderem: „Die Staaten werden dringend aufgefordert, […] einseitige Maßnahmen zu vermeiden oder von solchen abzusehen, […] die der vollständigen Erreichung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung anderer Länder entgegenstehen und ihre Anstrengungen in Richtung auf die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung im Rahmen nationaler Ernährungssicherheit behindern“ [2].

Aus dieser Aufforderung, die von allen UN-Mitgliedern mitgetragen wird, lässt sich eine Verpflichtung ableiten, bei der Nutzung von Biomasse zu ernährungsfernen Zwecken nicht nur mögliche nationale Folgen, sondern auch Auswirkungen auf andere Länder zu überprüfen. Die Einführung einer „Politikfolgenabschätzung Welternährung“ könnte sicherstellen, dass in politisch-parlamentarischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen mögliche gewollte und ungewollte Folgen von Politiken für die globale Ernährungssicherheit explizit erörtert werden, bevor Entscheidungen getroffen werden. In Deutschland würde das beispielsweise bedeuten, das im Bundestag bestehende Verfahren der Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) um die Frage der Ernährungssicherheit zu erweitern. Die Beachtung der globalen Dimension in der Politikfolgenabschätzung würde zudem zu einer größeren Kohärenz zwischen allen binnen- und außenorientierten Politikbereichen führen.

Mindeststandards für Biomasse einführen

In den Bioökonomie-Strategien der EU (2012) und der Bundesregierung (2013) wird die Berücksichtigung des Primats der Ernährungssicherheit zugesichert. Bislang gibt es jedoch noch keine wissenschaftlich fundierten Standards und Kennzahlen, die eine Überprüfung der Berücksichtigung des Menschenrechts auf Nahrung bei der Produktion und Nutzung von Biomasse ermöglichen. Eine Zertifizierung von Biomasse ist nur zur Kraftstoffproduktion vorgeschrieben, das heißt zertifiziertes Palmöl kommt in den Tank, nicht zertifiziertes Palmöl auf den Tisch (zum Beispiel als Margarine) beziehungsweise auf die Haut (zum Beispiel bei Kosmetika). Zudem berücksichtigen die Biokraftstoffkriterien kaum soziale Gesichtspunkte. Eine entsprechende gesetzliche Regelung ist notwendig, aber derzeit weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene geplant.

Benötigt wird ein globaler Biomassestandard, der die Produktion aller Biomassearten für alle unterschiedlichen Nutzungen länder- und sektorübergreifend regelt. Hierbei müssen nicht nur ökologische, sondern auch wirtschaftliche und vor allem soziale Kriterien der Nachhaltigkeit einbezogen werden.

Bislang gibt es nur wenige Vorschläge zur Überprüfung von Ernährungssicherungsaspekten bei der Biomasseproduktion und -nutzung. Das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn und die Welthungerhilfe haben sich daher zur Aufgabe gemacht, diese Lücke zu schließen und wissenschaftlich fundierte Kriterien zur Ernährungssicherheit zu entwickeln, die auf dem Menschenrecht auf Nahrung und den vier Säulen der Ernährungssicherheit (Verfügbarkeit, Versorgungsstabilität, Zugang und Nutzung) aufbauen. Ziel des Vorhabens ist es, handhabbare Standards zur Verfügung zu stellen,

- die zu einer kontinuierlichen Verbesserung der lokalen Ernährungslage beitragen; dies wird insbesondere durch eine verbesserte Einkommenssituation in den Anbauregionen erreicht, welche auch den Verkauf von Biomasse beinhaltet,
- die Kleinbauern und -bäuerinnen und mittleren Betrieben die Chance geben, Schritt für Schritt steigenden Anforderungen gerecht zu werden,
- die Großbetriebe als Entwicklungsmotoren in die Pflicht nehmen,
- deren Umsetzung flexibel genug gestaltet wird, um standortgerecht agieren zu können, ohne dabei Abstriche bei den zu erreichenden Standards zu machen,
- deren Einhaltung sozio-ökonomische Entwicklung generiert.

Die ernährungsferne Nutzung von Biomasse darf nirgendwo zur Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung führen, sondern sollte vielmehr einen direkten Beitrag zur Armutsminderung leisten. Politische Leitplanken dazu werden derzeit bei den UN beraten: Bis 2030 soll sich beispielsweise das Einkommen dieser Kleinbauern verdoppeln. Die Bioökonomiestrategien der Industrienationen können und müssen an den geplanten globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals) anknüpfen.

Dr. Rafaël Schneider

Der Autor ist stellvertretender Leiter Politik und Außenbeziehungen bei der Deutschen Welthungerhilfe e.V.

1 Noleppa, v. Witzke u. Cartsburg 2013.

2 FAO (2004), http://www.fao.org/3/a-y7937e.pdf.

© PixelWookie/ pixelio.de

Landwirtschaft für Ernährung oder für Biomasse-Anbau? – Bäuerin in Laos

VOLLER WIDERSPRÜCHE!?

Die Chancen von Bioökonomie im Spannungsfeld von „Food First", Wachstum und Transformation

Bioökonomie ist eines der aufkommenden Konzepte für das post-fossile Zeitalter. „Biomasse" soll die konventionellen Rohstoffträger immer weiter ersetzen. Viele Industrienationen setzen große Hoffnungen auf dieses Konzept. Dies zeigen insbesondere die in den letzten Jahren entwickelten Bioökonomie-Konzepte vieler Staaten. Aber wie sind in der bisherigen Auseinandersetzung mit den Konzepten die möglichen Konflikte zwischen „Food First" (Primat der Ernährungssicherung), biobasiertem Wirtschaftswachstum und einer notwenigen sozialen und ökonomischen Transformation insbesondere aus der Sicht der Ärmsten der Armen adressiert?

Eine zentrale Frage lautet: Wie verhält sich das Bioökonomie-Konzept zu den Fragen des Wirtschaftswachstums? Ein neues Konzept, welches nur die Rohstoff- und Energieträger des bestehenden Wirtschaftssystems erneuern oder austauschen will, sich aber nicht der Frage der Reduktion des Ressourcenverbrauchs stellt, wird keine positiven Antworten für die Ärmsten der Armen und für die Nachhaltigkeit liefern. Der Ressourcenverbrauch des heutigen deutschen und weltweiten Wirtschaftsmodells ist eindeutig zu hoch. Langfristig werden nur noch 2000m^2 landwirtschaftliche Nutzfläche pro Person für die Produktion zur Verfügung stehen. Allein von dieser Fläche die menschliche Ernährung zu sichern, ist eine große Herausforderung.

Das Spannungsfeld Wachstum

Mit Blick auf das deutsche Bioökonomie-Konzept fällt auf, dass es hier vornehmlich darum geht, das bestehende Wirtschaftsmodell einfach auf eine neue Rohstoffbasis zu stellen. Eine Neuorientierung in zentralen Fragen wird nicht angestrebt, Wachstums- und Exportparadigma werden nicht angetastet. Was aber bedeutet das Wachstumsparadigma mit Blick auf Bioökonomie? Schon heute verbraucht die deutsche Wachstums- und Konsumgesellschaft mehr Ressourcen als ihr zur Verfügung steht. Wie die Bioökonomie diesen Widerspruch lösen soll, ist unklar. Letztlich werden mit der Bioökonomie natürliche Anbauzyklen der Landwirtschaft vollends in das industrielle System integriert. Dieses ist im Sinne des Wachstums auf immer schnelleres Produzieren, Konsumieren und Verbrauchen ausgerichtet. Radikal gesehen wird heute im Sinne des Wachstums häufig für die Müllhalde produziert, damit möglichst schnell Neues hergestellt und konsumiert werden kann. Man spricht auch von geplanter Obsoleszenz. Dass dies langfristig weder auf Basis fossiler Rohstoffe noch auf Basis von „biobasierten" Rohstoffen funktionieren kann, sollte einleuchtend sein.

Eine Bioökonomie-Strategie, die sich also nicht kritisch mit den Konsequenzen des Wachstums und dem Prinzip der geplanten Obsoleszenz auseinandersetzt, ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Zusätzlich kann so eine Strategie die Hungerproblematik auf der Welt stark verschärfen, weil sie die Nachfrage nach landwirtschaftlicher Fläche erhöht, die für die Lebensmittelproduktion gebraucht wird.

Ein radikales Beispiel für den Wachstumszwang und die dramatischen Auswirkungen der verschiedenen Obsoleszenz-Strategien ist der Textilsektor. Längst gibt es keine Kollektionen mehr, die sich an den Jahreszeiten orientieren. Es wird auf immer neue, innovative und preiswer-

te Kollektionen im Zwei-Wochen-Takt gesetzt. Dies führt dazu, dass immer schneller Kleidung genäht und immer mehr Baumwolle angebaut werden muss. Die negativen Konsequenzen werden von den Näherinnen und in den sich ausweitenden Anbaugebieten der Baumwolle getragen. Das Paradigma des immer schnelleren Konsums, vorangetrieben durch geplante technische oder psychologische Obsoleszenz, durchzieht heute die gesamte Industrie. Dies ist der Sektor, den die Bioökonomie mit nachhaltigeren Ressourcen beliefern will. Es ist natürlich verlockend, wenn das Wegwerfen von Produkten auf den ersten Blick kein Problem mehr ist, weil sie biologisch abbaubar sind oder gar eine Kohlenstoffsenke darstellen.

Insbesondere ein Konzern wie Apple ist ein Meisterbeispiel dafür, wie man mit geschicktem Produkt- und Systemdesign, oder kurz mit psychologischer Obsoleszenz, Produkte extrem schnell altern lässt und so den Konsum, die Produktion und den Gewinn maximiert. Dies bedeutet aber auch, dass immer mehr Produkte in immer kürzerer Zeit weggeworfen werden oder ihren Nutzen verlieren. Für die Bioökonomie im Sinne von Nachhaltigkeit bedeutet dies, dass wenn zum Beispiel ein Smartphone nur eine Funktionszeit (oder „Coolness“) von zwei Jahren hat, es im Blick auf die Nachhaltigkeitsfrage recht egal ist, ob die Hülle des Smartphone aus fossilem Plastik oder „biobasiertem“ Plastik ist. Die Nachfrage wird mittelfristig die verfügbaren Ressourcen überschreiten.

Das Spannungsfeld „Food First“ und Recht auf Nahrung

Dramatisch ist der Zusammenhang zwischen „biobasiertem“ Plastik und der Produktion von Lebensmitteln, denn diese treten in Konkurrenz zueinander. Kurz: Eine modische Handyhülle aus Bioplastik wird in der heutigen Gesellschaft immer mehr Wert sein, als eine Schale Reis und der Hunger wird wieder zunehmen. Die Frage in diesem Zusammenhang muss daher lauten: Welchen neuen Kräften öffnet man den Zugang zu Flächen, die zum Anbau von Nahrungsmittelmitteln genutzt werden können; angesichts von 800 Millionen Hungernden genutzt werden müssen?

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass von Seiten der Treiber der Bioökonomie-Strategien gar nicht mehr von Lebensmitteln, sondern von Biomasse gesprochen wird. Dieser neue Sprachgebrauch sollte alarmieren, denn wer von Biomasse spricht, versucht sich von der Tatsache zu lösen, dass das erste Ziel landwirtschaftlicher Produktion die Erzeugung von Lebensmitteln und die Erfüllung des Rechts auf Nahrung sein muss. Letztlich ist es sogar nur die halbe Wahrheit von Biomasse zu sprechen. Ganz radikal gesehen, wird es den Industriekonzernen, aus ihrer eigenen Produktionslogik heraus, nur noch um die Anzahl nutzbarer Kohlenstoff- oder Zuckerketten pro Hektar gehen. So kommt man zu Produktionsmodellen und einem Abstraktionsniveau, die keine Verbindung mehr mit „Food First“ oder dem Recht auf Nahrung haben. Im Sinne der Ausgangsfrage bedeutet dies, man öffnet die Lebensmittelproduktion für die vollständige Industrialisierung und Abkoppelung von ihrer ursprünglichen Bedeutung, nämlich der Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln.

Weiter stellt sich die Frage: Kann man die Kräfte dieser Konzerne und Investoren in der Bioökonomie regulieren? Mit Rückblick auf die Regulierungsversuche der letzten Jahre im Bereich Agrartreibstoffe, Futtermittelimporte, Papier- und Holzverbrauch sowie Fischkonsum, sollte man hier sehr skeptisch sein. Zwar sind heute viele Labels bekannt und sehr viele Produkte gelabelt. Doch haben sich weder der Ressourcenverbrauch noch die Verschwendung reduziert. Ganz zu schweigen davon, dass die Macht der Konzerne angegangen worden wäre.

Interessant ist auch die eher theoretische Frage, ob die Industriekonzerne überhaupt ein Interesse daran haben, Rohstoffe von denen zu beziehen, die heute die Lebensmittelproduktion in Händen halten, also von den kleinbäuerlichen Familienbetrieben. Angesichts der großen homogenen Masse, die die Industrie nachfragen wird, wenn sie auf Bioökonomie setzt, muss dies stark bezweifelt werden. Folgerichtig würde die Umsetzung von Bioökonomie-Strategien nicht nur die Umsetzung des Rechts auf Nahrung bedrohen, sondern auch die Existenz vieler kleinbäuerlicher Familienbetriebe.

Mit diesem Wissen muss zum momentanen Zeitpunkt bezweifelt werden, dass die „Food First“-Ansätze, die in der deutschen Bioökonomie-Strategie verankert sind, umgesetzt werden können. Dies umso mehr, da die staatlichen Forschungsgelder vor allem in technische Umsetzungsprojekte fließen, nicht aber in Projekte, die hinterfragen, wie das Recht auf Nahrung im Kontext der Bioökonomie realisiert werden könnte.

Das Spannungsfeld Transformation

Kann die Bioökonomie aber einen Beitrag zur sozialen und ökologischen Transformation leisten? Die Frage wurde in den beiden vorherigen Abschnitten eindeutig negativ beantwortet. Dies insbesondere, weil die Bioökonomie nicht mit dem Wachstumsparadigma bricht und mit ihrem Bedarf an landwirtschaftlicher Nutzfläche die Überwindung des Hungers in Frage stellt. Die Frage sollte daher anders lauten: Können Elemente der Bioökonomie in einer Gesellschaft, die mit dem Wachstumsparadigma gebrochen, die sich sozial und ökologisch transformiert und den Hunger überwunden hat, eine wichtige Rolle spielen? Hier lautet die Antwort ja.

Die Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, zu dieser Veränderung der Gesellschaft zu kommen. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang können und müssen die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) spielen. Es werden nicht die technokratischen Ansätze der Bioökonomie sein, die die Gesellschaft voranbringen, sondern die Diskussionen und Auseinandersetzungen, die in Prozessen wie den SGDs geführt werden.

Abschließend ist aus Sicht der Ärmsten der Armen festzuhalten: Das Konzept der Bioökonomie ist eher eine Gefahr denn ein Segen. Für sie sind die ganzheitlichen Ansätze der Agrarökologie, die sich ähnlich weit wie die Bioökonomie ausdehnen lassen, viel interessanter, denn es stellt die nachhaltige Nutzung der knappen Ressourcen und ihre Erweiterung durch geschickte Pflege und das Recht auf Nahrung in den Vordergrund.

Stig Tanzmann

Der Autor ist Referent für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung bei Brot für die Welt.

© Rainer Sturm/ pixelio.de

Landnutzung weltweit erzeugt Druck

BIOÖKONOMIE UND LANDKONFLIKTE

Genug Land für alle(s)?

Land ist eine begrenzte Ressource. Würde man das verfügbare Ackerland der Erde gerecht auf alle Erdbewohner aufteilen, dann hätte jeder Mensch rund 2.000 m² zur Verfügung[1] – das ist nicht mal ein Drittel von einem Fußballfeld. Ein/e EuropäerIn verbraucht derzeit ca. 13.000 m² weltweit, um ihre oder seine Bedürfnisse nach Nahrung, Energie und diverse Materialien zu befriedigen. Da die Flächen Europas nicht ausreichen, den Bedarf zu befriedigen, „importieren" wir Land aus anderen Ländern der Erde und exportieren damit gleichzeitig die Umweltprobleme, die diese Art der Landnutzung mit sich bringt. Insgesamt machen diese Landimporte 60 % unseres eigenen Anspruchs an Landfläche aus. Deutschland ist mit rund 80 Millionen Hektar der drittgrößte Flächenimporteur weltweit.[2]

In den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, zu welchen Auswirkungen diese ungerechte Verteilung der Landinanspruchnahme führen und welche zahlreichen Nutzungskonflikte sowohl lokal als auch im weltweiten Maßstab auftreten können. So waren die Ursachen der Ernährungskrise von 2007/2008 zwar vielfältig – ein wesentlicher Grund war jedoch ein rapider Anstieg der Nahrungsmittelpreise, der durch den anhaltenden Boom der globalen Biokraftstoffproduktion verstärkt wurde. Damit wurde immer mehr Land dafür genutzt, Energiepflanzen wie Mais, Zuckerrohr, Soja und Palmöl für die Erzeugung von Bioethanol und Biodiesel anzubauen und diese in die Industrieländer zu exportieren – Land, das der (heimischen) Nahrungsmittelproduktion dann nicht mehr zur Verfügung steht. Hinzu kommt, dass die Konsumansprüche in vielen Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien ansteigen und damit auch der Verbrauch von Fleisch und Milchprodukten. Für die fleischliche Ernährung wird ein Vielfaches[3] an Fläche gebraucht als für die pflanzliche Versorgung der gleichen Energiemenge.

Landinvestitionen steigen

Der dadurch entstandene Druck auf die globalen Landressourcen ermutigte viele Investoren, in den Landkauf einzusteigen. Schon Mark Twain erkannte: „Buy land. They ain't making it any more" – Land als eine Ressource, die physisch begrenzt ist, ist auch ökonomisch ein knappes Gut und verteuert sich bei weiterer Verknappung. Dem Biokraftstoff-Boom folgte dementsprechend ein globaler Anstieg in großflächige Landinvestitionen. In vielen Fällen wurde deutlich, dass dieses „Land Grabbing" mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen einherging. Menschen wurden beispielsweise von ihrem Land vertrieben, ihnen wurde der Zugang zu Wasserquellen verwehrt und die Grundlage für lokale Produktionsweisen entzogen. Gleichzeitig verkauften schwache Regierungen in Asien, Afrika und Latein-Amerika immer mehr Land an ausländische Investoren, in der Hoffnung, dies würde die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes vorantreiben.

Als Folge dieses „globalen Wettlaufs um Agrarland" wurden 2012 unter der Koordination des Komitees für Ernährungssicherheit der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern verabschiedet. Das wesentliche Ziel der Freiwilligen Leitlinien ist es, die Menschenrechte derjenigen, die das Land nutzen, zu bewahren und einen nachhaltigen Governance-Rahmen für Landrechte und -management zu schaffen. Derzeit gibt es zahlreiche Bestrebungen, diese Leitlinien auf nationaler Ebene umzusetzen und in internationale Regelwerke wie beispielsweise den neuen Weltbank-Standards zu integrieren.[4]

Bioökonomie forciert Nutzungsdruck auf Land und Ressourcen

Doch der Nutzungsdruck auf die globalen Landressourcen steigt ungebremst an. Die wichtigsten Treiber sind die zunehmende Nachfrage nach Lebensmitteln und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen für die energetische und stoffliche Nutzung, auf die auch die Bioökonomie abzielt. Dabei geht es letztlich um eine geringe Anzahl an Ackerpflanzen (so genannte „Flex Crops“ [5]), die industriell angebaut und dann je nach Bedarf flexibel in verschiedene Produktionsketten gespeist werden können – sei es für die Produktion von Biokraftstoffen und Biogas, für Kunststoffe, Industriefasern, chemische Produkte oder Kosmetika.

Zwar kommen für die Bioökonomie auch Rohstoffe in Frage, die keine direkte Landnutzung erfordern (zum Beispiel Algen, Seetang oder auch biogene Reststoffe), aber der wesentliche Anteil wird allein aus Effizienz- und Massegründen von landwirtschaftlicher Fläche stammen müssen. Oft wird argumentiert, dass es in vielen Teilen der Welt noch erhebliche Potenziale zur Steigung des Flächenertrags gibt. Das mag in Teilen stimmen, allerdings sind in den meisten Fällen Ertragssteigerungen nur mit einem erhöhten Einsatz an Wasser, Düngemittel und Pestiziden zu erreichen, was für viele Kleinbauern nicht erschwinglich ist und zusätzlich der Umwelt schaden kann. Davon abgesehen wäre aufgrund der ambitionierten Ziele, die sich sowohl Deutschland als auch die EU gesetzt haben, eine Ausweitung der Bioökonomie unweigerlich gleichbedeutend mit einer Zunahme der Landinanspruchnahme.

Steigender Nutzungsdruck heißt mehr Druck auf Umwelt und Bevölkerung

Dies hätte nicht nur zum Teil gravierende Folgen für den Landzugang und die Landnutzung ärmerer Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern, sondern auch für die Umwelt. Mehr Flächennutzung heißt gleichzeitig mehr Abholzung von natürlichen Wäldern, eine steigende Ausbeutung von Süßwasservorkommen (insbesondere in trockeneren Gebieten), gesteigerte Bodenerosion und Bodenverlust auf Flächen, die für den intensiven Anbau von Ackerpflanzen nicht geeignet sind und zunehmende Verluste von Biodiversität. Nicht zuletzt haben jegliche Landnutzungsänderungen in Richtung einer Intensivierung höhere Treibhausgasemissionen zur Folge[6], die die oft beschworene Abkehr von fossilen Rohstoffen durch die Substitution durch Ackerpflanzen oder Holz nicht rechtfertigen.

Wie kann eine nachhaltige Bioökonomie-Strategie aussehen?

Eine Bioökonomie-Strategie, die diese Aspekte nicht ernst nimmt, sondern besonders auf die Ausweitung der Biomasseproduktion und der biobasierten Industrie setzt, kann ihrem Anspruch, eine „nachhaltige Alternative zur fossilen Wirtschaft“[7] zu bieten, nicht gerecht werden. Mit einer expansiv orientierten Strategie wird suggeriert, dass Biomasse unendlich zur Verfügung steht und wirtschaftliches Wachstum einfach weitergehen kann – zukünftig angetrieben durch Biomasse statt Erdöl. Die begrenzt zur Verfügung stehenden Flächen weltweit und die mit intensiver Landnutzung verbundenen sozialen und ökologischen Probleme zeigen, dass dies ein Irrtum ist.

Eine Strategie, die stattdessen auf die nachhaltige Nutzung von Land und den natürlichen Ressourcen abzielt, muss den Druck auf die Landressourcen verringern, anstatt ihn weiter zu erhöhen. Die notwendige Umstellung von erdölbasierten Produkten auf Produkte aus Biomasse kann deshalb nur geschehen, wenn weniger anstatt mehr Biomasse konsumiert und gleichzeitig das vorhandene Land im globalen Maßstab gerecht aufgeteilt und nachhaltig genutzt wird. Wie kann das gelingen?

Zunächst gilt es, die Treiber für den voranschreitenden Flächenverbrauch klar zu benennen und diese im politischen Kontext nicht weiter zu ignorieren. Eine Bioökonomie-Strategie hat nur dann Erfolg, wenn sie dafür sorgt, dass der Konsum von flächenintensiven Nahrungsmitteln (besonders Fleisch) und von Energie reduziert wird. Hierzu gehören neben effizienzfördernden Maßnahmen wie die Reduzierung von Lebensmittelabfällen auch Suffizienzmaßnahmen und eine Politik, die regionale und geschlossene Wirtschafts- und Produktionskreisläufe fördert. Diese Aspekte fehlen in den meisten strategischen Ansätzen zur Bioökonomie, sei es auf deutscher oder europäischer Ebene, und werden auch in der flankierenden Forschung zur Bioökonomie kaum adressiert. Zusätzlich gilt es, die Herausforderung einer nachhaltigen, ressourceneffizienten Landnutzung in internationalen Politiken stärker zu integrieren und als eigenständiges Politikfeld weiter zu unterstützen und voranzutreiben.

In der Debatte zur Bioökonomie und der Flächenverfügbarkeit werden nicht nur die Grenzen unseres Wachstumsmodells deutlich, sondern auch die Gefahr von einfachen politischen Lösungen. Für eine nachhaltige Land- und Ressourcennutzung bedarf es stattdessen vielfältige Ansätze, Ausdauer sowie politische Kreativität, um auch weniger populäre Themen auf die politische Agenda zu bringen.

Timo Kaphengst und Stephanie Wunder

Timo Kaphengst ist Senior Fellow am Ecologic Institut. Stephanie Wunder ist Senior Fellow und Koordinatorin der Bereiche Bioenergie und Landwirtschaft am Ecologic Institut.

1 Zu weiteren Infos und Möglichkeiten sich zu engagieren, siehe: http://www.2000m2.eu/de/.

2 Zu Zahlen europäischer Landimporte siehe: SERI (2011): Europe's global foot demand.

3 Laut Reijnders und Soret erfordert die Produktion von Fleischprotein im Vergleich zur Produktion von Sojaprotein 6-17 mal mehr Land, 6-20 mal mehr fossile Energie und 4-26 mal mehr Wasser. Reijnders, Lucas und Soret, Sam (2003): "Quantification of the environmental impact of different dietary protein choices", The American Journal of Clinical Nutrition 2003.

4 Zur Überarbeitung der Weltbank-Standards siehe auch Vöcking: Verbessern durch Verwässern?: Die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank werden überarbeitet, in diesem Rundbrief, S. 30.

5 Im Wesentlichen sind dies Soja, Zuckerrohr, Mais und Ölpalmen. Siehe hierzu: TNI (2014): Towards understanding the politics of flex crops and commodities: Implications for research and policy advocacy.

6 Insbesondere wenn diese mit Abholzung und Entwässerung von Ökosystemen einhergehen.

7 „Bioökonomie – Nachhaltige Alternative zur fossilen Wirtschaft": Titel der BMEL Veranstaltung am 3./4. November 2014 in Berlin.

© H.D.Volz/ pixelio.de

Wasser und Landwirtschaft sind direkt verbunden

UNPROBLEMATISCH UND ALTERNATIVLOS?

Die Bioökonomie und die Begrenztheit der Wasserressourcen

Stofflich und energetisch nutzbare Biomassen haben einen ungleich höheren Wasserbedarf als fossile Rohstoffe. Die angestrebte Bioökonomie läuft deshalb Gefahr, den Wasserstress in den Biomasse-Herkunftsländern noch weiter zu verschärfen. Normen und Nachhaltigkeitszertifizierungen erlauben die Prüfung der wasserwirtschaftlichen Relevanz einer einzelnen Biomasseplantage oder einer einzelnen Biomasseweiterverarbeitungsstätte. Wenn aber ganze Flusseinzugsgebiete auf einen Biomasseanbau zugunsten der Realisierung einer Bioökonomie-Wirtschaft in den Industriestaaten umgestellt werden, versagen diese individuellen Auditierungsinstrumente. Es fehlt bislang jegliche Abschätzung, welchen Wasserbedarf die Bioökonomie insgesamt nach sich ziehen wird.

Es ist eine kühne Vision: Statt auf Erdöl, Erdgas und Kohle, soll die Wirtschaft künftig auf Biomasse basieren. Nicht nur die fossilen Energieträger sollen durch Energiepflanzen ersetzt werden, auch Grundstoffe der organischen Chemie und Kunststoffe sollen mehr und mehr aus Biomasse (insbesondere Pflanzen und Algen) gewonnen werden. Der Umbau von einem fossil-basierten zu einem Biomasse-basierten Wirtschaftssystem läuft unter dem Titel „Bioökonomie". Gleich sieben Bundesministerien haben sich zu einer ressortübergreifenden Bioökonomie-Arbeitsgruppe zusammengefunden, um mit über zwei Milliarden Euro aus der Bundeskasse die Bioökonomieforschung voranzutreiben. Aufgelegt wurde zudem eine Bioökonomie-Strategie der Bundesregierung[1] ,die den Transfer hin zu einer Biomasse-basierten Wirtschaft beschleunigen soll. Mit großem Aufwand wurde im Juni 2014 eine „Halbzeitbilanz" der bisherigen Bioökonomieanstrengungen zelebriert und eine Zeitenwende proklamiert. Gleich zwei Bundesminister – die Forschungsministerin und der Landwirtschaftsminister – beschworen vor über 500 Teilnehmenden aus Industrie und Forschung die Erfolge, die man bereits auf dem Weg zu einer Biomasse-basierten Wirtschaft erreicht habe.[2] Auch in der EU-Kommission hat der Bioökonomie-Hype Anklang gefunden: Über das große EU-Forschungsprogramm „Horizon 2020" werden für die Bioökonomie Forschungsgelder gleich in mehrfacher Milliardenhöhe bereitgestellt.[3] Einige Bundesländer – insbesondere Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg – haben ebenfalls Gefallen an der Bioökonomie-Idee gefunden und eigene Bioökonomiestrategien für ihre Bundesländer konzipiert.

Was bleibt von der Bioökonomie übrig, wenn das Wasser zur Neige geht?

Möglicherweise werden die hochfliegenden Hoffnungen der Bioökonomie aber schon an der Begrenztheit der Wasserressourcen scheitern. Denn im Schnitt benötigen der Anbau und die Weiterverarbeitung von Biomasse 70mal mehr Wasser als die Gewinnung von Erdöl, Erdgas oder Kohle.[4] Deshalb ist am 3. November 2014 auf einem Umweltverbändeseminar[5] die Frage diskutiert worden, ob mit der Bioökonomie der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben werden soll: Denn eine Bioökonomie in Europa wird nur möglich sein, wenn im gigantischem Umfang Biomasse aus Übersee bezogen wird. In den Überseeländern wird der Export von Biomasse für die energetische und stoffliche Nutzung in Europa den Wasserstress noch weiter in die Höhe treiben, wobei international anwendbare Normen zur Sicherung der Nachhaltigkeit von Biomasseanbau und Weiterverarbeitung „water grabbing", Wassermangel und Wasserverschmutzung verhindern sollen.

Die ISO-Normung zum Wasserfußabdruck[6] sowie die Nachhaltigkeitszertifizierungen für Anbau und Weiterverarbeitung von Biomassen zur energetischen und stofflichen Nutzung sind nur tauglich, einzelne

Projekte zu bewerten – aber nicht den regionenweiten Wasserbedarf durch eine Vielzahl von Biomasseplantagen! Wie der Wasserbedarf in den Biomasse-Herkunftsländern gedeckt werden soll, wenn zeitgleich Unter- und Mangelernährung überwunden und Biomasse in großem Umfang in die EU exportiert werden soll, ist noch nicht einmal in Ansätzen geklärt. Derzeit nutzt die Chemiebranche schätzungsweise um die 13 % biogene Rohstoffe. Noch niemand hat überschlagen, was es für den Wasserhaushalt in den Biomasse-Herkunftsregionen für Folgen hätte, wenn diese Marge beispielsweise auf 26 % verdoppelt würde. Deshalb vertreten die GRÜNE LIGA und der Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die Auffassung, dass der Wasserbedarf der Bioökonomie mit konkreten und regionalisierten Zahlen hinterlegt werden muss. Hierzu werden in Deutschland bislang kaum Forschungen durchgeführt. Um dem „blinden Fleck" in der Bioökonomieforschung entgegenzuwirken, muss sich die milliardenschwere Bioökonomie-Forschung nach Ansicht der beiden Umweltverbände auch für ein Mitspracherecht der Zivilgesellschaft öffnen.

Alles kein Problem?

Apologeten der Bioökonomie gehen davon aus, dass uns reichlich Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um gleichermaßen die Prämisse „Nahrungsmittelsicherheit zuerst", die Vermeidung von Wasserstress und ein ausreichend großes Biomasseangebot für die Bioökonomie zu gewährleisten. Ihre Argumentation lautet:

- Wir könnten die Effizienz bei der Bewässerung erhöhen und verstärkt aufbereitetes Abwasser zur Bewässerung nutzen. Zudem könnten wir weniger flächen- und wasserintensive Fleisch- und Milchprodukte konsumieren, so dass Anbauflächen und Wasserressourcen für den Biomasseanbau frei würden.
- Auch wenn weniger Lebensmittel weggeworfen oder durch Schädlinge befallen und unbrauchbar gemacht würden, stünden zusätzliche Land- und Wasserressourcen für den Anbau von Biomasse zur Verfügung.
- Und ferner könnten wir die Produktivität der Landwirtschaft steigern, so dass hierdurch Freiraum für den Anbau von energetisch und stofflich nutzbarer Biomasse geschaffen würde.

Im Angesicht der Notwendigkeit eines benötigten Mehrs an Nahrungsmittelproduktion, das sich aus dem prognostizierten Anstieg der Weltbevölkerung von derzeit 7 Milliarden auf 9 bis 10 Milliarden Menschen ergeben wird, stellen sich hier ernstzunehmende Fragen. Bereits seit 2008 wächst die Weltbevölkerung drei Mal schneller als die Agrarproduktion.[7] Selbst der Bioökonomierat als Beratungsgremium der Bundesregierung befürchtet, dass durch den Klimawandel und den Anstieg des Meeresspiegels zunehmend landwirtschaftliche Nutzflächen aus der Produktion herausfallen werden – auch wegen des Eindringens von marinem Salzwasser in küstennahe Grundwasserleiter. Möglicherweise zunehmende Dürren (wie derzeit in Kalifornien) werden dazu führen, dass dürrebedingte Ertragsausfälle in anderen Regionen der Erde kompensiert werden müssen – was wiederum die Nutzungskonkurrenzen hinsichtlich der Flächen- und Wasserverfügbarkeit verschärfen könnte. Der Raubbau an den Wasserressourcen, Versalzung, Erosion sowie Bodendegradation führen ebenfalls zu einem Schrumpfen der landwirtschaftlich nutzbaren Böden. Wenn also das Motto „Nahrungsmittelsicherheit an erster Stelle!" tatsächlich gelten soll, müssen wir diskutieren, wie viel „Platz" tatsächlich noch bleibt, um in nennenswertem Ausmaß Biomasse für die energetische und stoffliche Nutzung anbauen zu können.

Ist die Bioökonomie „alternativlos"?

Optimisten gehen davon aus, dass uns künftig durch die solare Meerwasserentsalzung in den Küstenzonen Wasser zur Bewässerung in Hülle und Fülle zur Verfügung stehen wird.[8] Bislang funktioniert die solare Meerwasserentsalzung allerdings nur im Litermaßstab. Denkbar wäre eine Photovoltaikgetriebene Meerwasserentsalzung zur Bereitstellung von Bewässerungswasser. Aber möglicherweise ist das ein verlustreicher Umweg, um reduzierte Kohlenwasserstoffverbindungen herzustellen. Effizienter könnte es sein, „überschüssigen" Photovoltaik- und Windkraftstrom via Elektrolyse direkt in Wasserstoff umzuwandeln, um daraus Methan und Methanol für die energetische und stoffliche Nutzung zu gewinnen. In einer Langfristperspektive ist die Bioökonomie also nicht – wie vielfach propagiert – „alternativlos".

Jenseits dieser technischen Fragen ist jedoch die Grundsatzfrage zu beantworten, ob die Bioökonomie letztlich nur dazu gut ist, Industriestaaten weiterhin auf Wachstumskurs halten zu können. Denn bislang hat es den Anschein, dass Bioökonomie nicht die fossil-basierte Wirtschaft ersetzt – sondern dass sie zu der fossil-basierten Wirtschaft addiert wird. Für die GRÜNE LIGA und den Ak Wasser im BBU ist klar, dass in den Industriestaaten aus Gründen der globalen Gerechtigkeit und im Hinblick auf die planetaren Grenzen „ein Deckel drauf muss". Erst wenn wir uns in Richtung Suffizienz bewegen und die Nutzung fossiler Rohstoffe und Energieträger sowie der Konsum stark schrumpfen, wird es tatsächlich Spielraum für eine verantwortbare Bioökonomie geben.

Nikolaus Geiler

Der Autor ist Mitarbeiter im Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Freiburg.

1 Download via http://www.bmbf.de/de/biooekonomie.php.

2 Ein ausführlicher Tagungsbericht kann als pdf via nik@akwasser.de angefordert werden.

3 Siehe: http://www.forschungsrahmenprogramm.de/horizont2020.htm.

4 Siehe zum Wasserbedarf von stofflich und energetisch genutzter Biomasse: http://www.ufz.de/index.php?de=21978 / http://www.waterfootprint.org/Reports/Gerbens-Hoekstra-VanderMeer-2009-WaterFootprint-Bioenergy.pdf / http://www.waterfootprint.org/?page=files/Water-energy.

5 Download des Programms und der Erklärung: http://www.wrrl-info.de/site.php4?navione=angebote&navitwo=seminare&content=seminar44.

6 Siehe: http://www.iso.org/iso/home/news_index/iso-in-action/water.htm (rechte Spalte).

7 TAZ vom 28.10.2014, S. 18 (Rubrik „Flimmern & Rauschen").

8 So beispielsweise Michael Carus vom NOVA-Institut (persönliche Mitteilung).

© Julia Weirma/ pixelio.de

Brisbane, Ort des diesjährigen G20 Treffens

WIRTSCHAFTSWACHSTUM ÜBER ALLES

G20, alles andere als ein Gipfel der Nachhaltigkeit

Was will man erwarten, wenn Australiens erzkonservativer Regierungschef Tony Abbott die anderen 19 Staatschefs der G20 einlädt? Sicherlich nicht unbedingt neue Impulse für nachhaltige Entwicklung oder soziale Gerechtigkeit. Der G20-Gipfel in Brisbane erfüllte diese Erwartungen und wer die Gipfelbeschlüsse liest, kommt nicht um die Feststellung herum: Je tiefer die Fixierung auf endloses Wirtschaftswachstum real in die Krise kommt, desto intensiver halten die Regierungschefs der Welt an ihr fest.

Wirtschaftswachstum als zentrales Stichwort des diesjährigen G20-Gipfels. Mehr als 800 der von den 20 Regierungschefs sowie der EU-Kommission zugesagten Einzelmaßnahmen sollen das gemeinsame Wachstum bis 2018 um 2,1 % über die bisherigen Voraussagen hinaus steigern. Zwei Billionen Dollar zusätzliche Wirtschaftsleistung sollen dadurch generiert werden. Prüfen soll die Umsetzung der Internationale Währungsfond (IWF), Maßnahme für Maßnahme. Allerdings fehlen ihm dabei Sanktionsmöglichkeiten für diejenigen Länder, die die Wachstumsziele nicht erreichen. „We will monitor and hold each other to account for implementing our commitments, and actual progress towards our growth ambition, informed by analysis from international organisations“, so das Gipfelkommuniqué.

„Dank unserer Beschlüsse der letzten 48 Stunden wird es den Menschen rund um die Erde künftig besser gehen“, erklärte Premier Abbott nach dem Gipfel, eine nicht gerade von Bescheidenheit geprägte Aussage. „Our actions to increase investment, trade and competition will deliver quality jobs“, wird im Gipfelkommuniqué verkündet – da reicht die bloße Behauptung schon aus, auch wenn die Realität der letzten Jahre in den meisten Ländern eher ein Wachstum im Bereich prekärer und unsicherer Beschäftigung war und hochwertige Arbeitsplätze immer seltener werden.

Nationalen Wachstumsstrategien fehlt Nachhaltigkeit

Als Anhang zu den Gipfelbeschlüssen gibt es von jedem Land plus der EU sogenannte „Comprehensive Growth Strategies“. Liest man sich diese umfangreichen Wachstumsstrategien durch, ist selbst bei den angeblichen Nachhaltigkeits-Vorreitern Deutschland und EU wenig davon zu erkennen, dass man in irgendeiner Weise etwas anderes als „business as usual“ machen will oder die Welt vielleicht vor dem Problem steht, dass ein erfolgreiches „weiter so“ den ökologischen Kollaps unvermeidlich nach sich ziehen würde. Unter den Maßnahmen, die die EU auflistet, stehen so originelle Dinge wie „advancing the multilateral and bilateral trade agenda, including the full and timely implementation of the trade facilitation agreement and progress in concluding free trade agreements“ (EU) oder „Two key ongoing FTA negotiations of the EU are TTIP and the FTA talks with Japan. The Federal Government is actively contributing to these negotiations, not least by informing and discussing with the business community, the press and NGOs about the challenges and opportunities of these trade talks“ (Deutschland). Abkommen wie TTIP zwischen EU und USA und CETA zwischen EU und Kanada sollen multinationalen Konzernen das Recht auf Schadensersatzklagen vor einer privaten Paralleljustiz gegen Gesetze geben, mit denen Nachhaltigkeit vorangebracht werden soll und damit unvermeidlich die sogenannten „legitimen Profiterwartungen“ mancher problematischer Industriesektoren geschmälert werden. Wie das mit Nachhaltigkeit vereinbar sein soll, bleibt wohl das Geheimnis von Kommission und Bundesregierung.

Ressourcenverbrauch wird nicht hinterfragt

In all den vielen Gipfeldokumenten sucht man vergeblich irgendei-

nen relativierenden Zwischenton, dass mit Wirtschaftswachstum allein noch gar kein Problem gelöst wird und diese Fixierung auf immer mehr Wachstum vielleicht sogar Probleme schaffen kann. Kein Satz über die ökologischen Folgewirkungen eines ungebremsten Rohstoff-Booms oder wachsenden Energieverbrauchs, ein Dokument wie aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, aber offenbar repräsentativ für die regierende liberale Partei Australiens, in deren Parteiprogramm Umweltpolitik überhaupt nicht vorkommt. Sie regiert seit einem Jahr und in dieser Zeit fand eine energiepolitische Kehrtwende weg von Klimaschutz und erneuerbaren Energien statt, wurde ein riesiger Kohlehafen direkt am Great Barrier Reef genehmigt, Gesetze zum Schutz der tasmanischen Regenwälder abgeschafft, der Versuch unternommen, den UNESCO-Welterbestatus dieser Wälder abzuschaffen, und ein Prozess begonnen, bestehende Meeresschutzgebiete wieder abzuschaffen. Wenn man solchen Leuten die Federführung über G20-Gipfeldokumente überlässt, kann kaum etwas Vernünftiges herauskommen. Premier Abbott ist in den Umfragen auf Talfahrt, da kam ihm eine Wachstums-Jubelshow gerade recht.

Internationale nachhaltige Entwicklungsagenda wird konterkariert

„Our growth strategies contain major investment initiatives", es ist offenbar völlig unwichtig, in was investiert wird – Nachhaltigkeitskriterien jedweder Art findet man nicht. Das einst so beliebte Wörtchen „sustainable" kommt im Gipfelkommuniqué im Wesentlichen in der Kombination als „sustainable growth" vor, ein einziges Mal entdeckt man auch „sustainable development". Da wird nämlich einfach behauptet: „our actions will support sustainable development, economic growth, and certainty for business and investment". So einfach geht das. 22 Jahre nach Rio wird einfach behauptet, „sustainable development" sei dasselbe wie ein bloßes „weiter so". In einer solchen Kühnheit hat diese Behauptung in internationalen Gipfeldokumenten Seltenheitswert. Geradezu bizarr mutet vor diesem Hintergrund die Passage an: „We support efforts in the United Nations to agree an ambitious post-2015 development agenda. The G20 will contribute by strengthening economic growth."

Selbst in den Schwellenländern ist die Öffentlichkeit mittlerweile über die Phase einer derart blinden Wachstumsgläubigkeit hinaus, wie sie aus den Gipfelbeschlüssen von Brisbane spricht. Wenn die geplante Post-2015-Agenda auch nur ansatzweise Fortschritte in Richtung sustainable development, in Richtung Anerkennung der ökologischen Grenzen des Wachstums enthalten soll, wird sie mit der G20-Agenda unvermeidlich auf Kollisionskurs geraten.

Man kann allerdings getrost davon ausgehen, dass die G20-Beschlüsse in einigen Jahren genauso Makulatur sein werden wie viele vorausgegangene G7, G8, G20-Beschlüsse auch. Der Versuch, mit einer Art globalem Fünfjahresplan 2,1 % Wachstum regelrecht zu planen, wird an der Realität scheitern müssen. Da hilft es auch nicht, dass man sich versichert: „We will monitor and hold each other to account for implementing our commitments". So etwas würde man sich für die Post-2015-Agenda auch wünschen, dass sich die Staaten gegenseitig zur Rechenschaft ziehen wollen, wenn sie ihre vereinbarten Ziele nicht erreichen.

Auch deutsche G7-Präsidentschaft thematisiert Weltwirtschaft

Der andere G-Prozess, G7, wird am 7. und 8. Juni 2015 seinen nächsten Gipfel unter deutscher Präsidentschaft im bayerischen Schloss Elmau abhalten. Weltwirtschaft wird natürlich auch ein Schwerpunktthema sein, schließlich begannen die G7-Gipfel in den 1970er Jahren mal als „Weltwirtschaftsgipfel". Weitere Schwerpunktthemen sind: Meeresumweltschutz, Meeresgovernance und Ressourceneffizienz im Bereich Umwelt; Antibiotikaresistenzen, vernachlässigte und armutsassoziierte Krankheiten sowie Ebola im Bereich Gesundheit; Standards in Handels- und Lieferketten; sowie die Stärkung von Frauen bei Selbständigkeit und beruflicher Bildung. Die G7-Staaten beraten zudem über die Energieversorgungssicherheit, am zweiten Gipfeltag sollen außerdem einige Regierungschefs vor allem aus Afrika eingeladen werden. Vor dem Gipfel in Elmau sind des Weiteren einige Minister-Treffen geplant: Die Außenminister treffen sich vom 14. bis 15. April 2015 in Lübeck, die Energieminister vom 11. bis 12. Mai 2015 in Hamburg und die Finanzminister vom 27. bis 29. Mai 2015 in Dresden.

Meeresgovernance und Antibiotika als Akzentsetzung

Was genau beim G7 unter deutscher Präsidentschaft herauskommen soll beziehungsweise könnte, kann natürlich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Man kann nur hoffen, dass keine Neuauflage der platten Wirtschaftswachstumshymnen von Brisbane in der Pipeline ist. Aus dem Thema Meeresumweltschutz kann sicher einiges gemacht werden: Es gibt eine Reihe drängender Probleme von Meeresverschmutzung bis Überfischung sowie Hochsee-Schutzgebiete und keinen übergreifenden Verhandlungsort dafür. Bei entsprechendem politischen Willen könnten die G7 auf jeden Fall positive Akzente für die Verhandlungen zur Post-2015-Agenda setzen, und sich selbst einige wichtige Reformen verordnen. Mit der EU und Japan sitzen zwei der Hauptverursacher der Überfischung der Weltmeere in Elmau am Tisch.

Auch die Antibiotika-Thematik bietet für die Zivilgesellschaft interessante Ansatzpunkte – eine der Hauptursachen für die steigende Antibiotikaresistenz ist bekanntlich die Massentierhaltung. Standards in Handels- und Lieferketten sind ein immer aktuelles Thema. Aus NGO-Sicht kann es hier aber nicht bei freiwilligen Selbstverpflichtungen oder unverbindlichen Absichtserklärungen bleiben, sondern es muss zu einer verbindlichen Regulierung kommen. Nur so können die teilweise unhaltbaren Zustände – Stichwort Bangladesch-Textilien – wirklich geändert werden. Dies bedeutet aber einen Paradigmenwechsel gegenüber der bisherigen Außenwirtschaftspolitik der G7-Länder, die immer noch darauf abzielt, mit Handelsabkommen verbindliche Regulierungen immer weiter zu erschweren.

Der G7-Gipfel in Elmau findet vor einer anderen innenpolitischen Kulisse statt als der australische G20-Gipfel. Jede Regierung ist immer auch bemüht, einen Gipfel zu veranstalten, der vor dem heimischen Publikum gut ankommt. Es wird sich zeigen, welche Akzente die deutsche G7-Präsidentschaft in den kommenden Monaten setzen kann, setzen will und setzen muss.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

© Jakob Huber/ pixelio.de

TTIP-Aktionstag in Berlin

TTIP: ALLES IM FLUSS

Öffentliche Ablehnung nimmt weiter zu

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) wollte binnen eines Jahres eine Million Unterschriften für den Stopp des TTIP-Freihandelsabkommens der EU mit den USA und des EU-Kanada-Freihandelsabkommens CETA sammeln. Nach dem Start am 11. Oktober 2014 dauerte es keine zwei Monate, da war die Million schon erreicht. Entgegen der Behauptungen aus der Brüsseler Kommission ist die Ablehnung von TTIP kein rein deutsches Phänomen – mehr als die Hälfte der Unterschriften kommen nicht aus Deutschland. Die vorgegebenen Länderquoren sind mittlerweile neben Deutschland auch in Österreich, Großbritannien, Slowenien und Finnland erreicht, die Niederlande und Luxemburg stehen bei Redaktionsschluss[1] kurz davor. Die Aktion geht auch nach der ersten Million weiter. Der Widerstand gegen TTIP breitet sich aus.

Mit dem Amtsantritt der neuen EU-Kommission tritt die Auseinandersetzung um das umstrittene TTIP-Freihandelsabkommen der EU mit den USA in eine neue Phase. Zunehmend wird aber auch die EU-Handelspolitik allgemein Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Die kompromisslose und konfrontative Haltung des bisherigen Handelskommissars Karel de Gucht, eines belgischen Liberalen, sowohl gegenüber der kritischen Öffentlichkeit als auch gegenüber von seiner „reinen Lehre" abweichenden EU-Regierungen hatte vermutlich einen erheblichen Anteil daran, dass die Befürworter des Abkommens im Laufe des Jahres einen zunehmend schwereren Stand in der Öffentlichkeit bekamen.

Konflikte um neue Handelskommissarin

Wie sehr das offizielle Brüssel mittlerweile befürchtet, dass TTIP und in dessen Umfeld auch das geplante Kanada-Abkommen CETA am öffentlichen Widerstand scheitern könnte, zeigt auch das Bestätigungsverfahren der neuen Kommission im Europaparlament (EP). Die neue Handelskommissarin Cecilia Malmström, eine schwedische Liberale, hatte zunächst in ihrer schriftlichen Stellungnahme für das Parlament erklärt, sie sei gegen Investor-Staats-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) – den am heftigsten umstrittenen Komponenten des geplanten TTIP und CETA. Kurz vor der mündlichen Anhörung Ende September stellte sich heraus, dass ihr diese Aussage von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hineingeschrieben wurde, sie nahm sie in ihren Statements vor dem EP weitgehend wieder zurück. Juncker allerdings entzog ihr daraufhin die Kompetenz, ISDS alleine zu verhandeln, ein beispielloser Akt in der Geschichte der EU-Handelskommissare. Für Verhandlungen über ISDS muss sie sich mit Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans, einem niederländischen Sozialdemokraten, absprechen. Am 22. Oktober 2014 erklärte Juncker in seiner Antrittsrede vor dem EP: „I have asked Frans Timmermans, in his role as First Vice-President in charge of the Rule of Law and the Charter of Fundamental Rights, to advise me on the matter. There will be no inves-

tor-to-state dispute clause in TTIP if Frans does not agree with it too."

Kurz danach, am 24. Oktober, fand in Brüssel ein Treffen der „Working Party on Communication" zwischen Rat und Kommission statt. Das Protokoll ist sogar im Netz zu finden.[2] Die Kommission konstatiert klar, dass man in der Defensive ist: „The Commission (DG Trade) outlined the main elements of the Commission's response to the TTIP communications challenge. Against the background of large media interest (but mostly negative coverage), the growing large-scale campaigns in Member States, the public's misperceptions and the general scepticism around the TTIP, the aim of the Commission's communication strategy is mainly to explain the basics of the negotiations and to address criticism. […] A number of challenges remain: credibility and trust are still at low level; in the light of the decision to release the negotiating directives, there may be risks of implicitly generating a feeling of secrecy around the matter; there are still difficulties in showing benefits of an agreement with negotiations ongoing; there are not enough resources compared to the scale of opposition (grass-root action campaigns will be organised); the Commission has not enough resources to engage in national debates, thus governments' support and mobilisation of national stakeholders are crucial."

Das Ergebnis war, dass man mehr PR für TTIP machen will – aber eines kam in den Beratungen offenbar nicht vor: Dass die Gründe der Ablehnung von TTIP bei immer mehr Bürgerinnen und Bürgern nicht etwa „misperceptions" sind, sondern dass sie im Gegenteil gegen TTIP sind, weil sie sehr wohl verstehen, um was es geht, und all die Informations-Offensiven deshalb vielleicht sogar das Gegenteil des intendierten Ergebnisses erreichen könnten.

Karel de Gucht verlangt klare Ansagen

Derweil ist in der Öffentlichkeit der EU-Mitgliedsstaaten von einer echten TTIP-PR-Offensive nicht viel zu spüren. Am 9. Oktober erklärte der scheidende Handelskommissar de Gucht bei einer Veranstaltung in Berlin, am Ende seiner Amtszeit sei die Versuchung groß, etwas offener seine Meinung zu sagen. Alle EU-Mitgliedsstaaten sollten doch mal klar äußern, ob sie TTIP nun wollen oder nicht. Das sei zurzeit nämlich nicht der Fall. Keine Regierung sage, sie sei gegen TTIP, aber nur sehr wenige sagen unzweifelhaft, dass sie dafür seien. Aber er sei lange genug Politiker gewesen, um zu wissen: Eine Regierung, die nicht sagt, wofür sie stehe und die ihre Politik nicht öffentlich vertrete, die bekomme früher oder später Probleme. Die Kommission könne die Öffentlichkeit nicht von etwas überzeugen, das sei Aufgabe der nationalen politischen Eliten, der Parteien, der Regierungen. Regierungen könnten nicht einfach zusehen, wie die öffentliche Debatte läuft, und ab und zu vom Rand der Debatte auch mal einen Kommentar abgeben. Dann gehe das Projekt TTIP schief. Genau so sei es aber in fast allen Mitgliedsstaaten.

Unübersichtliche Lage im US-Kongress

Am 19.November kündigte Handelskommissarin Malmström an, die TTIP-Verhandlungen mit „nie dagewesener Transparenz" führen zu wollen – was CDU/CSU-Fraktionsvize Michael Fuchs vom Wirtschaftsflügel seiner Partei sofort zum Anlass nahm, per Presseerklärung zu verkünden, damit könnten die TTIP-Verhandlungen bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Davon geht in den USA niemand mehr aus, am allerwenigsten die Regierung. Nach den Kongresswahlen im November haben die Republikaner die klare Mehrheit im Kongress. Was das konkret für TTIP bedeutet, darüber gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Die Republikaner sind eher pro-Freihandel als die Demokraten, andererseits dürften sie die Obama-Administration bei so gut wie keinem politischen Projekt ernsthaft unterstützen. Die Tea Party kämpft mittlerweile bereits gegen „Obamatrade". Für eine Kongressabstimmung über die nach wie vor fehlende sogenannte „Trade Promotion Authority", mit der der Kongress dem Weißen Haus quasi einen Blankoscheck für die Freihandels-Verhandlungen erteilt, können daher kaum Prognosen gegeben werden – bisher hat Obama diesen Antrag gar nicht erst gestellt, weil er vermutlich durchgefallen wäre.

Frankreich will kein ISDS

Frankreichs Staatsekretär für Außenhandel, Matthias Fekl, erklärte derweil, Frankreich werde einem TTIP mit ISDS nicht zustimmen.[3] Mittlerweile haben sich beide Kammern des französischen Parlaments, Nationalversammlung und Senat, gegen ISDS ausgesprochen. Auch Österreichs Nationalrat hatte schon im September einen ähnlichen Entschließungsantrag beschlossen. Im November gab es ein ähnliches Ergebnis im niederländischen Parlament – die regierenden Sozialdemokraten und die oppositionellen D66-Liberalen erklärten später allerdings, sie hätten die Anträge verwechselt und aus Versehen dem falschen Antrag zugestimmt. Im Bundestag ist dies einstweilen nicht zu erwarten. Am 27. November kanzelte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Bundestag die Kritiker von TTIP und CETA ab: „Wenn der Rest Europas dieses Abkommen will, […] dann wird Deutschland dem auch zustimmen. Das geht gar nicht anders." Die Beschlüsse des SPD-Parteikonvents über „rote Linien", die die beiden Abkommen nicht überschreiten dürfen, waren plötzlich unwichtig. In der Partei spricht man seitdem von einer Neuauflage der Schröderschen „Basta-Politik".

Die Verhandlungen selbst werden von fast allen Insidern als relativ festgefahren beschrieben. Weder die amerikanische Seite noch die europäische hat sich in den wirklich schwierigen Fragen ernsthaft bewegt. Die italienische Ratspräsidentschaft schlug bereits ein „TTIP-light" vor. Alle strittigen Punkte sollten einfach ausgeklammert werden, ISDS ebenso wie der Agrarsektor. Das Dumme daran ist nur, dass ausgerechnet die in Europa besonders umstrittenen Fragen mit zu den Hauptinteressen der Amerikaner gehören, und umgekehrt. „TTIP light" hätte vielleicht einfach zu wenig Substanz, damit es sich für seine Protagonisten noch lohnt: Nämlich in erster Linie die vielbeschworenen vereinheitlichten Prüfverfahren für die Automobilsicherheit, Rücklichter, Airbags und Blinker. So wichtig sind die offenbar doch nicht.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

1 11.12.2014.

2 http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14713-2014-INIT/en/pdf.

3 http://www.euractiv.com/sections/trade-society/french-government-will-not-sign-ttip-agreement-2015-310037.

© Rainer Sturm/ pixelio.de

Die UN-Verhandlungen beginnen im Januar 2015

„BUSINESS AS USUAL" IST KEINE OPTION

Der Post-2015-Prozess vor den zwischenstaatlichen Verhandlungen

Auf dem Weg zu einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015 werden die zwischenstaatlichen Verhandlungen mit Spannung erwartet. Ob diese die im Post-2015-Prozess oft proklamierte Abkehr vom „business as usual" einleiten werden, ist fraglich.

Die Erarbeitung einer globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015 geht in die heiße Phase. Die zwischenstaatlichen Verhandlungen über die so genannte Post-2015-Agenda stehen kurz bevor. Die neue Agenda soll im September 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen (UN) von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden. Mittlerweile liegen zahlreiche Vorschläge zur Post-2015-Agenda im Allgemeinen und den in ihrem Rahmen zu verabschiedenden Zielen nachhaltiger Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) im Speziellen auf dem Tisch. Zuletzt hat der UN-Generalsekretär seinen mit Spannung erwarteten Synthesebericht zur Post-2015-Agenda vorgelegt.[1] Dieser greift einige grundlegende Beiträge zur Post-2015-Agenda auf und setzt den Rahmen für die Verhandlungen im entscheidenden Jahr 2015.

SDG-Vorschlag als Verhandlungsgrundlage

Sowohl im Synthesebericht des UN-Generalsekretärs als auch für die zwischenstaatlichen Verhandlungen spielt der SDG-Vorschlag der Open Working Group (OWG) eine maßgebliche Rolle. Die OWG, eine vom Rio+20-Gipfel mandatierte zwischenstaatliche Arbeitsgruppe, hat im Juli 2014 einen Vorschlag mit 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung präsentiert. Dieser umfasst neben Zielen zur Beseitigung von Armut und Hunger oder zu Geschlechtergerechtigkeit und Bildung auch Ziele zu Wasser und Meeresschutz, Klimawandel und Energie oder zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern.[2] Einige Staaten, darunter etwa Großbritannien, leisten gegen einen solch breiten Zielkatalog noch Widerstand und sprechen sich für eine reduzierte Anzahl von Zielen aus. Insgesamt treffen die von der OWG vorgelegten Ziele aber auf Zustimmung und ein Beschluss der UN-Generalversammlung erkennt

den OWG-Vorschlag als wesentliche Grundlage der anstehenden zwischenstaatlichen Verhandlungen an.[3] Die Bundesregierung will sich bei den Verhandlungen dafür einsetzen, dass der von der OWG erarbeitete Zielkatalog erhalten bleibt und bewertet diesen als ausgewogen und ambitioniert.[4]

Welches Ambitionsniveau?

Ob die vorgeschlagenen Ziele aber tatsächlich als ambitioniert zu bewerten sind, hängt von den Erwartungen ab, die mit ihnen verknüpft werden. Bemisst sich der Erfolg daran, dass im SDG-Vorschlag Zieldimensionen verankert wurden, die über die in den Millennium Development Goals formulierten Entwicklungsziele hinausgehen und einige drängende Umweltprobleme adressieren? Daran, dass sich die in der OWG vertretenen Staaten auf einen gemeinsamen Nenner geeinigt haben, der weitergeht, als viele erwartet hatten? Dann kann sich das Ergebnis sicher sehen lassen. Zweifelsohne wurden wichtige Ziele in den OWG-Vorschlag aufgenommen, so etwa die Reduzierung von Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten oder Vorgaben zum in der internationalen Politik bislang sträflich vernachlässigten Meeressschutz. Wenn die SDGs aber die Ursachen von Armut und Umweltzerstörung konsequent angehen, die sozial-ökologische Transformation befördern und die planetarischen Grenzen berücksichtigen sollen, greift der Vorschlag zu kurz.

Business as usual?

Die Umweltziele bleiben im OWG-Vorschlag vergleichsweise schwach und unpräzise. Globale Umweltprobleme werden zwar aufgegriffen, es ist jedoch mehr als fraglich, ob die vorgeschlagenen Lösungsansätze und Zielvorgaben eine Trendwende etwa beim Verlust der Biodiversität, der Versauerung der Meere oder der Bodendegradation einleiten können. Angesichts von Klimakrise und notwendiger Dekarbonisierung sind die Klima- und Energieziele sowie die vorsichtige Formulierung zur Beendigung der Subventionierung fossiler Brennstoffe unzureichend. Reformen des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems werden als Lösungsansatz weitestgehend ausgeblendet und auch verpflichtende Standards für den Privatsektor sucht man im Zielkatalog vergeblich. Nicht zuletzt sind die Umsetzungsinstrumente des SDG-Vorschlags ausgesprochen schwammig formuliert. Diese Liste ließe sich fortsetzen.[5]

Inzwischen kommt kaum eine politische Rede zur Post-2015-Agenda mehr ohne die Beteuerung aus, dass ein „weiter so“ keine Option sei - „business as usual is not an option“ gehört als Textbaustein zum Standardrepertoire. Klar ist: Wenn die Abkehr vom „business as usual“ mehr als nur proklamiert werden soll, greift der vorliegende SDG-Vorschlag zu kurz. Wie ambitioniert die Post-2015-Agenda letztlich wird, bleibt abzuwarten.

Cathrin Klenck

Die Autorin arbeitet als Referentin beim Forum Umwelt und Entwicklung zur Post-2015-Agenda.

---

1 Siehe Synthesebericht des UN-Generalsekretärs zur Post-2015-Agenda „The Road to Dignity by 2030: Ending Poverty, Transforming All Lives and Protecting the Planet“ vom 4.12.2014 (nicht-editierte Vorabversion): http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/5527SR_advance%20unedited_final.pdf.

2 Siehe SDG-Vorschlag der OWG „Open Working Group propsal for Sustainable Development Goals“ von Juli 2014: http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1579SDGs%20Proposal.pdf.

3 Siehe Resolution der UN-Generalversammlung 68/309 vom 10.9.2014: http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/68/309.

4 Siehe gemeinsame Pressemitteilung von BMZ und BMUB „Entscheidende Weichenstellung für globale Nachhaltigkeitsziele“ vom 3.12.2014: http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2014/dezember/141203_pm_BMZ_BMUB_Entscheidende-Weichenstellung-fuer-globale-Nachhaltigkeitsziele/index.html. Sowie Bericht der Bundesregierung „Eine Agenda für den Wandel zu nachhaltiger Entwicklung weltweit. Die deutsche Position für die Verhandlungen über die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ vom 3.12.2014: http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/grundsaetze_und_ziele/2014_12_03_Bericht_Post_2015-Agenda_komplett.pdf.

5 Eine ausführlichere Analyse des OWG-Vorschlags findet sich in einem offenen Brief des Forums Umwelt und Entwicklung an Amina Mohammed vom 16.10.2014. Amina Mohammed berät den UN-Generalsekretär zur Post-2015-Agenda und verantwortete die Erarbeitung des Syntheseberichtes: http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Weitere_Themen/Rio_20/Open_Letter_to_Amina_J._Mohammed_concerning_synthesis_report.pdf.

ZU WENIG IST NICHT GENUG, AUCH WENN DIE RICHTUNG STIMMT

Die deutsche Jugenddelegation für Biologische Vielfalt zieht Bilanz

Die deutsche Jugenddelegation zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) ist Teil des Global Youth Biodiversity Network (GYBN), welches von der Naturschutzjugend (NAJU) mitbegründet wurde und seit 2012 die Jugendbeteiligung an der UN-Biodiversitätskonferenz (Convention on Biological Diversity, CBD) von Deutschland aus organisiert. Die Delegation bei der diesjährigen COP12 bestand aus jungen Leuten zwischen 18 und 27 Jahren, die sich im Projekt „Voice for Biodiv" mit Unterstützung des Bundesamts für Naturschutz (BfN) für den Biodiversitätsschutz engagieren. Sie organisierten Aktionen, veranstalteten Workshops, führten Gespräche mit PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen und trotzten wie alle Delegierten der Kälte in den unbeheizten Zelten auf dem zukünftigen olympischen Ski-Gelände. Nach zwei Wochen vollem Einsatz ist es Zeit, Bilanz zu ziehen.

Aus sicht der deutschen Jugenddelegation standen bei der COP12 einige Highlights auf dem Programm: Im Bereich der marinen Biodiversität ist die Anerkennung von 150 ökologisch und biologisch wichtigen Gebieten im Meer begrüßenswert. Entscheidend ist nun, dass die auf wissenschaftlicher Ebene als wertvoll anerkannten Gebiete auch in geeigneten Gremien offiziell als Schutzgebiete ausgewiesen werden. Nur so kann dem drastischen Verlust der biologischen Vielfalt in den Ozeanen entgegengewirkt werden.

Im Finanzierungsbereich, eines der am heißesten diskutierten Themen, konnten sich überraschenderweise Entwicklungsländer und Industriestaaten einigen: Bis 2015 sollen die Finanzierungshilfen für die Entwicklungsländer verdoppelt und bis 2020 auf diesem Niveau gehalten werden. Gleichzeitig verpflichten sich die Staaten, auf nationaler Ebene Gelder bereitzustellen. Eine gute Nachricht, da so finanzielle Mittel für die Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz von Biodiversität bereitgestellt werden. Ein Rückfall hinter die bereits vor zwei Jahren geschlossenen Vereinbarungen hätte verheerende Auswirkungen gehabt.

Auch gibt es konkretere Pläne für die Abschaffung schädlicher Subventionen. Ein Fahrplan zur Reform des Subventionssystems wurde verabschiedet. Dieser sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, bis 2016 eine Übersicht aller biodiversitätsschädlichen Subventionen und Anreize sowie deren Auswirkungen zu erstellen. Bis 2018 sollen politische Maßnahmen zur Reform beziehungsweise Beendigung dieser Subventionen ergriffen und Anreize für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt gestärkt werden. Ein wichtiger Schritt, der konsequent und schnell umgesetzt werden muss.

Synthetische Biologie erstmalig thematisiert

Das Thema „synthetische Biologie" stand erstmalig zur Verhandlung auf der Agenda der COP 12. Die deutsche Jugenddelegation bewertete dies positiv, da es sich um ein neues und sehr kontrovers diskutiertes Thema handelt. Im Fachgebiet synthetische Biologie arbeiten BiologInnen, Chemiker Innen und IngenieurInnen zusammen, um biologische Systeme zu erzeugen, die in der Natur nicht vorkommen. Dass sich die Staatengemeinschaft auf internationaler Ebene mit synthetischer Biologie befasst, befand die Jugenddelegation als ein gutes Zeichen. Da das Thema in den kommenden Jahren an Bedeutung zunehmen wird, ist eine weitere Begleitung durch die Zivilgesellschaft zwingend notwendig.

Reichen diese Schritte aus?

Alles in Allem handelt es sich also um keine schlechten Zielsetzungen. Aber was ist von ihnen zu halten? Der neu veröffentlichte „Global Biodiversity Outlook 4" (GBO 4), der Informationen über den aktuellen Stand der Biodiversität auf der Welt enthält, zeigt, dass wir zwar auf dem richtigen Weg sind (gemessen durch eine Vielzahl von Indikatoren), aber die nötigen Maßnahmen nicht schnell genug umgesetzt werden. Weltweit verschwinden noch immer Arten und Lebensräume, da die unternommenen Anstrengungen nicht ausreichen, um den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen. Aus Sicht der nächsten Generationen heißt das: All die schönen Worte sind nicht genug, auch zwischen den Verhandlungen müssen die Länder zu ihren Absichten stehen und mehr tun!

Deutlich wird dies auch, wenn man sich den „Strategischen Plan" genauer ansieht. Es wurden noch immer keine Beschlüsse zu konkreten Maßnahmen gefasst, um sicherzustellen, dass die festgelegten Ziele erreicht werden, die Umsetzung der im GBO 4 empfohlenen Punkte ist nicht verbindlich geregelt und es existieren weder Meilensteine noch eine „Roadmap", die einen Weg aufzeigen, wie das Artensterben bis 2020 halbiert werden soll. Aufgrund dieser Punkte hinterfragte die Jugenddelegation kritisch, wie ernst es die Staatengemeinschaft mit dem Schutz der biologischen Vielfalt meint. Auch andere Punkte ließen sie nach den Verhandlungen skeptisch zurückblicken: Im Finanzierungsbereich haben die Staaten einen Kompromiss gefunden, dies ist begrüßenswert und natürlich ist es eine gute Nachricht, dass aufgrund von Fragen dieser Art nicht der gesamte Prozess ins Stocken gerät. Aber kann man wirklich von einem Erfolg sprechen, wenn um die Bestätigung eines Ziels gerungen wird, das vor zwei Jahren vereinbart wurde? Ähnlich ambivalent fällt das Ergebnis der Verhandlungen im Hinblick auf die synthetische Biologie aus. Zwar wurde das Thema verhan-

delt, aber die Beschlüsse setzen nur auf nationaler Ebene an, anstatt ein international geltendes Regelwerk zu entwickeln. Dadurch bleibt die Anwendung des Vorsorgeprinzips für Staaten freiwillig und nicht verbindlich.

Die JugendvertreterInnen fordern Handlung in Deutschland und der EU

Um das 2020-Ziel und die Vision, das Artensterben bis 2050 vollständig aufzuhalten, zu erreichen, müssen in den kommenden zwei Jahren Taten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene folgen. Das bedeutet, dass auch Bundesländer, Gemeinden und Städte den Schutz von Biodiversität vorantreiben müssen. Auch das EU-Parlament und die Europäische Kommission müssen sich dafür einsetzen, dass dieses Ziel oben auf der Agenda steht, meinen die Jugenddelegierten.

Ähnlich wie im Klimabereich dürfen wir uns nicht darauf verlassen, dass PolitikerInnen, Delegierte und VerwaltungsmitarbeiterInnen die Arbeit für uns erledigen – wir müssen tun, was in unserer Macht liegt: Einerseits müssen wir selbst unsere Konsum- und Verhaltensmuster im privaten und organisatorischen Bereich ändern. Andererseits müssen wir in unseren jeweiligen Staaten dafür sorgen, dass die politische Umsetzung erfolgt. Die Verhandlungsergebnisse sollten auch auf anderen Ebenen des UN-Systems Eingang finden. Beispiele dafür sind die Anerkennung der ökologisch und biologisch wichtigen Meeresgebiete und die Verankerung der Inhalte der „Gangwon-Deklaration" in den Sustainable Development Goals (SDGs).

Junge Menschen ergreifen das Wort

Soweit zu den Ergebnissen der Verhandlungen. Wie wurden GYBN und die deutsche Jugenddelegation auf den Verhandlungen aktiv und mit welchem Erfolg? In der ersten Verhandlungswoche schrieb der Vorstand von GYBN einen offenen Brief an Martin Schulz, dem Präsidenten des EU-Parlamentes. Sie baten ihn, im Hinblick auf die Neubesetzung der EU-Kommission Einfluss zu nehmen. Ebenso wie die Green 10, die zehn großen Umweltverbände Europas, sorgten sie sich um die wichtige Vorreiterrolle Europas in der Umweltpolitik, das auch in den Verhandlungen zur CBD starkes Gewicht hat. Zu den Forderungen zählt unter anderem die Schaffung eines Vizepräsidenten für Nachhaltigkeit.

Im Rahmen von GYBN waren die Jugenddelegierten an mehreren „interventions" beteiligt. In der Fachsprache heißt das, dass sie während der Verhandlungen als Beobachtergruppe das Wort ergriffen haben. Sie äußerten sich unter anderem zu mariner Biodiversität und Jugendbeteiligung und stellten die Forderung auf, dass die Rechte zukünftiger Generationen, Naturschutz und die Beachtung des Vorsorgeprinzips im Hinblick auf synthetische Biologie Beachtung in den Beschlüssen finden sollten. Mit der „Speaking for Species"-Kampagne erinnerte die GYBN daran, dass Tiere, Pflanzen und Pilze zwar keine Stimme haben, aber in Pyeongchang auch über ihr Schicksal entschieden wird. Die Delegierten konnten sich einen Anstecker mit dem Bild einer Art aussuchen und ihn während der Verhandlungen tragen. Videos mit Statements zu ihrer Wahl wurden über soziale Netzwerke gestreut, auch Rita Schwarzelühr-Sutter, die Parlamentarische Staatssekretärin, äußerte sich zur Kampagne..

Bereits 2016 in Mexiko ist die Halbzeit zur Umsetzung des Strategischen Plans längst erreicht und man wird sehen, wie es dann um die Ziele bestellt sein wird. Die Jugenddelegierten hoffen sehr, dass die Konferenz mit einem nachhaltigen Veranstaltungskonzept umgesetzt und den Zielen und Themen der Konferenz gerecht wird und dass Mexiko als Gastgeberland die Beteiligung der Jugend an den Verhandlungen unterstützt. Bis zur COP13 geht es in Deutschland weiter: Im Frühjahr entwickeln die ProjektteilnehmerInnen eine Kommunikationsstrategie für Biologische Vielfalt und sprechen auf Veranstaltungen wie dem Jugendforum des evangelischen Kirchentages mit jungen Menschen über Biodiversität.

Eva Ressel

Die Autorin betreut hauptamtlich das Projekt „Voice of Biodiv – Deutsche Jugenddelegation für Biologische Vielfalt" bei der Naturschutzjugend (NAJU) im NABU. Die nächste Bewerbungsphase für das GYBN startet im Juni 2015.

© Eva Ressel

Die deutsche Jugenddelegation in Südkorea

MIT TRIPPELSCHRITTEN IN DIE RICHTIGE RICHTUNG

UN-Biodiversitätskonferenz 2014

Die 12. UN-Biodiversitätskonferenz (COP12) im südkoreanischen Pyeongchang endete im Oktober 2014 mit einer gemischten Bilanz. Die über 190 Vertragsstaaten der Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) stellen fest, dass „dringende, umfassende und effektive" Maßnahmen ergriffen werden müssen, um noch das Ziel zu erreichen, den Verlust von Arten und Lebensräumen bis 2020 tatsächlich zu stoppen. Das hatte sich die Weltgemeinschaft vor vier Jahren im japanischen Nagoya vorgenommen.

Die in Korea vorgelegte Halbzeitbilanz – der „4th Global Biodiversity Outlook" – hatte gezeigt, dass die Weltgemeinschaft bei der Umsetzung des Strategischen Plans der CBD zum Schutz von Biodiversität nur bei 5 von 55 Zielindikatoren der 20 Aichi-Ziele auf Kurs ist. BUND und NABU begrüßten die ehrliche Zwischenbilanz, kritisierten jedoch, dass daraus nur unverbindliche Empfehlungen und kein konkreter Handlungsfahrplan abgeleitet wurden. Die Vertragsstaaten müssen dringend mehr für den Schutz von Wäldern, Mooren und Korallenriffen tun und die zunehmend ausgewiesenen Schutzgebiete auch wirklich vor schädlichen Eingriffen bewahren. Wichtig ist zudem, dass die Hauptverursacher des Artensterbens, wie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Infrastruktur, selbst Maßnahmen zum Erhalt von Arten und Lebensräumen verbindlich ergreifen müssen. Überfällig ist auch der Abbau umweltschädlicher Subventionen, wofür in Korea erstmals ein konkreter Fahrplan bis 2018 verabschiedet wurde. Dies sendet ein klares Signal auch an die EU bei der Agrarpolitik nachzubessern. Ebenfalls positiv zu werten ist der COP12 Beschluss, in dem sich die Staaten verpflichten, bis 2020 die Finanzierungslücke bei der Umsetzung ihrer nationalen Biodiversitätsstrategien zu schließen. Deutschland ist hiervon noch weit entfernt.

Schutz von Wäldern und Meeren

Bei den internationalen Naturschutzhilfen hat sich die deutsche Bundesregierung dagegen vorbildlich in Korea präsentiert: Deutschland stellt seit 2013 jährlich 500 Millionen Euro für den weltweiten Erhalt von Wäldern und anderen Ökosystemen zur Verfügung. Nach harten Verhandlungen einigten sich Industrie- und Entwicklungsländer in Pyeongchang zudem darauf, das schon vor zwei Jahren vorläufig vereinbarte Ziel festzuschreiben, nach dem die Finanzhilfen zum Schutz von Arten und Lebensräumen für Länder des globalen Südens bis 2015 verdoppelt und bis 2020 mindestens auf diesem Niveau gehalten werden sollen. Die Umweltverbände halten dies für einen wichtigen, allerdings bei weitem nicht ausreichenden Schritt, um die notwendige Finanzierung bereitzustellen.

Ein großer Erfolg war der Beschluss, eine Datenbank von über 150 ökologisch und biologisch bedeutsamen Meeresgebieten an die UN-Generalversammlung weiterzuleiten, ein wichtiger Schritt für den Naturschutz gerade in internationalen Meeresgebieten. In der Datenbank sind aktuell fast 75 % der Weltmeere abgedeckt, bisher jedoch nicht der Nordostatlantik – eine große Blamage für Europa, wo Fischereiinteressen einiger skandinavischer Staaten eine Einigung blockiert hatten.

Biodiversität auch in der Post-2015-Agenda

Die Umweltverbände begrüßten jedoch, dass sich die zum Ende der Konferenz angereisten Umweltminister und Staatssekretäre in der sogenannten „Gangwon-Erklärung" klar zu einer Aufnahme von Biodiversitätszielen in die neuen globalen Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der UN ausgesprochen haben, die 2015 von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden sollen. Zeitgleich zur Konferenz trat das Nagoya-Protokoll in Kraft, welches Biopiraterie verhindern und die gerechte Nutzung genetischer Ressourcen regeln soll. Die Ratifizierung Deutschlands steht hier noch aus.

Bis zum nächsten Biodiversitätsgipfel (COP13), der 2016 in Mexiko stattfinden soll, müssen den Worten und Beschlüssen nun endlich verstärkt Taten folgen. Denn bislang ist die Weltgemeinschaft noch weit davon entfernt, der fortschreitenden Zerstörung von Regenwäldern, Savannenlandschaften, Mangroven und anderen einzigartigen Lebensräumen, sowie dem Artensterben selbst, Einhalt zu gebieten. Den bisherigen Trippelschritten muss daher ein Endspurt bis 2020 folgen, um jede weitere Verzögerung zu verhindern, die die Rettung unserer Lebensgrundlagen extrem verteuern und erschweren würde. In Deutschland haben Bund und Länder nun die vorrangige Aufgabe, ihre Hausaufgaben zu machen bei der Erreichung der CBD-Ziele.

Nicola Uhde und Konstantin Kreiser

Nicola Uhde arbeitet beim BUND, Konstantin Kreiser beim NABU zu internationaler Biodiversitätspolitik.

Mehr Informationen:
Vierter Bericht zum Zustand der weltweiten biologischen Vielfalt (4th Global Biodiversity Outlook):
http://www.cbd.int/gbo4/

Strategischer Plan zum Stopp des Biodiversitätsverlusts bis 2020 und Aichi-Ziele
http://www.cbd.int/sp/default.shtml

Mehr zur COP12 der CBD von BUND und NABU hier: *www.bund.net/COP12*
www.nabu.de/CBD-COP12

© Rainer Sturm/ pixelio.de,

Auf dem Weg zu einem effektiven Klimaabkommen?

KLIMAGIPFEL IN LIMA MIT SICHT AUF PARIS

Klimapolitik am Scheideweg: Allianz notwendig für 2°C-Strategie in Paris

Im Dezember 2015 in Paris wird ein neues internationales Abkommen zum Klimaschutz beschlossen. Zuletzt gab es wichtige Erfolge in der internationalen Klimapolitik; eine Einigung zum Abkommen scheint möglich zu sein. Allerdings deutet die bisherige Dynamik auf ein Abkommen, dass den Klimawandel nicht unter die Großgefahrengrenze von maximal 2°C begrenzen kann. Für Paris muss ein entscheidendes Verhandlungsziel daher sein Mechanismen zu installieren, die kontinuierlich die Klimaziele der Staaten verbessern. Um dies in den Verhandlungen zu erreichen, ist eine Allianz zwischen der EU und anderen progressiven Ländern notwendig.

Der klimawandel wird ein immer dringenderes Problem. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen hat vor der UN-Klimakonferenz im Dezember 2014 in Lima[1] seinen Bericht veröffentlich, wie groß die Lücke zwischen Momentanemissionen und einen Pfad zu max. 2°C Temperaturanstieg ausfällt. Die Zahl ist gigantisch: 10.000.000.000 Tonnen Emissionen müssen jährlich eingespart werden, um kostengünstig und mit ausreichender Wahrscheinlichkeit das Temperaturlimit einzuhalten. Der kürzlich veröffentlichte IPCC-Bericht zeigt, dass die Auswirkung bei 2°C schon erheblich sind. Die Großrisiken für das Erdsystem in einer 4°C Welt sind völlig inakzeptabel. Der kürzlich beobachte, wahrscheinlich selbstbeschleunigende, und nicht stoppbare Abrutschvorgang von Teilen des westantarktischen Eispanzers zeigt, dass solche Großrisiken nicht hypothetisch sind.

In der Klimapolitik gab es zuletzt jedoch Erfolgsmeldungen. Klimapolitik ist wieder angekommen auf der Ebene der Regierungschefs. Der Klimagipfel in New York im September 2014 war ein ermutigender Auftakt. Die gemeinsame Ankündigung von China und USA – die größten Emittenten der Welt – beim APEC-Gipfel zu Emissionsreduktion ist ein Durchbruch. Auch die Isolation des wohl größten Klimabremsers Australien beim G20-Gipfel und die dort erfolgte Willensbekundung zu Klimabeiträgen in 2015 für G20-Staaten ist ein Erfolg. Und ein weiterer Erfolg ist die Auffüllung des Grünen Klimafond, hier wurden in Lima die anvisierten 10 Milliarden USD Finanzvolumen erreicht. Deutschland hatte durch ein frühzeitiges Finanzversprechen von 750 Millionen Euro eine wichtige Dynamik erzeugt. Auch die Teilnahme von Außenminister John Kerry in Lima zeigt, dass internationale Klimapolitik eine ernstgemeinte Priorität von US-Präsident Barak Obama ist – auch wenn die Handlungsmöglichkeiten mit einem republikanisch dominierten Kongress begrenzt sind.

Paris ein 3°C-Deal?

Es zeichnet sich ab, dass in Paris ein neues Klimaabkommen beschlossen wird – die wichtigen Akteure, insbesondere die USA, China und die EU, stellen sich entsprechend auf. Allerdings ist auch wahrscheinlich, dass das zunächst vorgelegte Ambitionsniveau der verschiedenen Minderungseingaben der Staaten nicht ausreichen wird, um das 2°C-Limit zur Vermeidung eines in großem Maße gefährlichen Klimawandels einzuhalten. Weder die „mindestens 40 % bis 2030 (vgl. 1990)“ der EU, die 26–28 % (vgl.2005) in den USA bis 2025 noch ein Scheitelpunkt der Emissionen – angekündigt von China für das Jahr 2030 – reichen aus, um einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Wenn Indien sich jetzt noch bewegt, hat man zwar vor Paris alle wichtigen Emittenten klimapolitisch erfasst, aber auf einem viel zu geringen Niveau. Anders als in Kopenhagen treffen die Vertragsstaaten in Paris also wohl die Zielscheibe „globales Abkommen“ – was einer Abkehr vom jetzigen 4°C-Emissionspfad entsprechen würde. Wenn die Dynamik vor

Paris so weiter geht wie bisher, wird der Pfeil aber zunächst nur im äußeren Ring stecken, was einer globalen Erwärmung von eher 3°C bis zum Ende des Jahrhunderts gleichkommt. Auch diese Klimawandelauswirkungen einer 3°C -Welt übertreffen die Anpassungsgrenzen von Menschen und Ländern.

Vom Top-down zum Hybrid

Bei der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 hatte man noch versucht, durch einen einzigen Gipfelmoment Klimapolitik zum entscheidenden Durchbruch zu führen. Dabei verzettelte man sich in zu vielen Themen, von Waldschutz bis Energiepreisverschiebungen. Zudem verringerte die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise die politische Aufmerksamkeit. Es zeigte sich, dass der Spielraum für ambitionierte internationale Klimapolitik, die ja eigentlich globale Wirtschafts- und Energiepolitik ist, zu großen Teilen schon vor der Konferenz in den Hauptstädten festgelegt worden war.

Um den Gipfel nicht vollkommen scheitern zu lassen, verfassten wenige Regierungschefs hastig den Kopenhagen-Akkord, die Grundlage der internationalen Klimapolitik der Dekade 2010-2020. Die Erwartung an Kopenhagen war eine „top-down"-Lösung gewesen, bei der auf globaler Ebene Verschmutzungserlaubnisse an die einzelnen Staaten zugeteilt worden wären. Stattdessen war das Ergebnis ein „bottom-up"-Ansatz, bei dem einzelne Staaten nach ungeklärten Regeln erklärten, was sie gedenken zum Klimaschutz beizutragen. Dabei ist weder die Vergleichbarkeit dieser Zusagen gesichert, noch lässt sich sicherstellen, dass die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C begrenzt wird, so wie es die Weltgemeinschaft als Ziel formuliert hat.

Der Pariser Gipfel wird sich von Kopenhagen grundlegend unterscheiden. Die meisten Beobachter erwarten eine hybride Lösung zwischen „top-down" und „bottom-up". Ein zentrales Element der neuen Klimaschutzarchitektur wird sein, dass die einzelnen Staaten Klimaschutzversprechen abgeben, die widerspiegeln, was im jeweiligen nationalen Kontext möglich ist. Damit dies nicht in völliger Beliebigkeit endet, soll in Paris aber ein verbindlicher Rahmen gesetzt werden, der Vergleichbarkeit, gegenseitige Anerkennung und regelmäßige Überprüfung sicherstellt. Um insgesamt die Klimakonferenz zu entzerren und eine „Zockermentalität" der Länder wie in Kopenhagen zu verhindern, wurde außerdem vereinbart, dass bereits im ersten Quartal 2015 alle großen Länder Art und Höhe ihrer beabsichtigten nationalen Klimaschutzmaßnahmen vorlegen müssen.

Selbstverpflichtung und internationales Plaudern?

Insgesamt besteht die große Gefahr, dass Paris keine Strategie für 2°C erreicht: Dass gerade die Staaten mit den größten Emissionen nur national bestimme Ziele vorlegen, aber ohne relevante Prozesse, die international dies nach Kriterien der Klimawissenschaft und weiterer Aspekte der Klimagerechtigkeit hochverhandeln. Die entscheidende Mechanismen zur internationalen Vergleichbarkeit und Transparenz – beispielsweise auch die Entscheidung in Lima wie und worüber die Klimabeiträge vor Paris vorbereitet werden – oder welche Art der Überprüfung sie vor und nach Paris unterzogen werden, fehlen. Oder das der Zyklus des Klimaregimes auf 10 Jahre aufgebaut wird, und damit der nächste internationale klimapolitische Moment bis weit in die nächste Dekade geschoben wird. Große Emittenten, USA, China und einige Kräfte in der EU, können sich sehr gut ein solches Szenario vorstellen – wo international keine ausreichenden Mechanismen mit Sogwirkung zu mehr Ambition bestehen, und durch Plauderrunden ohne Zähne auf lange Zeit der internationale Klimaschutz kaltgestellt wird. Dabei werden wie beim New York Gipfel zwar Klimaschutzinitiativen von Privatwirtschaft, Staaten und Städten angekündigt. Es fehlen jedoch Überprüfungsmechanismen, und viele verkommen zum medialen „green washing".

Doch ein alternatives Szenario ist möglich. Hier müssen sich Länder in ihrer Selbstverpflichtung anhand des 2°C-Limits messen und sich im offiziellen Prozess Fragen von Think Tanks, Wissenschaft und Zivilgesellschaft stellen. Klimaziele werden als Minimalziele gewertet. Es gelten Prinzipien, immer stärkere Klimaziele einzustellen und national umzusetzen. Es gibt eine Überprüfung der Klimaziele. Und der Politikzyklus setzt alle fünf Jahre einen politischen Anker, um den stetig größeren Handlungsdruck (steigende Klimaauswirkungen und bessere klimawissenschaftliche Risikoanalysen) und Handlungsraum (sinkende Kosten der Erneuerbaren und technologische Entwicklung) international einzufangen. Dabei wird das langfristige Abkommen durch relevante Initiativen unterstützt, die international anerkannt zu mehr Ambition führen und schon vor 2020 die Minderungslücke beginnen zu schließen.

Strategie für vulnerable Länder

Klimaverhandlungen haben sich immer dann entscheidend bewegt, wenn sich progressive Akteure zusammengetan haben, zum Beispiel afrikanische Länder, Least Developed Countries und die Gruppe der Inselstaaten. Auf Seite der Industrieländer waren dies in der Vergangenheit vor allem die EU, sowie einige kleiner Staaten wie Norwegen oder der Schweiz. Auch lateinamerikanische Länder, beispielsweise Peru, Mexico oder Chile, sind im Moment progressiv aufgestellt.

Um Szenario 1 in Lima und Paris zu vermeiden, muss sich wieder eine klimapolitische Allianz in den Verhandlungen bilden, die sich dafür einsetzen, dass das Paris-Abkommen in zentraler Funktion die Klimaziele stetig hochzieht. Der zentrale Aspekt des Entgegenkommens für vulnerable Länder ist dabei sicherzustellen, dass Paris ausreichend Unterstützung organisiert, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. Drei Dinge muss man daher von der EU erwarten. 1) Ausreichende Klimaunterstützung, inklusive der Klarstellung wie die Verpflichtung zur Mobilisierung von 100 Milliarden USD bis 2020 erreicht wird. Allerdings sollte die EU hier darauf drängen, dass ab 2020 auch die wirtschaftsstarken Schwellenländer mit in die Pflicht genommen. 2) Das Aufsetzen eines Anpassungspolitikzyklus zur Unterstützung für arme Länder vor und nach Paris. 3) Die Aufnahme von Anpassung und Maßnahmen gegen klimabedingte Schäden und Verluste („Loss and Damage") im Paris-Abkommen.

Sönke Kreft und Lutz Weischer.

Sönke Kreft und Lutz Weischer sind Team Leader Internationale Klimapolitik bei Germanwatch.

1 Der Artikel wurde auf dem Klimagipfel in Lima geschrieben. Daher konnte nicht auf die konkreten Ergebnisse der Lima-Konferenz eingegangen werden.

DIE GROSSE ABRECHNUNG

Wie steht es um den Wald?

Die Debatte um die Waldnutzung kreist immer wieder um die zwei folgenden Fragestellungen: Wie ökologisch soll die Waldnutzung gestaltet werden? Und wie viel Holz sollen oder dürfen wir aus dem Wald holen? Immer mehr Nachfrager wollen sich ein Stück vom Kuchen sichern, obwohl ein ordentliches Stück davon auf dem Teller bleiben müsste. Es sollte mehr Holz im Wald zurückgelassen werden (Biotopbäume) und mehr Wälder vor Holzeinschlag geschützt werden (Schutzgebiete). Dafür müsste der Holzverbrauch etwas sinken, doch diese unfrohe Botschaft möchte aus der Politik kaum jemand verkünden. Kein Wunder also, dass die Ergebnisse der 3. Bundeswaldinventur mit Spannung erwartet wurden.[1]

Nach Auskunft des Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ist der Anteil der Laubbäume von 40 % auf 43 % gestiegen. Auch wenn dieser Anteil von Natur aus bei weit über 90 % läge, ist dies eine erfreuliche Entwicklung und Ergebnis des jahrzehntelangen Waldumbaus. Der Totholzbestand sei um 18 % gestiegen, und zwar von 11,7 auf 13,8 Festmeter pro Hektar (es werden nur Stücke ab 20 cm Durchmesser erfasst). Rechnet man das neu erfasste, dünnere Totholz ab 10 cm mit ein, ergäbe sich fast eine Verdopplung auf 20,6 m^3/ha. Verschwiegen wurde, dass man nun auch kleinere Baumstümpfe mitgezählt hat, was den scheinbaren Zuwachs an Totholz möglicherweise relativiert. Da das Holz etwa 20 Jahre lang bis zur vollständigen Verrottung brauche, ergebe dies einen jährlichen „Nutzungsverzicht" von 1 m^3 Holz pro Hektar.

Die Aussage man würde „Nutzungsverzicht" üben, ist kritikwürdig: Die Annahme, man könne oder man habe sogar das Recht, den gesamten Holzzuwachs zu ernten, zeugt nicht gerade von umfassendem Verständnis von Nachhaltigkeit. Die Waldbestände sind im Durchschnitt um gut 4 Jahre älter geworden, das gemittelte Alter liegt jetzt bei 77 Jahren. Auch das ist eine gute Entwicklung. Doch nach wie vor bleiben wirklich alte Bäume selten: In der Bundeswaldinventur wird nur bis zum Alter 160 gezählt. Buchen können aber ohne weiteres 300 Jahre oder älter werden, Eichen noch viel mehr.

Unterschiedliche Reaktionen

Die aus ökologischer Sicht durchaus positiven Tendenzen wurden von einigen Interessengruppen dafür genutzt, Umweltverbände scharf zu kritisieren. Deren Kritik habe sich als falsch erwiesen, der deutsche Wald sei in guten Händen und Forderungen nach ökologischerer Waldnutzung oder mehr Schutzgebieten überflüssig.

Andererseits bedeute mehr Biotopholz im Wald „weniger Holz in der Säge". Besorgt zeigte man sich über das gestiegene Alter des Waldes: „Wieviel älter werdenden Wald wollen wir uns leisten?" Der gestiegene Laubbaumanteil wurde eher bedauert, weil man sich Sorgen um die Belieferung der Sägeindustrie macht, die ja in der Tat mehrheitlich noch Nadelholz verarbeitet. Auch die Sägeindustrie sieht einige Ergebnisse problematisch. Die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (AGR): „Demographisches Problem auch im deutschen Wald: Er wird dick und alt. Deutschland hat viel Wald und Holz im Überfluss – letzteres allerdings nur theoretisch. Die dritte Bundeswaldinventur zeigt: Tatsächlich genutzt wird weniger als für den Wald gut wäre. Der Wald überaltert."[2]

Umweltverbände hingegen fordern bessere Standards für Waldwirtschaft.[3] „Wälder müssen deutlich älter und vorratsreicher werden", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Der deutsche Wald sei immer noch zu jung, es gebe noch zu viele Nadelbäume, zu wenig Biotopbäume und zu wenige dicke und alte Bäume. Erforderlich seien ökologische Mindeststandards für die Waldbewirtschaftung. Besonders problematisch sei der hohe Verbrauch von Brennholz, das heute etwa die Hälfte des Holzaufkommens verbraucht.

Mehr Waldschutzgebiete schaffen!

Derzeit werden nur 1,9 % der deutschen Wälder dauerhaft forstwirtschaftlich nicht mehr genutzt und sind entsprechend rechtlich geschützt. Nach Beschluss der Bundesregierung, der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) von 2007 sollen es bis zum Jahr 2020 5 % der deutschen Wälder sein. „Bundesregierung und Bundesländer als größte öffentliche Waldbesitzer müssen umgehend Maßnahmen beschließen, um neue Waldschutzgebiete einzurichten", fordert NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Weder kann man der Forstwirtschaft eine exzellente Arbeit bescheinigen, noch muss man Sorge davor haben, Deutschlands Wälder würden dem Raubbau geopfert. Im Wesentlichen hat sich nämlich im vergangenen Jahrzehnt nicht viel geändert. Während sich einige Akteure damit zufrieden geben, können Umweltverbände, die anspruchsvollere und umfassendere Kriterien bezüglich der Waldnutzung fordern, dies nicht.

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Plattform Wald des Forum Umwelt und Entwicklung.

1 https://bwi.info.

2 http://www.rohholzverbraucher.de/sites/aktuelles_pressemitteilungen.php?kat=&id=324&headline=Demographisches%20Problem%20auch%20im%20deutschen%20Wald:%20Er%20wird%20dick%20und%20alt.

3 http://www.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/zur-bundeswaldinventur-bund-fordert-bessere-standards-fuer-waldwirtschaft/.

GREEN GRABBING

Land Grabbing im Namen von Klima- und Umweltschutz

In Honduras machen sich die Widersprüche, Gefahren und kolonialen Muster aktueller Klima- und Umweltstrategien bemerkbar. Die zwei bedeutendsten Klimaschutzinstrumente stellen in dem zentralamerikanischen Land der Clean Development Mechanism (CDM) des Emissionshandels und das Waldschutzprogramm REDD+ dar.[1] Auch der erneuerbare Energiesektor wird ausgebaut. Soziale und indigene Bewegungen fürchten die dadurch steigende Aneignung von Land und Ressourcen – was als „Green Grabbing"[2] bezeichnet wird.

La Aurora I ist ein relativ kleines Wasserkraftwerk, das inzwischen „grünen" Strom ins honduranische Energienetz einspeist, während die umliegenden Gemeinden entgegen sämtlicher Versprechen der Staudammfirma weiterhin ohne Elektrizität auskommen müssen. Der Zugang zum Fluss ist seither versperrt, das Fischen, Wäsche waschen und Baden ist nicht mehr möglich. Während des Baus, bei dem staatliche Instanzen und die honduranische Firma die Gesetze zur notwendigen Zustimmung der indigenen Bevölkerung ignorierten, wurden Quellen und Wasserleitungen ohne Kompensation zerstört, kleinbäuerliche Ländereien über teils illegitime Methoden angeeignet. Der Widerstand der indigenen Bevölkerung interessierte dabei nicht. Warum sollte die Bevölkerung auch etwas gegen ein grünes Entwicklungsprojekt haben?

„Grüne Energie" + CDM = mehr Emissionen?!

Schließlich wird durch dessen Bau ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet und pro Jahr 28.440 Tonnen CO_2 eingespart: Fossile Energieerzeugung und die dadurch entstehenden Emissionen würden durch die Projektaktivität reduziert, heißt es. La Aurora I meldete sich beim CDM an, dem offiziellen Offset-Instrument des Emissionshandels. „Saubere Entwicklungs"-Projekte in Ländern des Globalen Südens, die offiziell Treibhausgase reduzieren, können damit Gutschriften an Unternehmen aus dem Globalen Norden verkaufen. Diese erwerben mit dem Kauf das Recht auf zusätzliche Verschmutzung. CDM ist ein Ausgleichsmechanismus: Das CO_2, welches bei uns über die definierte Emissionsgrenze ausgestoßen wird, kann im Süden – dort, wo die Reduktion billiger ist – kompensiert werden. Zumindest scheinbar.

La Aurora I hatte Pech. Kurz vor der Registrierung als CDM-Projekt wurde das Scheitern des Emissionsmarkts und der Offsets allzu deutlich. Die Nachfrage nach Emissionsgutschriften war viel kleiner als das Angebot und die Marktpreise sanken ins bodenlose. Aus mit dem Traum von zusätzlichen Einkünften – doch ein großes Problem sei das nicht, meinen der Eigentümer Arnold Castro und seine Frau Gladis Aurora, Chefin der konservativen Nationalen Partei und Vizepräsidentin des honduranischen Kongresses. Grüne Energieprojekte sind ohnehin rentabel in dem Land, in dem sich die Konsumgewohnheiten der Mittel- und Oberschicht rasch ändern und die Stromnachfrage jeden Tag steigt. Das Projekt wäre sowieso gebaut worden. Wie der Großteil der CDM-Projekte spart La Aurora I also nicht zusätzlich Emissionen ein. In Wirklichkeit spart es sogar gar keine Emissionen, denn dessen Bau führt nicht zur Abschaltung fossiler Kraftwerke sondern zu zusätzlicher Stromkapazität. Zusätzlich sind damit auch die Emissionsausstöße derjenigen Firmen, welche die falschen Offset-Zertifikate kaufen. Das Resultat: Mehr Emissionen. Kein Wunder, dass die Ziele des Kyoto-Protokolls keineswegs erreicht wurden. Statt Treibhausgase zu reduzieren, stiegen sie sogar an. Wer jedoch vom Emissionshandel und den fluktuierenden Preisen profitierte waren Finanzanleger und Spekulanten. Verlierer waren neben dem Klima oft ausgerechnet die von CDMs Betroffenen: Ohnehin marginalisierte Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden.[3]

Green Economy: Der Markt soll's regeln

Der Emissionshandel war Vorreiter für eine Vielzahl „innovativer", marktbasierter Instrumente zum Klima- und Umweltschutz. Insbesondere die Logik der Offsets hat sich durchgesetzt, schließlich generieren diese Lizenzen für Umweltverschmutzung und ermöglichen somit die Fortführung des „business as usual". Gleichzeitig suggerieren sie, auf innovativem Weg Finanzierung für Umweltschutz aufzutreiben. REDD+ soll die Speicherung von CO_2 in Wäldern unterstützen, Climate Smart Agriculture setzt auf die vermehrte Speicherung

© Garcia.dennis/ Commons.Wikimedia.org

Wald in Honduras in Gefahr

von Emissionen in Böden und Blue Carbon auf die Speicherung in Mangroven und Korallenriffs. Biodiversitäts-Offsets sollen die Zerstörung von Ökosystemen an einer Stelle mit deren Wiederaufbau an anderer Stelle ausgleichen, über Habitat Banks oder Species Banks wird der Handel mit diesen möglich. Payments for Ecosystem Services zielen auf marktbasierte finanzielle Zahlungssysteme für Naturschutz.

Marktmechanismen treten immer mehr an die Stelle strenger Naturschutzregelungen, welche als Gefahr für den globalen Wettbewerb und Wachstum gelten. Der Markt gilt als Lösung angesichts des (sehr wahrscheinlichen) Scheiterns einer politischen globalen Einigung zu verbindlichen Emissionsreduktionen. Im Rahmen der Green Economy soll „grünes" Wirtschaftswachstum vorangetrieben werden. Dafür braucht es Anreize: Umweltschutz muss profitabel sein, neue „grüne" Märkte müssen geschaffen werden. Doch ein Markt braucht Waren. Für ihn werden derzeit die Bereiche der Natur, die bisher noch nicht für die Ökonomie sichtbar waren, marktkonform oder gar finanzmarktkonform gemacht. Es wird versucht „Dienstleistungen" der Ökosysteme inwertzusetzen und zu finanzialisieren. So werden beispielsweise die Senkenfunktion (die CO_2-Speicherung) von Wäldern, Böden und Meeressystemen, die Bestäubungsleistung von Bienen oder die Wasserfiltrationsfunktion gemessen, mit einem Geldwert versehen und Märkte für diese geschaffen. Pavan Sukhdev, ehemaliger Manager der Deutschen Bank und Koordinator der einflussreichen TEEB-Studie (The Economics of Ecosystems and Biodiversity), erklärt das Ziel dahinter: „Derzeit bezahlt niemand für die Leistungen, die uns Ökosysteme bieten. Deshalb erhalten die Menschen, die diese Systeme erhalten sollen, auch kein Geld dafür. Es fehlt also ein wirtschaftlicher Anreiz, das Richtige zu tun. Deshalb müssen wir erst einmal einen Markt schaffen."[4]

Die Prämisse der Green Economy lautet: Natur muss verkauft werden, um sie zu retten. Letztendlich bedeutet dies eine umfassende Ökonomisierung der Welt und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Dies hat insbesondere ein wachsendes Interesse an Land und natürlichen Ressourcen zur Folge. Green Grabbing umschreibt also diesen neuen Schub an Land Grabbing: Die Aneignung von Land und Ressourcen, die „von energie-, klima- und entwicklungspolitischen Maßnahmen ausgelöst und legitimiert werden"[5] und im Kontext der Green Economy steht.

„Grüner" Kolonialismus

Die honduranische indigene Bewegung COPINH (Ziviler Rat der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras - Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras) stellt sich gegen die Green Economy und die koloniale Logik, die hinter den „grünen" Entwicklungsprojekten steckt. REDD+ ist in Honduras das größte Projekt, das derzeit versucht wird, flächendeckend umzusetzen. Das von Weltbank, UN, Entwicklungsagenturen wie der deutschen GIZ, Privatwirtschaft und Naturschutzorganisationen vorangetriebene Programm sieht vor, einen Markt für Waldschutzzertifikate zu schaffen. Beispiele aus aller Welt haben verdeutlicht, dass REDD+ dazu führen kann, dass Wälder privatisiert, Nutzungsrechte eingeschränkt und lokale Gemeinden gar vertrieben werden. COPINH schreibt: „Die REDD-Projekte sind eine andere Form, unsere Gemeingüter der Natur zu konzessionieren/ privatisieren. Sie setzen einen Preis auf unsere Wälder [...]. Die REDD-Projekte sind vergleichbar mit den genehmigten Bergbaukonzessionen, die dazu führen, die wirtschaftliche, ernährungsspezifische, politische, soziale und kulturelle Souveränität weiter einzuschränken."[6] Das klassische Abhängigkeitsverhältnis zwischen Nord und Süd wird mit „grünen" Projekten wie REDD+ auf den neuen Bereich des Klima- und Waldschutzes übertragen: Es wird gewissermaßen die Senkenleistung extrahiert und in den Globalen Norden exportiert, um dort die Fortführung einer imperialen Lebensweise zu ermöglichen.

Die Inwertsetzung und mögliche Finanzialisierung der „Dienstleistungen" der Natur sind eng verknüpft mit Fragen um Kontrolle und Herrschaft über die Natur. Sie reduziert die Kontrolle lokaler Gemeinden über ihre Territorien und verschiebt diese hin zu denjenigen „ExpertInnen", die die Management-Sprache und bürokratischen Abläufe beherrschen. Indigene werden damit je nachdem, welche Politiken legitimiert werden müssen, entweder als Bedrohung erkannt oder zu „grünen" Subjekten stilisiert und in Umweltmanager verwandelt. Das Verhältnis zur natürlichen Umgebung verändert sich dadurch gravierend, immer mehr lautet die Logik: Wir schützen Natur, weil – und wenn – wir dafür bezahlt werden. Dies ist insbesondere bei schwankenden Marktpreisen nicht ungefährlich. Wird Klima- und Umweltschutz auf den Markt reduziert, führt dies unweigerlich zur verstärkten Naturzerstörung und sozialer Ungleichheit. Klimawandel und ökologische Krise werden durch die Green Economy nicht gelöst, sondern räumlich und zeitlich ausgelagert.

Magdalena Heuwieser

Die Autorin koordiniert das österreichische Netzwerk Finance & Trade Watch und begleitet seit Jahren innerhalb der Honduras Delegation soziale und indigene Bewegungen in Honduras.

1 http://cambioclimaticohn.org/?cat=12&title=Mitigaci%F3n%20al%20Cambio%20Clim%E1tico&lang=es.

2 Fairhead, James/ Leach, Melissa/ Scoones, Ian (2012): Green Grabbing: A New Appropriation of Nature? In: The Journal of Peasant Studies 39/2, 237-261.

3 vgl. auch http://carbonmarketwatch.org/local-realities-of-cdm-projects-a-compilation-of-case-studies.

4 http://www.focus.de/wissen/natur/tiere-und-pflanzen/artenschutz/interview-der-wert-der-artenvielfalt_aid_304636.html.

5 Backhouse, Maria/ Gerlach, Olaf/ Kamring, Stefan et al. (2013, Hg.): Die globale Einhegung – Krise, Ursprüngliche Akkumulation und Landnahmen im Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 279.

6 http://nicaraguaymasespanol.blogspot.de/2012/07/contra-el-plan-perverso-que-se-gesta-en.html.

Mehr Informationen:
www.ftwatch.at/finanzialisierung-der-natur/ und www.hondurasdelegation.blogspot.de

Anfang 2014 erscheint das Buch „Grüner Kolonialismus in Honduras. Land Grabbing im Namen des Klimaschutzes und die Verteidigung der Commons", zu bestellen bei: magdalena.heuwieser@ftwatch.at

VERBESSERN DURCH VERWÄSSERN?

Die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank werden überarbeitet

Die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank (Safeguards) sind Referenzrahmen für die meisten Akteure in der internationalen Wirtschaft. Jetzt sollen sie reformiert werden. Der vorliegende Entwurf steht nun unter massiver Kritik, nicht nur von Nichtregierungsorganisationen.

Fragt man bei Banken oder Wirtschaftsunternehmen nach, an welchen Umwelt- und Sozialstandards sie ihre Geschäftstätigkeit ausrichten, erhält man in den meisten Fällen die Antwort: Nach Weltbank-Standards. In Deutschland dienen sie unter anderem der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bei ihren Auslandsgeschäften oder Euler-Hermes bei Exportkreditgarantien als Referenzrahmen für ihre Projektprüfungen. Natürlich haben nach und nach fast alle Finanzinstitutionen eigene Standards entwickelt wie beispielsweise die Equator Priciples, die auf den Performance Standards des Weltbank-Privatsektorarms (Internationale Finanz-Corporation, IFC) beruhen. Nichtsdestotrotz waren die Safeguards des Bereichs der Weltbank, der den öffentlichen Bereich finanziert (Internationale Entwicklungsorganisation, IDA, und Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, IBRD), die ersten und haben damit weltweit Maßstäbe gesetzt.

Ohne Druck keine Standards

Es wäre ein Irrglaube anzunehmen, dass die Weltbank aus lauter Menschenfreundlichkeit und Sorge um die Umwelt Standards eingeführt hat. Auslöser waren vielmehr Proteste gegen Megaprojekte der Bank, die in den 1980ern von Betroffenen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) in die Hauptstädte der großen Anteilseigner USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien etc. getragen und auch bei den zweimal jährlich stattfindenden Weltbank-Tagungen in großen Demonstrationen artikuliert wurden. Jedes Mal, wenn die Weltbank wieder mit der Nase auf ein Problem gestoßen wurde, entstand ein neuer Standard.

Dieses „organische" Entstehen der Safeguards hatte zur Folge, dass sie lückenhaft und auch unterschiedlich präzise waren. 2010 stellte die interne unabhängige Evaluierungsabteilung (IEG) in einer Untersuchung zur Wirksamkeit der Standards innerhalb der gesamten Weltbank-Gruppe Verbesserungsbedarf heraus. Gleichzeitig wurde konstatiert, dass richtig angewandte Safeguards einen erheblichen Anteil an der Entwicklungswirkung von Weltbank-Projekten hätten.[1] Die Überarbeitung der Standards begann 2012 auf Beschluss des Verwaltungsrates der Weltbank und sollte eigentlich bereits Ende 2014 abgeschlossen werden. Nach der Amtsübernahme des neuen Weltbank-Präsidenten Jim Kim Mitte 2012 wurde allerdings erst eine interne Reorganisation der Bank in Angriff genommen. Deshalb geschah trotz der Erkenntnis, dass es Lücken und neue Themen („emerging issues") wie Menschenrechte, Gender, Klima, LGBTI, Behinderte gebe, lange Zeit nichts. Fast das komplette, mit der Erarbeitung der neuen Standards befasste Team wurde ausgewechselt.

Ende Juli 2014 wurde dann der erste Entwurf der neuen Standards vom Verwaltungsrat zur weiteren öffentlichen Konsultation frei gegeben. Einige Verwaltungsratsmitglieder – wie die US-Exekutivdirektorin (ED) – und auch einige europäische EDs gaben allerdings zu Protokoll, dass dies keine inhaltliche Zustimmung zum Entwurf sei. Daraus ließ sich bereits zu diesem Zeitpunkt ableiten, dass es inhaltliche Bedenken gegen Struktur und Umfang der neuen Standards gab. Auch von NROs kam deutliche Kritik. Man war enttäuscht, dass die „emerging issues" nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Für Empörung sorgte, dass der Entwurf eine deutliche Verwässerung der bestehenden Standards darstellt, obwohl Weltbank-Chef Kim in öffentlichen Äußerungen mehrfach betont hatte, dass es keine Abschwächung der Standards geben würde („no dilution"). Im September kam es zu Protestaktionen vor der Weltbank-Repräsentanz in Brüssel, als eine Vielzahl von AktivistInnen mit Masken erschienen, die Kim mit Pinocchio-Nase zeigten. Auch bei der Protestdemonstration während der Weltbank-Jahrestagung in Washington wurde dieses Motiv wieder aufgenommen. Der Zeitplan der Bank zur Überarbeitung der Standards ist damit schon jetzt erheblich ins Wanken geraten. Ursprünglich war geplant, einen Zweitentwurf nach einer Runde von Konsultationen auf allen Kontinenten Anfang 2015 vorzulegen. Nach weiteren Beratungen sollte der Verwaltungsrat dann im Frühjahr die neuen Standards beschließen, damit sie zu Beginn des neuen Geschäftsjahres am 1. Juli 2015 in Kraft treten.

Verantwortung abschieben

Alle Kritikpunkte ausführlich darzustellen, würde den Rahmen jedes Artikels sprengen. Einige Beispiele sollen an dieser Stelle ausgeführt werden. Obwohl die IEG beispielsweise in ihrer Untersuchung 2010 festgestellt hatte, dass die Bank zur Gewährleistung von Kohärenz die Safeguards nicht nur auf Investitionsprojekte beschränken, sondern auch auf Programm-basierte Kredite ausdehnen sollte, wurde dies nicht angegangen.[2] Im Portfolio der Bank (IDA und IBRD) sind nur knapp 50 % Investitionskredite, mit fallender Tendenz.

Auch der generelle Ansatz, sämtliche Verantwortung von der Bank auf den Klienten, also das Kredit nehmende Land abzuwälzen, ist mehr als fragwürdig. Begründet wird dies damit, dass die Nehmerländer durch das Erstellen von Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen die Implementierung und das Monitoring ihrer Systeme stärken könnten und die Bank dabei helfen werde. Das gleiche Konzept wird seit 2005 im Privatsektor bei den Performance Standards der IFC verfolgt und wurde von der IEG stark kritisiert. Die Weltbank verabschiedet sich mit diesem Vorgehen von verbindlichen und

nachprüfbaren Standards. Nach dem vorliegenden Entwurf reicht es aus, wenn die Systeme der Nehmerländer im Grundsatz dazu geeignet sind, die beim Projekt entstehenden Probleme zu adressieren.

Verstärkt wird diese Problematik zusätzlich dadurch, dass aufgrund von aufgeschobener Bewertung („deferred appraisal") erst während der Projektimplementierung mögliche Probleme identifiziert und angegangen werden können. Der Verwaltungsrat der Weltbank soll also eine Finanzentscheidung treffen, ohne ausreichend über alle Aspekte des Projekts informiert zu sein. Auch die Arbeit der unabhängigen Beschwerdestelle gestaltet sich damit schwierig bis unmöglich. Das Weltbank-Management liefert dazu folgende Begründung: Man habe sich früher zu sehr auf das „frontloading" konzentriert und mit den Studien vor der Projektgenehmigung lediglich ein Prozedere abgehakt. Jetzt wolle man den Schwerpunkt auf die Implementierung legen. Richtig ist, dass die Safeguards oft schlecht angewandt wurden. Jetzt aber die Vorbereitung zu vernachlässigen und zu hoffen, dass man alles während des Projekts einrichten könne, ist verantwortungslos. Die Bank sagt, man wolle bewusst Risiken eingehen. Die Risiken, die die Bank eingeht, müssen aber von den Betroffenen vor Ort ausgebadet werden. Das sind die Ärmsten der Armen, denen zu helfen der Auftrag der Weltbank ist.

Die Ausnahme als Regel

In ihren Präsentationen behauptet die Weltbank immer wieder, dass die neuen Standards stark bleiben und neue Aspekte aufnehmen würden. Dieser „Spin" kann verfangen, wenn man die zehn „Environmental and Social Standards" (ESS) oberflächlich betrachtet. Schaut man sich die ESS genau an, stellt man schnell fest, dass überall Hintertüren eingebaut sind, die vordergründig verbindliche Regeln aushebeln. In ESS 6 zu Biodiversität wird in Nr.17 durch die Formulierung „no other viable alternatives within the region exist for development of the project in habitats of lesser biodiversity value" der unbedingte Schutz von Lebensräumen bedrohter Arten wieder aufgegeben, obwohl er zuvor im gleichen Standard festgeschrieben wurde. Die Rechte Indigener Völker sollen in ESS 7 geschützt werden. Neu eingeführt wurde „free, prior informed consent" (FPIC) – eine Regel, die in der UN-Deklaration zu den Rechten Indigener Völker festgelegt wurde. Doch die starken Regelungen werden durch eine Opt-out Klausel für die Nehmerländer ad absurdum geführt. Danach können Nehmerländer auf Antrag die Anwendung von ESS 7 vermeiden, wenn dies angeblich zu sozialen Unruhen und Rassenkonflikten führe. Auch die Einführung des ESS 2 zu Arbeitsrechten ist nur vordergründig ein Fortschritt. Weder werden die ILO-Kernarbeitsnormen übernommen, noch gilt der Schutz für alle ArbeitnehmerInnen in einem Projekt. VertragsarbeiterInnen von Subunternehmen sind ausgeschlossen, obwohl in Großprojekten die Mehrzahl der ArbeiterInnen bei diesen beschäftigt ist. Generell ist es so, dass die Weltbank in den neuen Standards durchgehend jeden Bezug auf internationales Recht, UN-Konventionen etc. vermeidet. Die Weltbank ist nicht dazu bereit in die Standards ein Statement einzubeziehen, welches verhindert, dass die Bank dazu beiträgt, menschenrechtliche Verpflichtungen der Nehmerländer zu verletzen oder zu untergraben.

Weiter Druck machen

In der Konsultation Mitte November 2014 in Berlin mussten sich die Weltbank-Vertreter fast zwei Tage lang die geballte Kritik von NROs, WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus der Entwicklunsgzusammenarbeit anhören. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellte gleich zu Beginn klar, dass es noch erheblichen Verbesserungsbedarf sehe. Es besteht also die Hoffnung, dass mit dem nötigen politischen und öffentlichen Druck die neuen Standards besser werden, als der erste Entwurf befürchten lässt. Es ist aber zweifelhaft, ob die Verbesserungen ausreichen, um wirklich gute neue Standards zu erreichen.

Knud Vöcking

Der Autor ist seit 2002 Referent für Internationale Finanzinstitutionen mit Schwerpunkt Weltbank bei urgewald.

© AgnosticPreachersKid/ Commons.Wikimedia.org

Weltbank-Hauptquartier in Washington D.C.

1 IEG, Safeguards and Sustainability Policies in a Changing World, An Independent Evaluation of the World Bank Group Experience, 2010.

2 urgewald hat zur IEG-Studie ein Briefing verfasst: http://urgewald.org/sites/default/files/ieg_and_the_world_bank_safeguard_review.pdf.

SO RICHTIG SCHULD IST NIEMAND

Internationales Treffen zu Business und Menschenrechte

Rund 2000 Teilnehmer trafen sich beim 3. Forum der Vereinten Nationen (UN) zu „Business and Human Rights" Anfang Dezember 2014 in Genf. Die Kernfragen: Was haben die UN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten (Guiding Principles), 2011 verabschiedet, bisher gebracht? Wie sieht es mit der Umsetzung Nationaler Aktionspläne zur Unternehmensverantwortung aus? Die wenig überraschende Antwort: Zwischen deren Prinzipien und der menschenrechtlichen Situation vor allem in Entwicklungsländern herrscht nach wie vor eine große Kluft.

Zeitweise mochte man sich fragen, wer denn nun schuld ist an Kinder- und Zwangsarbeit, Bränden in Textilfabriken, illegalen Umsiedlungen in Bergbaugebieten und rund um Staudämme, Umweltverschmutzungen durch Ölförderung oder Bedrohung und Ermordung von Menschenrechtlern und Gewerkschaftern? Die UN nicht – denn die habe ja mit den Guiding Principles ein wenn auch freiwilliges, so doch wegweisendes Instrument geschaffen, hieß es in Genf. Die EU wohl auch nicht – denn die fordert von großen Konzernen neuerdings Transparenz auch der nicht-finanziellen Auswirkungen ihres Handelns. Die Banken haben sich nach eigener Auskunft ebenfalls gebessert: Soziale und ökologische Kriterien künftig ins Risk Management für Finanzierungsentscheidungen aufzunehmen, das versprachen Vertreter der Banco Central do Brasil, der Finanzbehörde Perus und der Bankenunion Kolumbiens beim Treffen in Genf. Selbst China verwies auf neue Richtlinien für sein Auslandsgeschäft, etwa im Minensektor – entwickelt mit Hilfe von GIZ und OECD.

Multis mit Standards

Gute Absichten auch in Deutschland. Hier macht man sich an die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN Guiding Principles – so wie ihn andere Länder, etwa Großbritannien oder Dänemark, bereits haben. Bis 2016 soll dem Kabinett ein Entwurf dazu vorliegen, so Gwendolyn Remmert vom Auswärtigen Amt (AA). Und glaubt man schließlich Paul Bulcke, Hauptgeschäftsführer des Weltkonzerns Nestlé, dann sind auch die viel gescholtenen Multis nicht schuld an der Menschenrechts-Misere im globalen Business. „Wir haben Sozial- und Umweltstandards, die jedem Nestlé-Mitarbeiter bekannt sind", so Bulcke in Genf.

„Due Diligence", sorgfältige Prüfung sozialer und humaner Folgen unternehmerischen Tuns, kein Begriff fiel beim UN Forum so oft wie dieser, dazu von allen Seiten. Wer also ist schuld? Sind es die, die in Genf nicht dabei waren? Die kleinen, lokalen Unternehmen, die mit dem Menschenrechtsansatz entweder überfordert sind oder sich wie in seiner Heimat Sudan nicht darum scheren, wie Mo Ibrahim, Vorsitzender des Forums, befand? Audrey Gaughran, Direktorin für globale Themen bei amnesty international, hatte eine andere Antwort: „Gute Absichtserklärungen gibt es genug. Doch sobald ein Unternehmen in einen konkreten Fall verwickelt ist, dann wird sofort wieder geleugnet."

Viele Widersprüche

In der Tat: Beispiele für den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis gibt es viele. So wurde gegen Nestlé im März 2012 in der Schweiz Strafanzeige erstattet, wegen fahrlässiger Tötung eines unbequemen Gewerkschafters 2005 in Kolumbien. Der Manager der dortigen Nestlé Tochter soll den Mann nicht geschützt haben. Das Verfahren ist wegen Verjährung eingestellt. Und Rutger Goethart, Manager für Internationale Arbeitsbeziehungen beim holländischen Bierbrauer Heineken, der beim Genfer Forum stolz einen neuen Beschwerdemechanismus vorstellte, sah sich mit der Realität von Bettina Cruz Velazquez aus dem mexikanischen Oaxaca konfrontiert. Die Frau wurde gewaltsam von Sicherheitskräften attackiert, als sie gegen die Aufstellung von mehreren Hundert Windrädern protestierte – in einem Gebiet, das den Einheimischen zum Nahrungsmittelanbau dient. Das Projekt wird im Rahmen eines Konsortiums von Heineken mitfinanziert. Widersprüche gibt es auch auf deutscher Seite. Während das AA versichert, dass Hermes-Bürgschaften und Exportgarantien Umwelt- und Sozialkriterien berücksichtigen, verweist Heike Drillisch, Koordinatorin des Netzwerks für Unternehmensverantwortung CorA, auf das Hidrosogamoso Staudamm-Projekt in Kolumbien. Das wird von deutscher Seite mitgefördert, obwohl es in die Weltbank-Kategorie „A" für hohes soziales und ökologisches Risiko fällt. Debbie Stothard, Generalsekretärin der International Federation for Human Rights, nennt noch ein anderes Problem: die Rolle internationaler Handelsabkommen mit weit reichendem Investorenschutz. „Die EU sollte sich nicht auf der einen Seite für Menschenrechte einsetzen und auf der anderen durch ihre Handelspolitik Missbrauch ermöglichen", so Stothard. Wie so viele fordert sie ein verbindliches Instrument, um Unternehmen zu sozialem und ökologischem Handeln zu verpflichten. Ein solches wollen die UN jetzt entwickeln. Die Debatten dazu werden noch Jahre dauern.

Monika Hoegen

Die Autorin ist entwicklungspolitische Fachjournalistin.

BALI-EINIGUNG DIE ZWEITE

Verzögert sich das endgültige Scheitern der Doha-Runde ein weiteres Mal?

Die WTO-Mitglieder beschließen zum zweiten Mal das Bali-Paket. „Scheinbar hat uns Bali so gut gefallen, dass wir es noch mal machen wollten." Die Eröffnungsrede von Generaldirektor Roberto Azevedo zur außerordentlichen Sitzung des Allgemeinen Rats der WTO macht deutlich, wie sich die dort gefassten Beschlüsse von denen der Ministerkonferenz im Jahr zuvor unterscheiden. Sprich: Fast gar nicht.

Nötig geworden war der erneute Beschluss, da die im Frühjahr ins Amt gekommene neue indische Regierung ein Ungleichgewicht in der Umsetzung des Bali-Pakets erkannt hatte.[1] Während das neue Abkommen über administrative Handelserleichterungen (Trade Facilitation Agreement, TFA) schon im Juli 2014 unterzeichnet werden sollte, war für die Reform der Regeln für Ernährungssicherheitsprogramme eine Frist bis 2017 vorgesehen. Indien hatte gefordert, dass beide Prozesse parallel verlaufen und abgeschlossen werden sollten, da es schnell Rechtssicherheit für seine eigenen Programme erreichen will. Als im Sommer noch keine konkreten Verhandlungen zur Ernährungssicherheit stattgefunden hatten, weigerte sich Indien das TFA-Abkommen zu unterzeichnen. Die USA hatten dagegen jede Nachverhandlung und Anpassung des Bali-Pakets abgelehnt.

Keine neuen Ergebnisse

Ergebnis des monatelangen Streits zwischen Indien und den USA ist nun ein Beschluss, der die Vereinbarung von Bali inhaltlich wiederholt. An einer Stelle kommen die USA und andere WTO-Mitglieder Indien entgegen: Die Regeln für Ernährungssicherheitsprogramme sollen nun schon bis Ende nächsten Jahres anstatt bis 2017 geändert werden. Ob dies allerdings dazu führen wird, dass tatsächlich schneller eine Einigung erreicht wird, steht auf einem anderen Blatt. Immerhin zählt die WTO zu den weltweit führenden Organisationen beim Überschreiten von Fristen. Immerhin bekräftigt der neue Beschluss auch die Entscheidung von Bali, dass keine WTO-Streitfälle gegen bestehende Ernährungsprogramme geführt werden sollen, bis die Regeländerung – wann auch immer – vereinbart ist.

Der Kompromiss erlaubt es Indien und den USA das Gesicht zu wahren, und macht den Weg dafür frei, TFA in Kraft zu setzen. Der Beschluss dazu musste dann noch einmal um einen Tag verschoben werden, da nach der Einigung der Hauptkontrahenten auch andere Länder darauf bestanden, dass der Allgemeine Rat noch einmal die Bedeutung ihrer Lieblingsthemen aus dem Bali-Paket betonte. Bei den entsprechenden Beschlüssen – beispielweise zu verbessertem Marktzugang für die am wenigsten entwickelten Länder und Zurückhaltung beim Einsatz von Exportsubventionen – handelt es sich zwar nur um rechtlich unverbindliche Absichtserklärungen, aber sie wurden noch einmal bekräftigt. Eine neue Frist wurde auch für den weiteren Fahrplan zum Abschluss der Doha-Runde insgesamt gesetzt, bei der sehr viel kontroversere Fragen zu lösen wären als im Bali-Paket. So ein Fahrplan soll nun nicht bis Dezember 2014 sondern bis Juli 2015 vereinbart werden. Auch hier ist weiter mehr als unklar, ob bis zu dieser Frist wirklich eine Einigung erzielt werden kann.

Indien bleibt standhaft

In der jüngsten Krise der an Frustrationen und Zusammenbrüchen reichen Geschichte der Doha-Runde hat die neue indische Regierung sowohl gegenüber den anderen WTO-Mitgliedern als auch der indischen Öffentlichkeit und Interessengruppen deutlich gemacht, dass sie trotz insgesamt wirtschaftsliberaler Ausrichtung bereit ist, auch im Freihandelskontext hart zu verhandeln und dabei einiges an diplomatischem Porzellan zu zerschlagen. Die Möglichkeit das TFA als Druckmittel dafür zu nutzen veränderte Regeln für Ernährungssicherheit in ihrem Sinne durchzusetzen, hat die indische Regierung mit der Unterzeichnung weitgehend aus der Hand gegeben. Das Abkommen wird allerdings erst in Kraft treten, wenn es von zwei Dritteln der WTO-Mitglieder ratifiziert wurde. Die Ratifizierung dauert in der Regel mehrere Jahre. Werden in dieser Zeit keine Fortschritte bei den Verhandlungen über die Regeln für Ernährungssicherheit erzielt, könnten Indien und seine Verbündeten versuchen, ein ausreichend breites Bündnis zu schmieden, das das TFA erst dann ratifiziert, wenn die Ernährungssicherheitsfrage geklärt ist. Angesichts der großen Zahl an Ländern, die daran grundsätzlich Interesse haben, wäre dies nicht unrealistisch.

Die Industriestaaten könnten eine erneute Krise auf diesem Gebiet relativ einfach vermeiden, indem sie einer Regelanpassung zustimmen, die effektive und zielgerichtete Ernährungssicherheitsprogramme in der WTO unbegrenzt zulässt. Das setzt aber voraus, dass sie den Entwicklungsanspruch der Doha-Runde ernster nehmen als bisher. Auch für die nächsten Schritte, die noch weitaus umstritteneren Themen der Doha-Runde voranzubringen, ist dies unabdingbar. So lange jedoch die Industriestaaten bei ihrer bisherigen Haltung bleiben, ist dem Handelskorrespondenten der Financial Times zuzustimmen: Der letzte „Durchbruch" zeige nur, wie unendlich schwierig es in der WTO ist, sich auf die einfachsten Dinge zu einigen.

Tobias Reichert

Der Autor ist Teamleiter für Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch.

1 Siehe hierzu Marí, Reichert: WTO meldet sich zaghaft zurück: „Historischer" Einschnitt in der Handelspolitik knapp verhindert, Rundbrief 04/2013, S. 26f.

WER HAT, DEM WIRD GEGEBEN

Entwicklungspolitik setzt zunehmend auf Konzerne bei der Hungerbekämpfung

Nachdem Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in vielen Ländern des globalen Südens und insbesondere in Afrika drei Jahrzehnte lang entwicklungspolitisch vernachlässigt wurden, ist seit etwa zehn Jahren eine Trendwende festzustellen. Die Themen Landwirtschaft und Ernährung sind wieder oben auf der Agenda der (inter-)nationalen Politik angelangt. Eine besorgniserregende Entwicklung: Immer mehr sind auch Konzerne involviert.[1]

Die globale agrar- und Ernährungsindustrie befindet sich in einem tiefgreifenden Umstrukturierungs- und Expansionsprozess. Die Nachfrage nach Agrarprodukten, vor allem nach industriellen und energetischen Rohstoffen, wächst rasant. Expansion und Konzentration in einem liberalisierten Weltmarkt führen zu einer stärkeren vertikalen und horizontalen Integration von Wertschöpfungsketten, welche von Agrar- und Lebensmittelkonzernen dominiert werden. Im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships, PPP) werden zunehmend transnational agierende Konzerne als „Entwicklungspartner" in die Hungerbekämpfung einbezogen. Beispielhaft hierfür sind die German Food Partnership (GFP) und die Neue Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz) der G7/G8-Staaten.[2] An beiden ist die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), federführend beteiligt.

German Food Partnership

Die 2012 gegründete GFP ist ein Bündnis von etwa 35 deutschen und internationalen Unternehmen und Verbänden der Agrar- und Lebensmittelindustrie unter Schirmherrschaft des BMZ. Es versammelt globale Marktführer bei Saatgut und Agrarchemie (zum Beispiel Bayer Crop Science oder BASF), globale Handelsunternehmen wie die Metro und Lebensmittelhersteller unter ihrem Dach. Eines der vier GFP-Einzelvorhaben ist die Better Rice Initiative Asia (BRIA). Unter der Federführung von Bayer Crop Science und BASF sollen in Thailand, Indonesien, Vietnam, Pakistan und den Philippinen Wertschöpfungsketten vom „Feld bis zum Teller" aufgebaut werden. Laut BMZ sollen Kleinbauern und -bäuerinnen im Rahmen von Schulungen unterschiedliche Anbaumethoden vermittelt werden, damit sie selbstinformierte Entscheidungen treffen können. Bisher prominenteste BRIA-Aktivität ist die thailändische Reality-Show „Farmers Love Safety", die eindeutig zeigt, wohin die Reise geht: In der Serie konkurrieren zwei Bauernteams darum, wer unter massivem Einsatz von Pestiziden die höchsten Erträge und die beste Qualität produziert. Ressourcenschonende und agrarökologische Anbaumethoden finden darin keinen Platz. Die bisherige Geheimhaltung der Verträge und Vereinbarungen zwischen dem BMZ und den beteiligten Unternehmen und Stiftungen sowie anderer Projektdokumente verhindern eine offene und ernsthafte Debatte über mögliche Gefahren der PPPs. Die Begrenzung des Ansatzes wird zudem an der Zielgruppenorientierung deutlich: Nicht die Mehrheit der ressourcenarmen Kleinbauern und -bäuerinnen, die auf lokalen und meist informellen Märkten agieren, sondern „marktorientierte" Kleinbauern und Kleinbäuerinnen stehen im Fokus. Darüber hinaus waren ganz im Gegensatz zum Privatsektor Zivilgesellschaft und Bauernorganisationen bei der Entwicklung der GFP-Projekte kaum eingebunden, weder aus Industrieländern noch aus dem globalen Süden. Mit Partizipation der Betroffenen hat das nichts zu tun.

Gefährliche Entwicklung

Initiativen wie die GFP und die Neue Allianz zielen auf einen Politik- und Paradigmenwechsel im Agrar- und Ernährungsbereich. Entwicklungspolitik setzt darin auf die Konzerne der Agrar- und Ernährungsindustrie als Hauptakteure landwirtschaftlicher und ländlicher Entwicklung und bedient damit einseitig deren Geschäftsinteressen. Damit positioniert sich die Entwicklungspolitik in der agrarpolitischen Debatte immer stärker auf der Seite der „inklusiven und wirtschaftlichen Modernisierung", die auf eine industrielle Agrar- und Ernährungswirtschaft nach westlichem Maßstab verengt wird. Gefördert wird ein Agrarmodell, dessen Nutzen für Ernährungssicherheit und eine breitenwirksame Armutsminderung problematisch und keineswegs bewiesen ist. Evaluierungen früherer und aktueller Partnerschaften, die eine Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele nachweisen könnten, fehlen weitgehend. Die Beurteilung und Bewertung des „PPP-Ansatzes" werden durch eine grundlegende Intransparenz weiter erschwert. Um wirklich zu Ernährungssicherheit und Armutsminderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit beizutragen, muss sich die Entwicklungspolitik wieder stärker auf ihre eigentlichen Zielgruppen, Anforderungen und Ansprüche besinnen, für deren Umsetzung sie öffentliche Gelder einsetzt, die explizit nicht für eine heimische Wirtschaftsförderung vorgesehen sind. Im Zentrum muss daher die Förderung einer kleinbäuerlichen, ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung stehen.

Jan Urhahn

Der Autor arbeitet als Referent für Landwirtschaft und Welternährung beim INKOTA-Netzwerk.

1 Der Artikel basiert auf folgender, von Uwe Hoering verfassten Studie des Forum Umwelt und Entwicklung: Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie: Eine kritische Analyse zur Förderung des Agribusiness im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich. Berlin 2014: www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Landwirtschaft_Ernaehrung/AGRI_AnalyseAgribusiness_21102014_web-1.pdf.

2 Siehe hierzu auch Luig, Benjamin: Neue Unübersichtlichkeiten: Die „Neue Allianz für Ernährungssicherheit" der G7/G8 (G8NA) steht für ein problematisches Politikmodell, Rundbrief 03/2014, S. 35.

BÄUERLICHE LAND-WIRTSCHAFT IST LEBENSWERT

Landwirtschaftliche Debatte und gesellschaftliche Bewegung

Die 90er Jahre waren für das Image der Bäuerlichkeit keine gute Zeit. Da galt die Bäuerlichkeit als etwas Rückständiges und sollte überwunden werden. Die CDU kickte das Wort aus ihrem Programm. Heute ist es wieder drin, so wie auch bei der SPD und bei den Grünen. Das liegt daran, dass die zunehmend industrialisierten Produktionssysteme im Stall und auf dem Acker auf immer mehr Widerstand in der Gesellschaft stoßen. Allerdings wird der bäuerliche Begriff dabei auch missbraucht. Denn obwohl die Parteien diesen in ihren Programmen haben, sind ihre Politiken noch lange nicht darauf ausgerichtet.

Das dogma ist und bleibt die „Wachsen oder Weichen"-Strategie. Das wird unterstützt mit der derzeitigen Ausgestaltung der Direktzahlungen, also den flächenbezogenen Agrarzahlungen. Die jüngste EU-Agrarreform hat Möglichkeiten geschaffen, durch welche kleine und bäuerliche Betriebe mehr Gelder erhalten durch eine wirkungsvolle Umverteilung auf die ersten Hektare. Auch hätte eine Obergrenze eingezogen werden können, um flächenstarke und durchrationalisierte Betriebe nicht weiter zu bevorteilen. Aber Deutschland hat diese Vorlage stark verwässert. Andere EU-Mitgliedsstaaten sind deutlich weiter gegangen.

Bäuerliche Landwirtschaft – eine Begriffsbestimmung über die Jahrzehnte

In den 90er Jahren hat der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) „Bäuerliche Landwirtschaft" so definiert: „Bäuerlichkeit: Bäuerliches Leben, Denken und Wirtschaften bedeutet Verbundenheit mit Hof, Natur und Heimat, Verantwortung für Tiere, Boden und Pflanzen, weitgehend selbstverantwortliches Arbeiten, Denken in Generationen und Kreisläufen, Arbeiten im Zusammenhang mit der Familie oder anderen engen Sozialbeziehungen. Ziel bäuerlichen Wirtschaftens ist natürlich ein möglichst gutes Einkommen, aber stets vor dem Hintergrund des Erhalts von Arbeitsplatz und Hof – und nicht die kurzfristige Maximalrendite von Kapital ohne Rücksichten auf Inhalt und Standort der Produktion. Dies steht im Gegensatz zu einer agrarindustriellen Ausrichtung."

„Diese grundsätzliche Bestimmung hat an Aktualität nichts verloren, sie ist für uns nach wie vor gültig. ‚Bäuerlichkeit' ist vor allem eine qualitative Beschreibung, die sich an Wertsetzungen orientiert und nur zum Teil in quantitativen Maßstäben zu fassen ist." So steht es in dem neuen Diskussionspapier der AbL mit dem Titel „Bäuerliche Landwirtschaft ist Zukunftslandwirtschaft"[1]. Genau wie der Begriff „bäuerlich" an die räumlichen und zeitlichen Gegebenheiten angepasst ist und so einem stetigen Wandel unterliegt, ist auch dieses Diskussionspapier ein lebendiges Dokument. Die hier abgedruckten Auszüge stellen den Stand nach der AbL Mitgliederversammlung am 22. November 2014 dar und werden weiter diskutiert. In dem Diskussionspapier heißt es weiter: „Bäuerinnen und Bauern haben eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit und sie stellen sich dieser Verantwortung. Sie engagieren sich für Gerechtigkeit und Fairness, nicht nur gegenüber den Familienangehörigen, sondern auch gegenüber Mitarbeitern und unseren landwirtschaftlichen Berufskollegen.

Der aktuelle Stand

Auf Grund der heutigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen und des dadurch bedingten großen Arbeits-, Preis- und Rationalisierungsdrucks sieht der Alltag auf unseren Höfen mitunter anders aus – dessen ist sich die AbL bewusst. Auch Bäuerinnen und Bauern sehen sich oft dazu genötigt, ihr Tun von der als „Strukturwandel" verbrämten Politik der Agrarindustrialisierung beeinflussen zu lassen – aber sie machen sich diese nicht zu Eigen.

Wie sich bäuerliche Landwirtschaft definiert, wird in folgenden Punkten skizziert: 1) Für faire Preise und eine faire Bezahlung der Arbeit; 2) Für artgerechte Tierhaltung; 3) Für freien Zugang zu Land; 4) Für gentechnikfreie Landwirtschaft und Vielfalt auf dem Acker; 5) Für eine praxisorientierte Bildung, Forschung und Wissenschaft in der Landwirtschaft; 6) Für fairen Handel und für Ernährungssouveränität.

Bäuerlichkeit im Fokus

Die Bäuerlichkeit erlebt schon länger eine Renaissance. Nicht zuletzt hat auch der Weltagrarbericht im Jahr 2008 die globalen Grenzen der landwirtschaftlichen Industrialisierung aufgezeigt und die bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftslandwirtschaft hervorgehoben. Der Kritische Agrarbericht (KAB) wird sich mit dem Thema befassen Dort geht es um die Bedeutung und Zukunft von Kleinstbetrieben. Und auch die Demo „Wir haben es satt" am 17. Januar 2015 in Berlin wird erneut ein Zeichen für die bäuerliche Landwirtschaft setzen. In dem AbL-Papier heißt der letzte Satz: Die Welt ist ein Überlebensacker für eine globale und regionale Ernährungssouveränität – wir wollen sie mit bäuerlicher Landwirtschaft lebenswert erhalten.

Berit Thomsen

Die Autorin ist Mitarbeiterin für Internationale Politik der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

1 http://www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik/positionen.html.

MIT RECHT KLEINBAUERN UND -BÄUERINNEN SCHÜTZEN!

Industrieländer blockieren Weg zur UN-Erklärung

80 % der chronisch Hungernden leben in ländlichen Regionen und bestreiten ihren Lebensunterhalt durch kleinbäuerliche/kleinfischerliche Produktionsweisen. 70 % der Hungernden sind Frauen und Mädchen. Als Reaktion auf diesen anhaltenden Skandal hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im September 2012 beschlossen, eine Internationale Erklärung der Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, zu formulieren. Doch vor allem die Industrieländer stellen sich quer.

Seit über zehn Jahren weisen die Menschenrechtsorganisation FIAN und La Via Campesina, der internationale Verband kleinbäuerlicher Organisationen, den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UN) gezielt auf den anhaltenden Skandal hin, dass die ländliche Bevölkerung, insbesondere Frauen, aufgrund mehrfacher Diskriminierungen überdurchschnittlich unter Hunger leidet. 2010 beauftragte er daraufhin seinen Beratenden Ausschuss mit einer Studie zu den Ursachen.

Mehrfache Diskriminierungen ländlicher Bevölkerung

In seinem abschließenden Bericht aus dem Jahr 2012 (A/HRC/19/75) nennt der Beratende Ausschuss fünf Hauptgründe für den Hunger in ländlichen Regionen:

- Landenteignungen, Vertreibungen und Umsiedlungen
- Geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen
- Fehlende Agrarreformen und politische Maßnahmen für ländliche Entwicklung
- Fehlende Mindestlöhne und soziale Sicherheit
- Repression und Kriminalisierung von Bewegungen, die die Rechte von Menschen schützen, die auf dem Land leben.

Der Beratende Ausschuss hat ein Bündel an Gegenmaßnahmen empfohlen. Auf der einen Seite sollen bestehende Menschenrechtsinstrumente besser durchgesetzt sowie normative Lücken geschlossen und zum Beispiel das Recht auf Land als Menschenrecht anerkannt werden. Vor allem soll aber eine internationale Erklärung der Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, entwickelt werden. In ihr sollen einerseits bestehende Menschenrechte für die Zielgruppe zusammengeführt werden, sie soll andererseits aber auch neue Rechte enthalten, wie die Rechte auf Land, Saatgut und Produktionsmittel.

Wenn die Betroffenen aktiv mit in den Erarbeitungsprozess einbezogen würden, sei das aus Sicht des Beratenden Ausschusses der beste Weg, um die lang anhaltenden Diskriminierungen zu beenden. Als Basis für die Entwicklung des Textes hat er einen Entwurf von La Via Campesina vorgeschlagen, der das Spektrum der Diskriminierungen der Betroffenen anschaulich darstellt.

Industrieländer stimmen gegen Menschenrechtserklärung

Im September 2012 ist der UN-Menschenrechtsrat einer Empfehlung seines beratenden Ausschusses gefolgt und hat die Earbeitung einer Erklärung der Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, beschlossen. Die neun Gegenstimmen kamen ausschließlich von EU-Mitgliedern und der USA. Deutschland war damals kein Mitglied des UN-Menschenrechtsrats, hatte sich aber im Rahmen der vorgeschalteten Konsultationen gegen eine Internationale Erklärung ausgesprochen. Seitdem das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung (BMEL) sich in den Prozess eingeschaltet hat, zeigt sich die Bundesregierung verhandlungsbereit.

Zentrale Fragen strittig

Zur Erarbeitung der Erklärung hat der Menschenrechtsrat eine offene Arbeitsgruppe[1] unter Vorsitz von Bolivien eingerichtet. Deren jüngste Mandatsverlängerung (A/HRC/26/L.13) im Juni 2014 hat er mit dem Auftrag verbunden, informelle Konsultationen mit allen relevanten Interessengruppen zu führen und einen neuen Text zu entwerfen. Denn vor allem Industriestaaten lehnen den Entwurf von La Via Campesina als zu weitgehend ab. Zunächst sollten bestehende Menschenrechtsinstrumente konsequent umgesetzt werden. Zudem sei die Zielgruppe schwierig einzugrenzen und die formulierten Rechte auf Land, Saatgut und landwirtschaftliche Produktionsmittel seien völkerrechtlich nicht begründet.

Dem stellt La Via Campesina sein Modell der Ernährungssouveränität gegenüber. MenschenrechtsexpertInnen argumentieren, dass Land für die darauf arbeitenden Bevölkerungsgruppen, insbesondere für Frauen, eine so bedeutende Ressource darstelle, dass die Zeit reif sei, ein Recht auf Land zu formulieren. Landgrabbing habe mit den existierenden Schutzinstrumenten nicht gestoppt werden können. Existierende Menschenrechtskonventionen gelten zwar auch für die ländliche Bevölkerung. Aufgrund ihrer massiven Diskriminierung und Ausgrenzung werde jedoch ein neues Menschenrechtsdokument benötigt, in dem sowohl bestehende, für die Zielgruppen bedeutende Menschenrechte zusammengefasst sind, als auch nötige neue Rechte formuliert werden.

Gertrud Falk

Die Autorin arbeitet bei FIAN zu den Bereichen Ernährungssicherndes Einkommen, Gender, Jahresthema, Rechte von BlumenarbeiterInnen, MultiplikatorInnen.

1 Alle Dokumente der Arbeitsgruppe sind online abrufbar: http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/RuralAreas/Pages/2ndSession.aspx.

© Die Auslöser

Demonstrieren für eine andere Landwirtschaft

„WIR HABEN ES SATT!"

Gemeinsam für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft

Der Protest gegen die industrielle Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion hält an. „Wir haben es satt!" – so schallt es seit einigen Jahren im Januar über die Straßen vor dem Bundeskanzleramt. Pünktlich zum Internationalen Agrarministergipfel, dem Global Forum for Food and Agriculture (GFFA), der stets am ersten Wochenende der weltweit größten Landwirtschaftsmesse, der Internationalen Grünen Woche, stattfindet, gehen jedes Jahr zehntausende Menschen auf die Straße, um von der Politik eine Abkehr von der Agrarindustrie zu fordern. Am 17. Januar 2015 findet die fünfte Großdemonstration in Berlin statt.

Geplant und durchgeführt werden die „Wir haben es satt!"-Demonstrationen von der Kampagne „Meine Landwirtschaft", in der sich über 45 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Tier-, Natur- und VerbraucherInnenschutz sowie der Entwicklungszusammenarbeit zusammengeschlossen haben. Ziel der Kampagne „Meine Landwirtschaft", die 2010 anlässlich der EU-Agrarreform gegründet wurde, ist es, über die Landwirtschaftspolitik in Deutschland und Europa zu informieren, sowie öffentlichkeitswirksame Aktionen zu koordinieren, um langfristig eine Agrarwende zu begleiten. Die Aktivitäten reichen dabei von langfristigen, dezentralen Veranstaltungsreihen über Großdemonstrationen bis hin zu schneller Aktionsvernetzung aus aktuellem politischem Anlass. Besondere Berücksichtigung findet dabei stets die Vernetzung von ErzeugerInnen und KonsumentInnen in den Regionen, innerhalb Deutschlands und auch auf europäischer Ebene.

Worum geht es bei „Wir haben es satt!"?

„Wir haben es satt!" ist ein breites gesellschaftliches und parteiunabhängiges Bündnis aus Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen, Umwelt-, Natur- und TierschützerInnen, kritischen VerbraucherInnen, Aktiven der Entwicklungszusammenarbeit und Erwerbsloseninitiativen. Sie setzen sich ein für eine Agrarwende hin zu einer bäuerlich-ökologischeren, und damit einer sozialen, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion. Konkret fordert das Bündnis die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung weltweit, gesundes und bezahlbares Essen für Alle, faire Preise und Marktregeln für Bäuerinnen und Bauern, eine artgerechte Tierhaltung ohne Antibiotika-Missbrauch, Freiheit für die Saatgutvielfalt, eine Bienen- und umweltfreundliche Landwirtschaft, den Zugang zu Land für Bäuerinnen und Bauern weltweit, die Förderung regionaler Futtermittelerzeugung sowie den Stopp der Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

Seit der ersten Demonstration Anfang 2011 stiegen die TeilnehmerInnen-Zahlen stetig, 2014 kamen über 30.000 Menschen. Denn immer mehr Menschen haben es satt – sie haben es satt, dass der Hunger in der Welt zunimmt, während hierzulande riesige Mengen Lebensmittel vernichtet werden. Sie haben es satt, dass immer mehr Familienbetriebe ihre Tore schließen müssen, während sich einige wenige, industriell produzierende Agrarkonzerne weiter bereichern: Sie wollen keine Antibiotika-Resistenzen und Gentechnik in ihrem Essen, keine gequälten Tiere und ausgeräumte Landschaften. Von der Bundesregierung erwarten sie eine Neuausrichtung der Agrarpolitik, denn ein „weiter so" ist keine Option.

Mehr als Demos: Der erste „Wir haben es satt!"-Kongress

Um über Alternativen zum bestehenden Agrarsystem und die Forderun-

gen der „Wir haben es satt!"-Bewegung zu diskutieren, veranstaltete die Kampagne „Meine Landwirtschaft" in diesem Jahr zum ersten Mal einen eigenen „Wir haben es satt!"-Kongress. Vom 2. bis zum 5. Oktober 2014 kamen dabei rund 500 TeilnehmerInnen und ReferentInnen zusammen. In zahlreichen Vorträgen, praktischen Workshops und Diskussionsrunden tauschten sich LandwirtInnen und VerbraucherInnen aus und entwickelten Visionen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung.

Den Auftakt machten die „Schlaglichter", bei denen Vertreter der Agrarindustrie und Lebensmittelwirtschaft, sowie Aktive aus der Bewegung für eine bäuerliche und ökologischere Landwirtschaft ihre – oft kontroversen – Konzepte für eine zukunftsfähige Landwirtschaft vorstellten. Der nächste Kongress-Tag startete mit internationalen Gästen aus China, Rumänien und Guatemala, die Einblicke gaben in die landwirtschaftlichen Strukturen vor Ort und Initiativen für eine bäuerliche Landwirtschaft vorstellten. Deutlich wurde hierbei: Weltweit gibt es eine Vielzahl an Gegenentwürfen zur industriellen Lebensmittelproduktion, zahlreiche innovative Landnutzungs- und Vermarktungssysteme zeigen zukunftsfähige Alternativen auf. Am Nachmittag wurden dann in 22 Arbeitsgruppen aktuelle politische Themen und landwirtschaftliche Praxis aufgegriffen. Themen wie „Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP)" hatten hier ebenso Platz wie „Das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft", „Kampf um Saatgut" oder „Wesensgemäße Bienenhaltung". Bis auf den letzten Platz gefüllt waren abends dann die Zuschauerränge bei der spannenden Podiumsdiskussion zur Frage „Zwischen artgerecht und vegan – Welche Rolle spielen Tiere in der bäuerlich-ökologischeren Landwirtschaft?".

Gemeinsam die „Wir haben es satt!"-Bewegung weiterentwickeln

Die folgenden Kongresstage lebten vor allem von den Themen und der Beteiligung der KongressteilnehmerInnen. In interaktiven Großgruppenformaten wurden die Forderungen der „Wir haben es satt!"-Bewegung präsentiert, analysiert und weiterentwickelt. Deutlich wurde hierbei einmal mehr, dass endlich politische Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit Bäuerinnen und Bauern sozial-, umwelt- und tiergerecht wirtschaften können und gleichzeitig gerecht entlohnt werden. Beim „Agrarpolitischen Talk", der Abschlussdiskussion am Sonntagmorgen, wurden diese Forderungen VertreterInnen der Bundestagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linken präsentiert und die Frage nach einer echten Neuausrichtung der Agrarpolitik diskutiert. Insgesamt zeigte der erste „Wir haben es satt!"-Kongress, dass die Themen Landwirtschaft und Ernährung viele Menschen bewegen und sie in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Das „Wir haben es satt!"-Bündnis ist vielfältig und in seiner Breite einzigartig, konventionell arbeitende Bäuerinnen und Bauern sind darin ebenso vertreten wie ökologisch erzeugende LandwirtInnen, FleischkonsumentInnen wie VeganerInnen.

Eingebettet war der Kongress in das „Stadt Land Food"-Festival, welches die Straßen rund um die Markthalle Neun in Berlin-Kreuzberg in einen Markt für bäuerliche Landwirtschaft und handwerkliche Lebensmittelproduktion verwandelte. Während auf dem Kongress vorwiegend inhaltlich diskutiert wurde, konnten die TeilnehmerInnen in zahlreichen Festival-Werkstätten lernen, wie Brot gebacken, Wurst gemacht und Schnaps gebrannt wird.

„Wir haben es satt!" geht weiterhin auf die Straße!

Die Forderungen nach einer bäuerlichen und ökologischeren Landwirtschaft werden weiter auf die Straße getragen: Neben den bundesweiten „Wir haben es satt!"-Demonstrationen im Januar in Berlin fanden auch auf Bundesländer-Ebene bereits zahlreiche Demonstrationen statt. So gingen 2012 in Hannover und Kiel anlässlich der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen tausende Menschen auf die Straßen, 2013 folgte München mit 8.000 Menschen, 2014 dann Dresden, Potsdam und Erfurt. Gleichzeitig gründeten sich zahlreiche regionale Bündnisse, wie beispielsweise das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg, das Agrarbündnis Niedersachsen, Meine Landwirtschaft Schleswig-Holstein oder Meine Landwirtschaft Sachsen. Und am 17. Januar 2015 heißt es auch in Berlin wieder: „Wir haben es satt! Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP! Für eine Agrarwende!"

Iris Kiefer und Phillip Brändle

Iris Kiefer ist für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der „Wir haben es satt!"-Demonstration und der Kampagne „Meine Landwirtschaft" verantwortlich. Phillip Brändle ist Projektkoordinator bei „Meine Landwirtschaft" und zuständig für den „Wir haben es satt!"-Kongress.

Start der fünften „Wir haben es satt!"-Demonstration:
17.1.2015, 12 Uhr, Potsdamer Platz, Berlin.

Weitere Informationen wie Programm, Anreise sowie Flyer und Plakate unter:
www.wir-haben-es-satt.de und *www.meine-landwirtschaft.de.*

© Die Auslöser

Trecker-Kolonne auf der Demo

EU-SAATGUTVERORDNUNG

Neuer Entwurf für alte Sorten?

Da die neue EU-Kommission im Amt ist, könnte es für die EU-Saatgutverordnung bald in die zweite Runde gehen: Die EU überarbeitet den abgeschmetterten Entwurf. Der neue EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz gibt, an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Saatgut schützen zu wollen. Zivilgesellschaftliche Organisation befürchten jedoch Vorteile für die Industrie. Während Lobbyisten bereits um die Gunst der EntscheidungsträgerInnen ringen, hängt die gesamte Reform am seidenen Faden.[1]

Wer ist eigentlich Vytenis Andriukaitis? Diese Frage stellten sich selbst viele Brüsseler Insider, als der litauische Chirurg zum neuen Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz nominiert wurde. In dieser Funktion wird der Sozialdemokrat (63), zuletzt Gesundheitsminister in Litauen, auch für die Reform des EU-Saatgutverkehrsrechts zuständig sein. Sein Auftreten ist diplomatisch, sein Englisch manchmal noch unsicher, in viele Dossiers muss sich der Neue erst einarbeiten. Dass er mit der EU-Saatgutverordnung nun ein umstrittenes Gesetzesvorhaben verantworten muss, darüber dürfte er aber bereits im Bilde sein. Bei seiner Anhörung im EU-Parlament sagte Andriukaitis: „Meine Grundposition ist: KMU stärken und Saatgutvielfalt schützen."

Weichenstellungen

Was darf sich die Sortenvielfalt von Andriukaitis Ansage erwarten? Dass Sortenraritäten geschützt würden, und KMU nicht von der Saatgutindustrie überrollt würden, hatte schließlich auch der scheidende Kommissar Tonio Borg beteuert. Doch eine Analyse der 2013 veröffentlichten EU-Saatgutverordnung ergab das Gegenteil: Eine Bürokratielawine für die Verbreiter der Vielfalt, Diskriminierung von Sortenraritäten und maßgeschneiderte Paragraphen für die Industrie. Die ARCHE NOAH und GLOBAL 2000, sowie zig andere NGOs in ganz Europa, informierten über die Schieflage. Fast eine Million Menschen protestierten, und das EU-Parlament stimmte gegen den Entwurf. Auch wenn die mediale Debatte abgeklungen ist: Hinter den Kulissen werden in Brüssel bald die Weichen für die weitere Reform gestellt. Wird ein überarbeiteter Verordnungsentwurf vorgelegt? Was wird drinnen stehen? Wird es Kommissar Andriukaitis besser machen?

Industrie rüstet sich

„Die Position des EU-Parlaments ist wichtig, aber ich kann den Rat nicht außen vor lassen", sagte Andriukaitis zu den EU-Abgeordneten. Übersetzt bedeutet das: Wir müssen auch die Interessen von Ländern wie Frankreich oder Deutschland, die eine mächtige Saatgutindustrie haben, wahren. Und diese rüstet sich bereits für die zweite Runde. Die Forderungen der Zivilgesellschaft sind der Industrie ein Dorn im Auge. Die Industrie möchte, dass grundsätzlich nur Saatgut von uniformen Sorten am EU-Markt legal verkauft werden darf – sie will sich quasi per Gesetz die Konkurrenz vom Leib halten. In ihrem Auftrag hat die ESA, das Brüssler Lobbyingbüro der Industrie, die politischen Entscheider bereits mit Informationen versorgt; zuletzt die BeamtInnen des neuen Kommissars Andriukaitis.

Klinkenputzen in Brüssel

Die ARCHE NOAH und viele andere zivilgesellschaftliche Akteure haben kein Verständnis für diese Einschränkungen: Standardisierte Pflanzen sind ihnen zu wenig. Sie fordern, dass auch Saatgut und Pflanzgut von seltenen und alten Sorten von Obst, Gemüse und Getreide ohne Diskriminierung verkauft werden dürfen. Die Vielfalt muss raus aus der bürokratischen Nische. KonsumentInnen und LandwirtInnen sollen die Wahl zwischen standardisierten Pflanzen und Vielfaltssorten haben. Dafür setzt sich die ARCHE NOAH in Brüssel ein, und hat nicht nur der EU-Kommission konkrete Vorschläge unterbreitet, sondern bereits mit zig neu gewählten EU-Abgeordneten aus verschiedenen EU-Ländern Gespräche geführt. Viele Abgeordnete äußern sich positiv zu den Vorschlägen von ARCHE NOAH, diese Informationsarbeit ist sehr wichtig aber es ist nicht immer einfach, mit der Industrie Schritt zu halten, denn die finanziellen Ressourcen der ARCHE NOAH sind beschränkt.

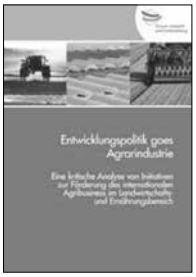
Ende der Reform?

Derzeit mehren sich allerdings die Hinweise, dass die Reform des EU-Saatgutverkehrsrechts auch gänzlich abgeblasen werden könnte. Aus einem internen Kommissionsdokument, das der Öffentlichkeit zugespielt wurde, geht hervor, dass auf höchster Ebene darüber nachgedacht wird, die Reform entweder sein zu lassen oder den abgeschmetterten Verordnungsentwurf durch eine ganz neue Vorlage zu ersetzen. Im letzteren Fall wäre damit wohl nicht vor 2017 zu rechnen, denn ein neuer Entwurf würde die Kommission verpflichten, eine Konsultation unter den Interessensgruppen und eine Folgenabschätzung des Vorschlages durchzuführen. Der Hintergrund dieser Überlegungen: Der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker weiß, dass Europa auf dem Scheideweg steht und sprach von der „Kommission der letzten Chance". Man ist sehr vorsichtig geworden und möchte nicht noch eine Zurückweisung durch das Parlament riskieren. Für ARCHE NOAH ist klar: „Eine echte Reform des EU-Saatgutverkehrsrechts wäre eine historische Chance, Sortenraritäten aus Illegalität und Nischen zu holen. Wir hoffen, dass die neue EU-Kommission diesen Mut findet."

Iga Niznik

Die Autorin ist Verantwortliche für Saatgutpolitik bei ARCHE NOAH.

1 Das Datum des Redaktionsschlusses lag vor der Präsentation des Arbeitsprogramms der EU-Kommission am 16.12.2014, somit haben eventuelle Neuerung bezüglich des EU-Saatgutrechts keinen Eingang in den Artikel finden können.



ENTWICKLUNGSPOLITIK GOES AGRARINDUSTRIE

Eine kritische Analyse von Initiativen zur Förderung des internationalen Agribusiness im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich

Studie

Das aktuelle Papier Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie der AG Landwirtschaft und Ernährung (AG LE) des Forum Umwelt und Entwicklung bietet einen Überblick über die zentralen Initiativen des BMZs – wie die German Food Partnership (GFP) und die Neue Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz) - und formuliert Schwächen und blinde Flecken des Public-Private-Partnership-Ansatzes (PPP)-Ansatzes im Ernährungsbereich. Am Ende werden klare Forderungen an die Bundesregierung gestellt: Die detaillierte Offenlegung im PPP-Bereich, wer wofür und im welchen Umfang Entwicklungsgelder erhält; die systematische Umsetzung einer umfassenden Evaluierung aller PPP-Akteure im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung und ein klares Nein zur politischen und finanziellen Förderung von Agrarkonzernen in der Entwicklungszusammenarbeit.

Download der Studie unter: http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Landwirtschaft_Ernaehrung/AGRI_AnalyseAgribusiness_21102014_web-1.pdf.

FLÜSSIGES GOLD

Dokumentarfilm von Res Gehringer

Man stelle sich vor, in der direkten Nachbarschaft baut ein Konzern einen Brunnen und pumpt das Trinkwasser ab. Dieses füllt er später in Flaschen und verkauft es teuer im Supermarkt. Der Dokumentarfilm „Flüssiges Gold“ (Bottled Life), gibt einen spannenden Einblick in die weltweiten Milliardengeschäfte mit Trinkwasser von Konzernen. Dazu reist der Dokumentarfilmer Res Gehringer unter anderen nach Pakistan, wo das perfide Geschäft mit dem knappen Gut Trinkwasser seit Jahren boomt und zeigt wie sich in vielen Megastädten die ärmste Bevölkerungsschicht kein Trinkwasser mehr leisten kann und Durst leidet. Außerdem beleuchtet der Film die Machenschaften des weltweit größten Nahrungsmittelkonzerns Nestlé, und erhebt schwere Vorwürfe zu dem fragwürdigen Umgang mit dem Allgemeingut Wasser.

Weitere Informationen unter: https://www.foodwatch.org/de/mediathek/filmtipps/fluessiges-gold/.

STREITFALL KLIMAWANDEL

Warum es für die größten Herausforderungen keine einfachen Lösungen gibt

Buchpublikation

Der Klimawandel ist der wohl meist diskutierte Gegenstand in der Umweltdebatte - er ist Medienspektakel, Zankapfel verschiedener Regierungen und Lobbyisten und zugleich größte Herausforderung, zu der man je nach Wertekodex, Sozialstatus oder Konfession eine unterschiedliche Haltung haben kann. Der Kulturwissenschaftler und bekannte Klima-Experte Mike Hume erörtert in seinem Buch, dass der Klimawandel in erster Linie eine kulturelle Herausforderung ist, weshalb rein technische Lösungen zu kurz greifen und die großen Klima-Konferenzen am Ende ohne Ergebnisse bleiben. Hulmes Buch hilft zu verstehen, was uns am erfolgreichen Handeln hindert, und plädiert für eine Neubewertung des Phänomens Klimawandel.

Bezug unter: Mike Hulme: Klimawandel. Warum es für die größten Herausforderungen keine einfachen Lösungen gibt. 400 S. oekom verlag 2014. 24,95 Euro.

DER GROSSE LANDRAUB:

Bauern des Südens wehren sich gegen Agrarinvestoren

Buchpublikation

Wie die Heuschrecken stürzen sich derzeit internationale Investoren auf Ackerflächen in armen Ländern; es geht um Agrosprit, Futter- und Nahrungsmittel für den Export. Die Mächtigen vor Ort halten die Tür auf; sie hoffen auf Devisen und gute Geschäfte. Doch wie erleben Kleinbauern und -bäuerinnen und UreinwohnerInnen vor Ort die Landnahme der Investoren? Thomas Kruchem hat in Uganda, Kambodscha, Argentinien, den Philippinen und Äthiopien recherchiert und legte dabei unzumutbare Zustände offen: Zehntausende Menschen werden um ihr Land betrogen und mit Waffengewalt vertrieben; ihre Wälder werden abgeholzt; ihre Kinder von Pestizidflugzeugen vergiftet. Kein Zweifel: Großflächige Agrarinvestitionen können soziale wie ökologische Katastrophen verursachen, wenn nicht strenge Regeln die Rechte der Menschen und ihre Umwelt schützen. Für solche Regeln und für eine nachhaltige Landwirtschaft in Entwicklungsländern kämpfen immer mehr Betroffene und die internationale Zivilgesellschaft.

Bezug unter: Kruchem, Thomas: Der große Landraub: Bauern des Südens wehren sich gegen Agrarinvestoren. Hrsg: Misereor/ Brot für die Welt. 144 S. Verlag Brandes & Apsel 2012. 12,90 Euro.

VERKAUFTE DEMOKRATIE

Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen

Studie

Das geplante EU-Kanada Abkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) enthält auch Regeln zum umstrittenen Thema Investorenschutz und ISDS (Investor-State Dispute Settlement). Dadurch könnte es zu einem regelrechten Boom von Unternehmensklagen gegen Kanada, die EU und die EU-Mitgliedsstaaten kommen, was die Bemühungen von Regierungen zum Schutz von Umwelt und VerbraucherInnen gefährlich bedrohen könnte. Der ISDS-Mechanismus gibt Konzernen das Privileg, Staaten direkt vor privaten internationalen Schiedsgerichten auf Schadenersatz zu verklagen. Diese Konzernklagen werden von privaten SchiedsrichterInnen entschieden, die pro Verfahren entlohnt werden und dazu neigen, Rechtsgrundlagen zugunsten von Investoren auszulegen. Die Studie gibt einen umfassenden Überblick über bisherige Wirkungsweisen und Praktiken von ISDS innerhalb von Freihandelsabkommen. Sie zeigt anschaulich, welche gefährliche Rolle dabei informelle Schiedsgerichte spielen und inwiefern ISDS Demokratien aushöhlt und Regierungen davon abhält, Politik im öffentlichen Interesse zu verfolgen.

Download der Studie unter: http://corporateeurope.org/sites/default/files/verkaufte-demokratie.pdf.

ATOMKRAFT – NEIN DANKE!

Der lange Weg zum Ausstieg

Buchpublikation

Die Anti-Atomkraftbewegung ist eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen der jüngeren Geschichte Deutschlands und fest im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Nach nun mehr vierzig Jahre dauerndem Kampf, ist sie heute ihrem Ziel so nah wie nie: Der Atomkraft-Ausstieg und eine Entwicklung hin zu alternativen Energiekonzepten. Neben den verheerenden Atomunfällen in Harrisburg (1979), Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011), die sich in das kollektive Gedächtnis einbrannten, war auch das hartnäckige zivilgesellschaftliche Engagement zahlreicher BürgerInnen und BürgerInneninitiativen entscheidend für den Atomausstieg der Bundesregierung. „Atomkraft – nein danke!“ ist eine Analyse der BürgerInnenbewegung von Wyhl bis Gorleben. Der gewaltfreie Aktivist und Friedensforscher Sternstein war von Anfang an dabei und berichtet über Wut und Empörung, die sich zur sozialen Bewegung mit politischen Zielen verdichtete. Das Buch zeigt anschaulich, wie friedlicher Protest mit gewaltfreien Strategien ein Land zum Umdenken bringt.

Bezug unter: Sternstein, Wolfgang: Atomkraft – nein danke! Der lange Weg zum Ausstieg. 240 S. Verlag Brandes & Apsel 2013. 19,90 Euro.

GLOBALES WIRTSCHAFTEN UND MENSCHENRECHTE

Deutschland auf dem Prüfstand

Prüfbericht 2014

Ein neuer Prüfbericht von Germanwatch und MISEREOR belegt die mangelnde Umsetzung der „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ in deutschen Unternehmen. Das betrifft zum Beispiel Textilanfertigung in Bangladesch oder den Abbau von Steinkohle in Kolumbien. Im Fokus der Studie steht die Politik der Bundesregierung, die fast drei Jahre nach der Unterzeichnung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte noch keinen Aktionsplan zur Umsetzung erarbeitet hat. Zudem wird kritisch beleuchtet, wie die Regierung versucht die neue Transparenzrichtlinie der EU abzuschwächen, die Konzerne verpflichtet auch über soziale, ökologische und menschenrechtliche Probleme in der Unternehmensführung zu berichten. Die Studie gibt einen interessanten Einblick in deutsche Unternehmenspolitik und -ethik und veranschaulicht das politische Handlungsversagen beim Menschenrechtsschutz auf bundesdeutscher und EU-Ebene.

Download der Studie unter http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Globales_Wirtschaften_Bericht_MISERERO R_German_Watch.pdf.

DIE CHANCEN VON BIOÖKONOMIE IM SPANNUNGSFELD VON FOOD FIRST, WACHSTUM UND TRANSFORMATION

Podiumsveranstaltung des Forum Umwelt und Entwicklung und der Plattform Forschungswende auf der GFFA 2015, 16.01.2015, Berlin

Bioökonomie ist eines der stark aufkommenden Konzepte für das postfossile Zeitalter. Aber wie sind in der bisherigen Auseinandersetzung mit dem Konzept die möglichen Konflikte zwischen Food First, biobasiertem Wirtschaftswachstum und einer notwendigen ökonomischen Transformation adressiert? Dies insbesondere aus der Perspektive der Länder des globalen Südens, die noch immer mit massiver Ernährungsunsicherheit konfrontiert sind. Wie also werden die Fragen von Food First und der Bewahrung der Schöpfung in der globalen Debatte um Bioökonomie diskutiert? Welchen Nutzen hätten kleinbäuerliche NahrungsmittelproduzentInnen von Bioökonomie, die im Besonderen von Energiearmut betroffen sind? Diese und weitere Fragen sollen bei einer Podiumsveranstaltung diskutiert und die Rolle der industrialisierten Länder des Nordens in der globalen Wertschöpfungskette sowie das Problem der Ernährungssicherung kritisch hinterfragt werden.

Veranstaltungsort:
CityCube Berlin, Ebene 3, Raum M2/M3.

Mehr Infos:
http://www.gffa-berlin.de/de/component/content/article/903-gffa-2015/381-die-chancen-von-biooekonomie-im-spannungsfeld-von-food-first-wachstum-und-transformation.html.

„WIR HABEN ES SATT!" – DEMO

17.01.2015, Berlin

Auch in diesem Jahr findet wieder die große „Wir haben es satt!"- Demo in Berlin statt. Bereits zum fünften Mal wird gegen die Übermacht der Agrarindustrie und für eine ökologisch vertretbare und sozial gerechte Landwirtschaft demonstriert. Allein 2014 versammelten sich in Berlin über 30.000 Menschen zur Demo und zogen – angeführt von Traktoren – durch Berlin-Mitte bis vor das Kanzleramt. Organisiert wird die Demonstration vom „Wir haben es satt!"-Bündnis aus über 100 Organisationen – bestehend aus Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen, Natur-, Tier- und VerbraucherschützerInnen, Entwicklungsorganisationen und Erwerbsloseninitiativen, die sich gemeinsam für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung einsetzen. Die VeranstalterInnen werden besonders gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA protestieren, bei dem die Europäische Kommission hinter verschlossenen Türen über Umwelt-, Landwirtschaft- und Verbraucherschutzstandards verhandelt und die Öffentlichkeit weder Einblicke noch Mitspracherechte besitzt. Weitere Schwerpunktthemen sind Gentechnik und industrielle Massentierhaltung.

Mehr Infos:
www.wir-haben-es-satt.de.

8. GREEN ME FILMFESTIVAL

24.01-25.01.2015, Berlin

Das Green Me Filmfestival ist das grüne Festival anlässlich der Berlinale und legt den Fokus auf das sozioökologische Filmgenre. 2015 findet das Green Me Filmfestival zum achten Mal statt und richtet zum dritten Mal einen eigenen internationalen Film-Wettbewerb für die besten grünen Filme aus. Anlässlich des UN-Jahres des Bodens, steht beim diesjährigen Green Me Festival das Thema Soil-Soul-Food im Mittelpunkt. Das Thema dient als Brückenschlag von „Mutter Erde" (Soil) zu unseren Lebensmitteln (Food) und wird dabei nicht nur auf Agrarwirtschaft und Ökologie reduziert, sondern beleuchtet auch den emotionalen Aspekt von Essen als soziale Angelegenheit des Teilens, Gebens und Beieinander seins.

Veranstaltungsort:
Green Me GmbH in Kooperation mit weiteren Partnern.

Mehr Infos:
www.greenme.de/green-me-filmfestival.html.

NACHHALTIGE WALDBEWIRTSCHAFTUNG

Die Debatte um Schutzgebiete, die Grenzen der Nutzung von Wäldern und der Beitrag indigener Völker

Tagung vom 06.–08.03.2015, Schwerte

Wälder haben vielfältige Bedeutungen und sind bedroht, in Deutschland, aber insbesondere in tropischen Waldgebieten, die häufig die Lebensgebiete indigener Völker bilden. Deshalb ist es in Deutschland sowie global wichtig, Wälder zu schützen, sie zu erhalten und nachhaltig zu bewirtschaften. In Deutschland verfolgt man die Strategie einer nachhaltigen multifunktionellen Waldbewirtschaftung. Doch was beinhaltet diese Strategie? Wo beginnt und endet sie und woran wird sie gemessen? Die aktuellen Diskussionen um die Ausweisung konkreter Schutzgebiete und nutzungsfreier Wälder sind geprägt von unterschiedlichen und konkurrierenden Konzepten, Interessen, Motiven und Zielen.
Auf der Tagung soll sich daher mit den gesellschaftlichen Aspekten und der kulturellen Dimension von Nachhaltigkeit beschäftigt werden, ohne ökologische und ökonomische Aspekte auszuklammern. Gemeinsam mit indigenen und internationalen VertreterInnen, Forst- und SozialwissenschaftlerInnen und Akteuren aus dem Natur- und Waldschutz wird unter anderem über ethische und kulturelle Begründungen für einen angemessenen Waldschutz und Grenzen der Nutzung diskutiert, wobei von den Erfahrungen indigener Völker gelernt werden soll.

Die Tagung wird veranstaltet vom Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie und der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte.
Weitere Infos: www.infoe.de.

Anmeldung bei:
gabriele.huckenbeck@kircheundgesellschaft.de.

WASSER BERLIN INTERNATIONAL

Fachmesse und Kongress für die Wasserwirtschaft

24.03. – 27.03.2015, Berlin

Die Wasser Berlin International Fachmesse ist die weltweit einzige Fachmesse, die sich ausführlich mit technischen Themen in der Wasserwirtschaft beschäftigt. An insgesamt vier Ausstellungstagen werden Produkte und Dienstleistungen zum Kreislauf der Wasserwirtschaft vorgestellt. Besonderes Highlight ist die interaktive Publikumsschau „Wasser erleben", bei der insgesamt 35 Institutionen, Organisationen und Verbände gemeinsam vielfältige Präsentationen und Aktivitäten rund um das Thema Wasser anbieten. Daneben diskutieren und erörtern ExpertInnen aus Versorgungsunternehmen, Fachfirmen, Verbänden, Ministerien und Forschungsinstituten in Fachsymposien aktuelle Bedingungen und Lösungen der Wasserwirtschaft, -versorgung und -gewinnung. Im neuen Ausstellungssegment „Flood Management" wird Fachbesuchern ein Einblick in die Sparten Hochwasserschutz, Wasserbau und Katastrophenmanagement gewährt.

Veranstaltungsort:
Berlin ExpoCenter City, Messe Berlin GmbH, Messedamm 22, 14055 Berlin.

Mehr Infos:
www.wasser-berlin.de/WASsERLEBEN/Themen2013/.

IST MIR NICHT LATTE!

Was unser Konsum mit der Welt zu tun hat.

Seminar, 27.02 – 01.03.2015, Zülpich

Fair und bio – so wünschen sich heute immer mehr Menschen die Produkte, die sie konsumieren. Aber wann ist ein Produkt fair und biologisch produziert und gehandelt worden? Hilfestellung bei der Kaufentscheidung sollen Labels geben, die für bestimmte Qualitätskriterien stehen. Doch wie behält man den Überblick bei den heute fast 400 existierenden Siegeln und wie fair sind Produkte, die sich mit dem „fairen" Wort schmücken? Im Seminar sollen Zusammenhänge im Fairen Handel aufgezeigt sowie Orientierungshilfen im Siegel- und Zeichen-Urwald gegeben werden. Außerdem werden Hintergründe und Akteure im Fairen Handel benannt und Strategien für die beruflichen und privaten Handlungsfelder der Teilnehmerinnen entwickelt. Das Seminar richtet sich an interessierte VerbraucherInnen und MultiplikatorInnen, die den Fairen Handel vermehrt in ihren Einkaufskorb und ihre Arbeit einbinden wollen.

Veranstaltungsort:
Frauenbildungs- und Tagungshaus Zülich, Prälat-Franken-Straße 22, 53909 Zülpich.

Mehr Infos:
www.frauenbildungshaus-zuelpich.de/alle-veranstaltungen/2-seminare/594-ist-mir-nicht-latte-was-unser-konsum-mit-der-welt-zu-tun-hat-lotta-seminar.html#.

NATÜRLICH BERLIN!

Fotografische Ausstellung über die Naturschätze der Metropole Berlin

Dauerausstellung noch bis 30.06.2015, Berlin

Für NaturliebhaberInnen und interessierte BesucherInnen gibt es eine besonders informative und fotografisch hochwertige Ausstellung über die Naturschätze der Metropole Berlin im Jahr der biologischen Vielfalt. Auf 42 Text- und Fototafeln, gegliedert in sieben Themenblöcke, wird kompaktes Wissen über die Stadtnatur, den Ursprung der Landschaft, den Lebensräumen Wälder und Gewässer, grüne Inseln im Häusermeer, lebendige Innenstadt und über die Schutzgebiete der Stadt vermittelt. In Berlin gibt es zurzeit 37 Naturschutzgebiete auf einer Fläche von 1.957,2 Hektar. Die Ausstellung präsentiert beeindruckende Fotos von ausgezeichneten Naturfotografen und lädt ein, den herausragenden Naturreichtum der Stadt zu entdecken.

Veranstaltungsort:
Lokhalle im Natur-Park Schöneberger Südgelände, Prellerweg 47-49, 12157 Berlin.

Mehr Infos:
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/kalender/kalender_detail.php?&id=3613.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT DER ENTWICKLUNGSPOLITIK DER EU

Eine-Welt-Landeskonferenz 2015

13.03. – 14.03.2015, Münster

Die diesjährige Konferenz von Eine Welt Netz NRW nimmt zum europäischen Jahr der Entwicklung die weltweiten Aktivitäten der EU und ihrer Mitgliedsländer in den Fokus: Wie sieht eine gerechte Handelspolitik aus? Ist die Entwicklungszusammenarbeit wirklich förderlich für die lokale nachhaltige Entwicklung und wird die EU ihrem Anspruch gerecht, für Menschenrechte und gegen Armut einzutreten? Das Eine Welt Netz NRW ist der Dachverband entwicklungspolitischer Vereine in Nordrhein-Westfalen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Beratung von Entwicklungsprojekten, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und die Vernetzung entwicklungspolitischer Initiativen.

Eine Anmeldung ist ab Januar 2015 möglich bei soeren.barge@eine-welt-netz-nrw.de.

Mehr Infos:
https://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/148/?i_di=4125.

STOPPT TIERFABRIKEN, GENTECHNIK & TTIP.

FÜR DIE AGRARWENDE!

WIR HABEN ES SATT!

IMKERIN FOTO: NADINE WEIGEL

DEMO

17. JAN. 2015 12⁰⁰

ORT: BERLIN. POTSDAMER PLATZ

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE